

# Stenographisches Protokoll.

## 8. Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich.

Donnerstag, den 5. Dezember 1918.

**Tagesordnung:** 1. Debatte über den Allgemeinen Regierungsbericht. — 2. Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag des Staatsrates, betreffend das Gesetz über das deutschösterreichische Staatsbürgerrecht. — 3. Dritte Lesung des Gesetzes über die Kontrolle der Staatsschuld Deutschösterreichs. — 4. Bericht des Justizauschusses über das Gesetz, betreffend die Vereinfachung der Strafrechtspflege (Strafprozeßnovelle vom Jahre 1918) (43 der Beilagen). — 5. Bericht des Justizauschusses über das Gesetz, womit einige Bestimmungen des Militärstrafgesetzes abgeändert werden (19 der Beilagen). — 6. Bericht des Finanzausschusses über das Gesetz, betreffend das Verbot der Ausfuhr und der Veräußerung von Gegenständen von geschichtlicher, künstlerischer oder kultureller Bedeutung (48 der Beilagen).

## Inhalt.

### Personalien.

Abwesenheitsanzeige (Seite 239).

Mandatniederlegung des Abgeordneten Baumgartner als Erfahmann des Wahlgesetzsausschusses (Seite 286).

### Verhandlung.

Debatte über den Allgemeinen Regierungsbericht (Redner: Staatssekretär Fufel [Seite 239], die Abgeordneten Teufel [Seite 241], Dr. Schürff [Seite 245], Freiherr v. Hof [Seite 250], Seiß [Seite 253], Hummer [Seite 261], Staatssekretär Mayer [Seite 270], die Abgeordneten Dr. Schöpfer [Seite 272], Abram [Seite 278], Staatskanzler Dr. Renner [Seite 279] — Abstimmung [Seite 281]).

Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag des Staatsrates, betreffend das Gesetz über das deutschösterreichische Staatsbürgerrecht (69 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Schacherl [Seite 281] — Abstimmung [Seite 282] — Dritte Lesung [Seite 282]).

Dritte Lesung des Gesetzes über die Kontrolle der Staatsschuld Deutschösterreichs (Redner: Berichterstatter Kraft [Seite 282] — Abstimmung [Seite 282]).

Bericht des Justizauschusses über das Gesetz, betreffend die Vereinfachung der Strafrechtspflege (Strafprozeßnovelle vom Jahre 1918) (59 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Neumann-Walker [Seite 282] — Abstimmung [Seite 282] — Dritte Lesung [Seite 283]).

Bericht des Justizauschusses, betreffend ein Gesetz, womit mehrere Bestimmungen des Strafgesetzes abgeändert werden (Strafgesetznovelle vom Jahre 1918) (70 der Beilagen — Beschluß, betreffend die dringliche Behandlung [Seite 283] — Redner: Berichterstatter Dr. Neumann-Walter [Seite 283] — Abstimmung [Seite 283] — Dritte Lesung [Seite 284]).

Bericht des Justizauschusses über das Gesetz, womit mehrere Bestimmungen des Militärstrafgesetzes abgeändert ergänzt werden (Militärstrafgesetznovelle vom Jahre 1918) (67 der Beilagen — Beschluß, betreffend die dringliche Behandlung [Seite 284] — Redner: Berichterstatter Dr. Neumann-Walter [Seite 284] — Abstimmung [Seite 284] — Dritte Lesung [Seite 284]).

Bericht des Finanzausschusses über das Gesetz, betreffend das Verbot der Ausfuhr und der Veräußerung von Gegenständen von geschichtlicher, künstlerischer oder

kultureller Bedeutung (48 der Beilagen — Beschluß, betreffend die dringliche Erledigung [Seite 285] — Redner: Berichterstatter Dr. Freiherr v. Fuchs [Seite 285] — Abstimmung [Seite 286] — Dritte Lesung [Seite 286]).

### Ausschüsse.

Ersatzwahlen in den Wahlgesehsauschuß (Seite 286).

Zuweisung (Seite 286):

1. des Antrages 52 der Beilagen an den Ausschuß für Seerwesen;
2. der Anträge 53, 54, 56 und 57 der Beilagen an den Justizauschuß;
3. des Antrages 58 der Beilagen an den Staatsangestelltenauschuß;
4. der Anträge 49, 51 und 55 der Beilagen an den volkswirtschaftlichen Ausschuß.

## Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge

1. des Abgeordneten Remetter und Genossen, betreffend die Schaffung eines Gesetzes, durch welches die Wesenheit der Deutschösterreichischen Republik als deutscher Nationalstaat bestimmt wird (73 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Denk, Friedmann und Genossen, betreffend die Kompensation vorgeschriebener Steuern gegen Forderungen an den Staat (74 der Beilagen);
3. des Abgeordneten Dr. Dfner und Genossen, betreffend ein Gesetz über Eherecht, sowie über die Führung der Geburts-, Ehe- und Sterberegister (75 der Beilagen).

### Anfragen

1. des Abgeordneten Freiherrn v. Bang und Genossen an den Staatssekretär des Innern, betreffend die Neuordnung des Gendarmierkorps (Anhang I, 11/A);
2. des Abgeordneten Malik und Genossen an den Staatssekretär für Finanzen, betreffend die Preisgabe deutschösterreichischer Gebiete an der Südgrenze durch

den Vorgang der Finanzcentralstellen in Graz und mutmaßlich auch in Wien (Anhang I, 12/A);

3. des Abgeordneten Malik und Genossen an den Staatssekretär für Landwirtschaft und für Volksernährung, betreffend die Fütterung des Wildes im Jagdreviere der Herzogin von Parma in Schwarzau mit Mais, Weizen und sonstiger Körnerfrucht (Anhang I, 13/A);

4. des Abgeordneten Dr. Ferzabek und Genossen an den Staatssekretär des Innern, betreffend Maßnahmen gegen die Einschränkung der Versammlungsfreiheit (Anhang I, 14/A);

5. des Abgeordneten Malik und Genossen an den Staatskanzler, betreffend die Propagandatätigkeit des Sohnes der Herzogin von Parma in Schwarzau (Anhang I, 15/A);

6. des Abgeordneten Fro und Genossen an die Staatssekretäre für Verkehrsweisen und für Seerwesen, betreffend die Herstellung geordneter Verhältnisse im Personenverkehr auf den Eisenbahnlinien Deutschösterreichs (Anhang I, 16/A).

**Beginn der Sitzung: 3 Uhr 5 Minuten nachmittags.**

Vorsitzende: **Präsident Dr. Dinghofer**,  
Präsident **Hausler**, Präsident **Seitz**.

Schriftführer: **Friedmann**, **Wollek**,  
**Hummer**.

Staatskanzler **Dr. Kemner**.

Staatssekretäre: **Dr. Bauer** des Äußern,  
**Dr. Mataja** des Innern, **Dr. Koller** für  
Justiz, **Stöckler** für Landwirtschaft, **Jukel**  
für Verkehrsweisen, **Hanusch** für soziale Für-  
sorge, **Dr. Urban** für Gewerbe, Industrie  
und Handel, **Mayer Josef** für Seerwesen,  
**Pacher** für Unterricht, **Dr. Steinwender**  
für Finanzen, **Berdik** für öffentliche Arbeiten,  
**Dr. Loewenfeld-Ruß** für Volksernährung,  
**Dr. Raup** für Volksgesundheit.

**Präsident Dr. Dinghofer:** Ich erkläre  
die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom  
4. Dezember liegt in der Kanzlei zur Ein-  
sicht auf.

Der Herr Abgeordnete **Stard** hat seine Ab-  
wesenheit von der heutigen Sitzung entschuldigt.

Wir gelangen zur Tagesordnung. Der  
erste Punkt ist die Debatte über den allge-  
meinen Regierungsbericht.

Zum Worte hat sich der Herr Staatssekretär  
**Jukel** gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Staatssekretär für Verkehrsweisen **Jukel:**  
Hohes Haus! Es sei mir gestattet, die gestrige  
Schilderung des Herrn Staatssekretärs **Berdik** im  
Hinblick auf das Verkehrsweisen zu ergänzen.

Die deutschösterreichischen Staatsbahnen sind  
bei dem veranschlagten Kohlenverbrauch von täglich  
zirka 7900 Tonnen bei normalem Verkehr und  
einer gegenwärtigen Tagesförderung in den deutsch-  
österreichischen Revieren, ausnahmslos der deutsch-  
böhmischen von ungefähr 5000 Tonnen täglich,  
welche aber nur zum geringsten Teile, zu einem  
Fünftel, den Eisenbahnen zur Verfügung gestellt  
werden können, vornehmlich auf den Bezug aus-  
ländischer Kohle angewiesen.

Wenn auch bloß der gegenwärtig eingeschränkte  
Verkehr in Betracht gezogen wird, so steht immer-  
hin einem täglichen Bedarfe von rund 4000  
Tonnen eine Fehlmenge von 3000 Tonnen gegen-  
über, welche vom Ausland eingeführt werden muß.

Die Zuschübe letzterer Kohle haben nun seit  
der politischen Umwälzung fortwährende Störungen  
durch Streiks, Beschlagnahmen usw. und in den

letzten Tagen eine völlige Unterbrechung er-  
fahren.

Was nun die Einbringung ausländischer Kohle  
anlangt, muß bemerkt werden, daß seit der Um-  
wälzung von den Revieren des Tschecho-Slowakischen  
Staates nur die böhmischen Reviere nach Deutsch-  
österreich Kohle lieferten und aus dem Osttrauer  
und Kossitzer Revier überhaupt jede Lieferung aus-  
geblieben ist. Aber auch die Lieferung aus dem  
Braunkohlenrevier war völlig unzureichend, weil  
auf eine Pflichtmenge von 4600 Tonnen täglich  
höchstens 500 bis 600 Tonnen Bahnkohle ein-  
liefen und eine Einlieferung auch dieser geringen  
Menge seit vier Tagen vollständig unterbleibt.

Was die Belieferung aus den reichsdeutschen  
Revieren anbelangt, so ist eine solche für die  
deutschösterreichischen Staatsbahnen nur durch west-  
fälische Kohle und diese auch nur in sehr geringem  
Ausmaße zu verzeichnen. Auch diese Lieferung  
stieß auf Hindernisse, indem durch die Arbeiterräte  
in München und Lindau-Neutittin Beschlagnahmen  
vorgenommen wurden.

Die Versuche, oberschlesische Dienstkohle nach  
Deutschösterreich zu bringen, hatten trotz eifrigster Be-  
mühungen des Staatsamtes bisher keinen Erfolg, wobei  
deutscherseits vorerst die Unsicherheit der Durchfuhr  
durch tschecho-slowakisches Gebiet, später der Aus-  
bruch eines Ausstandes und in jüngster Zeit die  
Minderförderung von einem Drittel bis zur Hälfte  
der Normalförderung geltend gemacht wurden.

Gezwungen durch diese Verhältnisse hat das  
Staatsamt die Umleitung der oberschlesischen Kohle  
über Sachsen und Bayern in Erwägung gezogen  
und sich deshalb an die betreffenden reichsdeutschen  
Bahnen gewendet. Eine zustimmende Antwort ist  
bis nun jedoch noch ausständig und durch die in  
jüngster Zeit eingetretenen Verkehrerschwernisse  
zwischen Bayern und Preußen wohl auch nicht zu  
gewärtigen.

Auch seitens des Jugoslawischen Staates ist  
die seinerzeit erfolgte Belieferung der Direktion  
Billach mit Trifatter Kohle seit der stattgehabten  
Umwälzung unterlassen worden. Das Staatsamt hat  
deshalb im Wege der Feldtransportleitung Billach  
Schritte unternehmen lassen, doch wurde von jugo-  
slawischer Seite die Antwort erteilt, die Kohle für  
eigene Zwecke zu benötigen.

Die infolgedessen eingetretenen äußerst un-  
günstigen Kohlenverhältnisse bei den deutschösterreichi-  
schen Bahnen haben ein noch weiteres Einschreiten  
notwendig gemacht und das Staatsamt für öffent-  
liche Arbeiten ist wiederholt mit diesbezüglichen Er-  
suchen sowohl an den Reichskohlenkommissär in

Berlin als auch an die Generaldirektion der tschechoslowakischen Staatsbahnen herangetreten.

Ungeachtet dessen hat sich an dem Zustande der unzureichenden Kohlenversorgung nichts geändert und bleibt die Bahndienstkohle jüngst vollkommen aus.

Zurückkommend auf die Beschlagnahme der Kohle durch Organe anderer Nationalstaaten wird bemerkt, daß beispielsweise von den bei Ausbruch der Umwälzung in Oberberg gestandenen rund 780 Wagen oberschlesischer Kohle der größte Teil von den Polen abgefahren wurde und der Rest von rund 200 Wagen seitens der Tschechoslowaken abgenommen worden ist. Des weiteren wurden am 20. November l. J. in Lundenburg die Beschlagnahme eines Zuges und am 28. und 29. November zwei Züge mit oberschlesischer Kohle mit der Bestimmung Wien seitens des Tschecho-slowakischen Staates beschlagnahmt und nach Brünn abgeliefert.

Nach einer Drahtung von Amstetten vom 4. Dezember soll auch ein nach Gaisbach unterwegs befindlicher Braunkohlenzug von den tschechoslowakischen Bahnen zurückgehalten worden sein.

Zahlreiche andere Fälle können zwar nicht bewiesen, aber behauptet werden. Die deutschösterreichischen Staatsbahnen, welche über keinen nennenswerten Vorrat an Dienstkohle bei Ausbruch der

Umwälzungen verfügten, hatten aber gerade in den ersten Tagen gewaltige Transporte von Heimkehrern und Flüchtlingen zu bewältigen, wodurch der letzte Rest des vorhandenen und — wie aus dem Vorgesagten ersichtlich — völlig ungenügend ergänzten Vorrates an Dienstkohle aufgebraucht wurde.

Besonders kritisch gestaltete sich die Verkehrslage aus Anlaß der angeforderten Durchführung der Mackenzüge. Für diesen Zweck wurden bis zum 49 Transporte gefahren, doch sind dem Deutschösterreichischen Staate hierfür nur 250 Tonnen gegenüber der nötigen Menge von rund 1000 Tonnen zugeteilt. Eine weitere Zuweisung von 275 Tonnen ist allerdings erfolgt, doch wird diese Menge erst nächster Tage eintreffen.

Die infolge der Kohlennot geschaffenen Bahnverhältnisse mußten notgedrungen zur fortschreitenden Drosselung des Verkehrs in Deutschösterreich führen.

Durch das in den letzten Tagen vollkommene Ausbleiben der Dienstkohle scheint der gänzliche Stillstand des Gesamtbetriebes bevorzustehen. Wenn dieser bis nun noch nicht erfolgt ist, so ist dies nur auf das Entgegenkommen des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten zurückzuführen.

Die Kohlenbewegung bei den am meisten notleidenden Wiener Direktionen nach den Meldungen vom 3. Dezember ist der nachfolgenden Zusammenstellung zu entnehmen:

	Vorrat in Tonnen	Verbrauch am 3. Dezember in Tonnen	Einlieferung am 3. Dezember in Tonnen	Vorrat reicht für Tage	Anmerkung
Wien . . . . .	714	700	234	1	Vom Vorrat erfolgt auch Abgabe an benachbarte Direktionen.
Staatseisenbahngesellschaft	170	207	190	0.9	
Nordbahn . . . . .	1121	112	—	11	
Nordwestbahn . . . . .	396	200	175	1.5	

Das Staatsamt für Verkehrswesen hat seit dem Augenblicke des Beginnes der Umwälzung nichts unversucht gelassen, um den Eisenbahnbetrieb mit den benachbarten neuen Staaten in geregelte Bahnen zu bringen. Diese Bestrebung wurde jedoch gleich mit dem Tage der Selbständigmachung der Nachbarstaaten durch maßgebende Funktionäre oder aber durch selbständiges rücksichtsloses Vorgehen einzelner Organisationen behindert und vereitelt. Am schärfsten ist dies im Verhältnis zum Tschechoslowakischen Staate in Erscheinung getreten, welcher wohl vorbereitet, in kürzester Zeit alle großen ihm Vorteil bringenden Dienststellen für sich in Anspruch nahm und den Betrieb zu seinem Vorteile eingerichtet hat, so daß im Übergangsverkehr nach Deutschösterreich, besonders aber im deutschen Siedlungsgebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens, der Eisenbahnbetrieb eine ganz wesentliche Störung erfuhr.

Schon in der Übergangsnacht vom 29. auf den 30. Oktober hat der Národní Výbor in Prag

folgende Drahtung, betreffend das Verbot der Ausfuhr sämtlicher Lebensmittel, Brennstoffe, ausgenommen Holz und Kohle für Eisenbahnen und Militärsendungen, erlassen (liest):

„Über Auftrag des Národní Výbor wird mit sofortiger Gültigkeit die Ausfuhr folgender Gegenstände über die Grenzen Böhmens verboten. Sämtliches Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Mühlenprodukte, Futtermittel, trockene und körnige Zucker, Kaffeesatz, Spiritus, Brennstoffe, feste und flüssige (ausgenommen Holz und Kohle für Eisenbahnen), Zeitungspapier, Fette aller Art, alle Gegenstände und Rohstoffe für die Volksbekleidung, als Stoffe, Leder, Flachs, Baumwolle und ähnliches, endlich lebendes Vieh, ausgenommen Militärsendungen. Kollendes anhalten und telegraphisch melden.“

Národní Výbor.“

Im Nachhange hierzu wurde gemeldet, daß von Dr. Zahradník persönlich in Lieben und Bubna Lebensmittel aller Art und hochwertige Güter für

Deutschösterreich, Deutschland und Ungarn angehalten wurden.

Prag: In Lieben 30 Wagen von Dr. Zahradník persönlich (*Hört! Hört!*) angehalten, darunter Lebensmittel aller Art für nur deutschösterreichische Stationen und 1 Wagen Wein für Malmö, 8 Wagen Wolle und Zucker für Leipzig, 3 Wagen Medizinflaschen für Budapest, 1 Wagen Garn für Miskolcz.

Bubna: Ebenfalls von Dr. Zahradník persönlich angehalten (*Hört! Hört!*): 11 Wagen Schafwolle für Leipzig, 1 Wagen Kraut für Bozen, 2 Wagen Zucker für Villach, ferner der Transport 441343 (150 Rinder), bestimmt für Militärverpflegsmagazin St. Mary, requiriert für Schlachthaus Prag. (*Hört! Hört!*)

Durch dieses Vorgehen wurden wir in die Zwangslage versetzt, mit Gegenmaßnahmen einzusetzen. Schließlich hat sich die Generaldirektion der tschecho-slowakischen Staatsbahnen bereit erklärt, sich mit dem deutschösterreichischen Staatsamt für Verkehrswesen bezüglich Regelung des gegenseitigen Bahnverkehrs ins Einvernehmen zu setzen und so kam es am 5. November 1918 zu den Gmünder Vereinbarungen, nach welchen bezüglich der Betriebsführung allein der vor dem 28. Oktober bestandene Zustand beizubehalten war.

Ich bemerke, daß ich am ersten Tage meines Dienstantrittes, als Generaldirektor Bašta mir mitteilte, er sei zum Leiter der tschecho-slowakischen Bahnen ernannt worden, denselben begrüßte und ersuchte, in näheren Verkehr zu treten, mit dem Vorschlage, Wien zu wählen, nachdem hier alle Akten zur Verfügung stehen. Generaldirektor Bašta ist auf diesen Vorschlag eingegangen und hat Gmünd vorgeschlagen; wir hatten schon den 3. November als Beginn der Verhandlungen in Aussicht genommen, es war aber erst möglich, sie am 5. zu beginnen.

Diesen Verhandlungen folgte eine die Kohlenabgabe für die deutschösterreichischen Bahnen betreffende Besprechung in Prag am 8. November 1918. Nach dem Ergebnisse derselben hätte auch in dieser Frage der bisnun geübte Verteilungsmodus vorläufig für einen Monat beibehalten werden sollen.

Anfänglich war der Zuschub der Kohle aus dem nordwestböhmischem Revier doch noch halbwegs zufriedenstellend. Mit Zunahme der politischen Entwicklungen in Deutschböhmen nahm jedoch die Zufuhr aus dem Braunkohlenrevier ständig ab.

Um angesichts der Entwicklung der Verhältnisse die Belieferung der deutschösterreichischen Bahnen mit Kohle aus dem tschecho-slowakischen Gebiete zu sichern, wurde vom Staatsamte für Verkehrswesen der Vorschlag gemacht, ein Kohlenkomitee in Prag — eventuell unter tschecho-slowakischer Führung — zu errichten, welchem eine gerechte Aufteilung der Kohle, also auch der Dienstkohle, obliegen würde.

Dieses Ansuchen, welches, wie hier bekannt, vom Staatsamte für öffentliche Arbeiten immer wieder erneuert wurde, blieb jedoch bisher unbeantwortet, obwohl gelegentlich einer am 26. November 1918 im Staatsamte für Verkehrswesen abgehaltenen gemeinsamen Beratung seitens des Vertreters des Tschecho-slowakischen Staates die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieses Komitees anerkannt wurde.

An diesem vom Tschecho-slowakischen Staate geübten Vorgang konnte auch der Umstand nichts ändern, daß über hierseitige Anregung das Staatsamte für öffentliche Arbeiten und das Staatsamte für Äußeres wiederholt die maßgebende tschecho-slowakische Landes-Kohlenverteilungsstelle in Prag wegen zunehmender Zuschreibung von Dienstkohle angegangen hat.

Es scheint, daß sachliche Verhandlungen, welche bisnun vom Staatsamte für Verkehrswesen und auch vom Staatsamte für öffentliche Arbeiten mit den fremden Staaten gepflogen wurden, nicht mehr genügen, um die außerordentlich ernste Kohlenfrage zu bereinigen, und daß in Ansehung der drohenden Lage nunmehr Verhandlungen zwischen den beteiligten Staatsregierungen einsetzen müssen, um das Ärgste, die vollständige Lahmlegung des Verkehrs und mithin auch den wirtschaftlichen und politischen Niedergang, hintanzuhalten.

Zu diesem Zwecke wäre die Gewirkung der Zustimmung der beteiligten Nationalstaaten — zur Schaffung der bereits in Anregung gebrachten gemeinsamen Kohlenkomitees in Prag nötig.

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte sind weiters gemeldet pro die Herren Nationalräte Dr. Schürff, Baron Hof, Seitz, Dr. Schoepfer; kontra die Herren Nationalräte Teufel und Hummer.

Ich erteile dem ersten Herrn Kontraredner, dem Herrn Nationalrat Teufel, das Wort.

Abgeordneter Teufel: Hohe Nationalversammlung! Am 1. Oktober schon verlangte unsere Partei den Zusammentritt der deutschösterreichischen Nationalversammlung, wissend, daß jeder Tag des Versäumnisses den Deutschen Österreichs furchtbare Wunden schlagen werde. Die militärische Lage und die politischen Vorgänge in Bulgarien, in Deutschland, in Österreich und in Ungarn vor und hinter den Kulissen drängten zum Höhepunkt der Kriegstragödie und die Reden, vor allen anderen, die des Obmannes des Tschechischen Verbandes, Abgeordneten Stanek, und die nachträgliche Rede des Abgeordneten Daszhyński im ehemaligen österreichischen Abgeordnetenhaus mußten jedem deutschen Abgeordneten klarmachen, daß das Verbleiben der Völker Österreichs in einem Staatsverbände ausgeschlossen ist. Die anderen deutschen Parteien

erklärten jedoch, daß sie die Zeit für die Einberufung der Nationalversammlung noch nicht für gekommen erachteten und so mußten drei kostbare Wochen verstreichen, bevor man sich endlich entschloß, die Deutschösterreichische Nationalversammlung einzuberufen.

Gestern hat jedoch der Herr Staatskanzler Dr. Renner im Namen der großen Parteien erklärt, die Kritik der Öffentlichkeit habe Unrecht, wenn sie sagt, die Parteien hätten bis heute mehr schaffen können; denn es seien ja erst 44 Tage vergangen, seitdem die deutschen Parteien die Zügel der Regierung ergriffen haben. Ich erkläre: Die öffentliche Kritik hat völlig recht mit ihren Vorwürfen, denn die Führer der großen Parteien allein tragen die Schuld, daß volle drei Wochen ungenützt verstrichen sind. Sie haben die politische Lage damals nicht erkannt und nicht erfaßt und den ohnehin schon großen Vorsprung, den die anderen Nationen zur Aufrihtung ihrer Nationalstaaten hatten, durch ihre Unentschlossenheit noch vergrößern geholfen. (*Zustimmung.*) Daß dieser Fehler dem deutschen Volk in Österreich schwere Nachteile brachte, ist so klar durch die Tatsachen bewiesen, daß jedes Wort hierzu meinerseits überflüssig ist.

Diese Unentschlossenheit des Handelns, diese Scheu, rechtzeitig im Interesse des deutschen Volkes eine Verantwortung zu übernehmen, zeigte sich auch besonders stark, als es galt, der österreichischen Regierung Hussarek, Lammasch-Nedlich das verderbliche Handwerk zu legen und die Geschäfte der Regierung endlich zu übernehmen. Wochen ließ man verstreichen und alle von unserer Partei im damaligen Vollzugsausschusse der Nationalversammlung gestellten diesbezüglichen Anträge wurden glatt niedergestimmt. Man duldete es ruhig, daß die Polen durch Wochen hindurch täglich viele Millionen von der Finanzverwaltung nach Krakau, die Tschechen hundert Millionen nach Prag und Brünn für die Unterhaltsbeiträge überwiesen erhielten und daß sich Nord- und Südslawen den Löwenanteil an dem Bestande unserer Lokomotiven, Eisenbahnwagen und sonstigen kostbaren Materials sicherten.

600 Waggons Zucker wurden nach Olmütz und andere Lebens- und sonstige Bedarfsartikel wurden rechtzeitig nach solchen Orten geschafft, die den Nord- und Südslawen paßten. Trotzdem — und man könnte, meine Herren, stundenlang über solche Vorfälle berichten — ließ der Vollzugsausschuß der Nationalversammlung die österreichische Regierung schalten und walten, wie es ihr beliebte. Erst gegen die Mitte November zu wurden die Staatssekretäre gewählt und die Ministerien übernommen, worauf dann am 12. die Republik proklamiert wurde.

Bei der Besetzung der Staatsämter zeigte es sich, daß gerade das wichtigste Amt, das Amt für Volksernährung, von keiner der verantwortlichen

großen Parteien übernommen werden wollte, obwohl gerade die Tätigkeit dieses Amtes durch die ganze Kriegszeit hindurch der schärfsten Kritik der Parteien unterworfen war und es den wirtschaftlich gebildeten, aus dem Leben herausgewachsenen Politikern Gelegenheit geboten hätte, zu zeigen, was sie können. Die Herren der agrarischen Parteien wählten jedoch Krieg und Verkehr und die Herren von der sozialdemokratischen Partei erklärten ebenfalls, für das Ernährungsamt keinen Kandidaten zu haben. Die Posten der Unterstaatssekretäre fanden jedoch rasche Abnahme und mußten täglich vermehrt werden.

Eine scharfe Kritik an dem Verhalten des Staatsrates und der Staatssekretäre muß daran geübt werden, daß bis heute in vielen Staatsämtern noch immer Beamte und Angestellte anderer Nationen Dienst machen und daß man dem jungen, tüchtigen deutschen Beamtennachwuchs nicht durch Pensionierung der alten österreichischen Bureaufreakten die Möglichkeit bietet, den neuen gesunden demokratischen und nationalen Geist bei allen Staatsämtern und Behörden zu betätigen. Es muß mit Fremden festgestellt werden, daß an vielen leitenden Stellen von dem neuen Regime Beamte belassen, ja sogar frisch eingesetzt wurden, die nichts weniger als die neue Zeit repräsentieren. Ein klassisches Beispiel hierfür ist die Berufung des ehemaligen Sektionschefs des Ministeriums des Innern Baron Eichhoff ins Staatsamt für Außeneres, eines Mannes, der das berühmteste Manifest des gewesenen Kaisers von Österreich verfaßt hat (*Rufe: Hör!*) und welcher der erste Vertrauensmann des Erzherzogs Ferdinand, den Repräsentanten des ungesundesten Imperialismus, war. Wir verlangen daher, daß der Staatsrat hier so rasch wie möglich seine Pflicht erfüllt und wir können uns mit dem wenigen, was der Staatskanzler gestern über die Amts- und Behördenorganisation und über die Beamtenfrage sagte, nicht befriedigt erklären.

Völlig ungenügend waren die Ausführungen des Kanzlers in der Frage der Errichtung der deutschösterreichischen Wehrmacht. Den schwersten, nicht mehr gut zu machenden Fehler hat der Staatsrat dadurch begangen, daß er, entgegen dem Antrag unserer Partei, seinerzeit die rechtzeitige Übernahme der Militärhohheit ablehnte, die Bitten, die ihn diesbezüglich selbst aus den Kreisen der Soldaten und Offiziere vom 30. bis 31. Oktober und 1. November vorgetragen wurden, unberücksichtigt ließ und sich erst dann entsetzte, den Beschluß zu fassen, die Militärhohheit zu übernehmen, wie die Truppen des Hinterlandes, führerlos geblieben, sich bereits völlig aufgelöst und zu vielen Tausenden die Kasernen verlassen hatten.

Während die Slawen ihre Truppen sofort sammelten und die Heimkehrten neuerlich unter die Waffen riefen, wurde bei uns nichts Derartiges

versucht und alle Anträge, die von mir in dieser Hinsicht im Staatsrate gestellt wurden, wurden niedergestimmt, trotzdem die sofortige Schaffung einer deutschösterreichischen Wehrmacht die wichtigste Forderung der Stunde war. (*Rufe: So ist es!*) Als von allen Orten Nachrichten über Raub und Plünderungen eintrafen, wurde schüchtern an die Errichtung einer Volkswehr geschritten, welche schon durch die Grundlage, auf welcher sie vom Staatsamt für Heerwesen aufgebaut wurde, von Haus aus nicht einmal den geringsten Ersatz für eine, wenn auch noch so bescheidene Wehrmacht bilden konnte. Zum Überschuß etablierte sich noch in der Stiftskaserne Wien die sogenannte Rote Garde, von welchem Tage an das Staatsamt für Heerwesen der Frage des wirklichen Aufbaues einer deutschösterreichischen Wehrmacht überhaupt kein Interesse mehr entgegenbrachte, nur bemüht, die Rote Garde vor Torheiten zu bewahren und sie langsam zu einer „Elitetruppe“ der Volkswehr auszubilden. Hervorheben muß ich jedoch, daß die Provinzvolkwehren, von der Wiener Lust nicht angekränkt, ihre Schuldigkeit tun. Erst vor wenigen Tagen gelang es mit großer Mühe im Staatsrate zu erreichen, daß von den zuständigen Stellen ein Vorschlag über das Grundgesetz der Wehrmacht und der Rechte und Pflichten der Soldaten unterbreitet und angenommen wurde. Die Forderung jedoch, wenigstens die Jahrgänge 1894 bis 1898, so wie dies die Tschecho-Slowaken sofort verfügt hatten, einzuberufen, wurde bis heute vom Staatsrate abgelehnt, so, daß nach wie vor alle durch slawische Einfälle bedrohten Gebiete Deutschösterreichs schutzlos bleiben müssen. (*Abgeordneter Dr. Wichtl: Durch die Schuld des Staatsrates, das muß festgestellt werden!*) Um allen Mißverständnissen vorzubeugen . . . (*Zwischenrufe.*) Es melden sich genug, es melden sich tausende tadelloser, braver, demokratisch gesinnter Offiziere, und als ich im Staatsrat den Antrag stellte, man möge uns die Möglichkeit geben, daß sich die freiwillig meldenden, tausende deutscher Männer, für deren Gesinnung wir uns verbürgen . . . (*Abgeordneter Seitz: Das ist eine schöne Bürgschaft!*) Unsere Bürgschaft ist mehr wert, als Ihre. Sie können nicht einmal für Ihre Leute bürgen, ein Beweis dafür, daß Ihr Genosse, Herr Dr. Deutsch im Staatsrate verbürgt hat, daß die Rote Garde parieren werde, und am andern Tage hat sie hunderte Schüsse hier in das Parlament abgefeuert. Das ist die Freiheit, die Sie meinen. Für eine solche Freiheit bedanken wir uns. Die Garantie für unsere Leute übernehmen wir, eine Garantie in Ihrer Form können wir nicht übernehmen, weil sie bloß eine Augenauswischerei der Leute bedeutet. (*Abgeordneter Seitz: Kontrarevolutionäre Offiziere!*) Wir sind nicht kontrarevolutionär. Wenn Sie selbst nur so ehlich demokratisch gesinnt wären wie wir, würden wir dankbar

sein. (*Lebhafte Zwischenrufe. — Abgeordneter Seitz: Plötzlich!*) Ihre „Demokratie“, sehr verehrter Herr Präsident Seitz, ist immer nur etwas gewesen, das Sie den Massen vorspiegeln. Durch die Tat müssen Sie sie beweisen, die Tat wäre gewesen, daß Sie die Genossen zurückgehalten hätten, hier den unerhörten Putschversuch gegenüber der freigewählten und von Ihnen anerkannten Volksvertretung zu unternehmen. (*Abgeordneter Forstner: Wie kommen Sie dazu, zu sagen, daß das unsere Genossen waren?*) Es waren Ihre Genossen, lesen Sie die Rede; die Ihr Genosse Frey, Hauptmann der Roten Garde, erst kürzlich gehalten hat. . . . (*Neuerliche lebhafte Zwischenrufe.*)

**Präsident Dinghofer:** Ich bitte, meine Herren, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

**Abgeordneter Teufel (fortfahrend):** Um allen Mißverständnissen vorzubeugen und allen absichtlichen Verdrehungen den Boden zu entziehen, erkläre ich, daß wir eine entsprechende nach Schweizer Muster aufgebaute deutschösterreichische Wehrmacht und die sofortige Einberufung einiger Jahrgänge nicht dazu wünschen, um Krieg zu führen, sondern dieselbe mit allem Nachdruck deshalb fordern, da kein Staatswesen der Welt ohne entsprechende Wehrmacht leben und bestehen kann (*Sehr richtig!*) und weil wir jetzt in dieser schweren Zeit Truppen sowohl zur Verteidigung als insbesondere zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unbedingt dringend benötigen. (*Abgeordneter Malik: Zur Aufrechterhaltung unserer Grenzen, der deutschen Grenzen, der rein deutschen Grenzen!*)

**Präsident Dinghofer:** Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

**Abgeordneter Teufel (fortfahrend):** Wir verlangen, daß der Staatsrat in dieser Frage endlich seine Pflicht tue und fordern, daß das Grundgesetz über die Wehrmacht und jenes über die Rechte und Pflichten des Soldaten auf die nächste Tagesordnung der Nationalversammlung gestellt werde, damit endlich so rasch wie nur überhaupt möglich, leider schon viel zu spät, mit dem Aufbau der deutschösterreichischen Wehrmacht ohne Verzug begonnen werden kann. Eines muß jedoch schon heute betont werden: Die Schaffung der Heeresorganisation muß vom Staatsrate Personen anvertraut werden, die durch ihre fachliche Eignung, ohne Rücksicht auf Parteipunze und Farbe, die sichere Gewähr bieten, die ihnen gestellte große Aufgabe zum Nutzen und Frommen unseres jungen Staatswesens befriedigend zu lösen. An der Spitze des Staatsamtes für Heerwesen sind derzeit solche Personen nicht zu sehen. (*Rufe: Sehr richtig!*) Das völlige Versagen des

Staatsrates in der Frage der Schaffung einer Wehrmacht hat die Folge, daß Deutschösterreich den räuberischen tschecho-slowakischen und jugoslawischen Einfällen in sein Gebiet bis jetzt nur mit papierenen Protesten des Staatsamtes für Äußeres antworten konnte, was natürlich zur Folge hat, daß die Tschecho-Slowaken und Jugoslawen, ermutigt durch ihre gegenüber einer völlig wehrlosen Bevölkerung erzielten Waffenerfolge, ihren Raub- und Besetzungszug gegen die deutschösterreichischen Sudeten- und Alpenländer rücksichtslos fortsetzen werden. Blutenden Herzens müssen wir unsere Einschlußgebiete staatsrechtlich aufgeben, da Staatsenklaven ein Unding sind und man nicht wie zum Beispiel in Mähren den Tschechen die Hauptstadt ihres Landes als deutschösterreichisches Hoheitsgebiet erklären kann.

Eines steht jedoch unverrückbar für immerwährende Zeiten fest: So bedingungslos wir Deutsche der Sudeten- und Alpenländer, im völligen Einklang mit ganz Deutschösterreich, das freie und volle Selbstbestimmungsrecht der Tschecho-Slowaken, Jugoslawen sowie aller anderen Völker anerkennen; so werden wir nie und nimmer dulden, daß man uns ein Feld, ein Haus unseres geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes entreißt und unter Fremdherrschaft stellt.

In den Stunden der Wehrlosigkeit unseres Volkes kann dies wohl vorübergehend gelingen, doch der Sturm der nationalen Erhebung und Gegenwehr wird früher kommen, als man in Prag und Laibach zu glauben scheint; denn wir werden unseren deutschen Grund und Boden, die heiligen Stätten unserer Väter, wenn es sein muß, bis zum letzten Mann verteidigen. Wir Deutsche fordern nicht um ein Jota mehr als die anderen Völker, aber auch keine Macht der Welt kann uns das Recht auf Selbstbestimmung dauernd rauben. Vom Staatsrate fordern wir im Namen unseres Volkes, seine verhängnisvolle Unentschlossenheit, seine Schwäche und Halbheit, mit der er der Frage der Verteidigung deutschösterreichischen Gebietes bis heute gegenübersteht, endlich fallen zu lassen und mit aller Entschlossenheit alle militärischen und sonstigen Maßregeln unverzüglich durchzuführen, welche den Schutz der bedrohten deutschösterreichischen Gebiete sichern.

Hohes Haus! Während unsere herrlichen deutschen Truppen an allen Fronten bluteten, um für ihr Volk einen Frieden zu erkämpfen, der die politische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung desselben sichern sollte, wüteten im Hinterlande frei und ungebunden zersetzende Kräfte aller Art, welche den gesunden Sinn des deutschen Volkes vergifteten und dessen titanenhafte Kraft nicht zur Auswirkung gelangen ließen. Im alten Österreich scharten sich außerdem noch alle nicht deutschen Nationen um die Fahne der Feinde und ließen nichts unversucht, um die Kräfte der Verteidigung zu lähmen. Die

Zügel der inneren und äußeren Politik bei uns und im Deutschen Reiche befanden sich vom Anfang bis zum Ende dieses furchtbarsten aller Kriege in den Händen unfähiger, kurzsichtiger und schwacher Staatsmänner und die Führung der österreichisch-ungarischen Armee war einem Generalstab anvertraut, der mit wenigen rühmlichen Ausnahmen als das Unglück Österreichs bezeichnet werden muß. (Zustimmung.) Diesen Tatsachen ist es vor allem anderen zuzuschreiben, daß wir trotz aller Siege, welche die deutschen Waffen auf allen Fronten errungen haben, heute vor dem vollkommenen Zusammenbruch unserer militärischen und wirtschaftlichen Macht stehen. Wenn man gerecht sein will, darf man aber nicht nur die Frage aufwerfen: wer und was hat den Krieg verschuldet, sondern man muß vor allem anderen fragen: Wer und was hat die Schuld an unserem Niederbruch? Denn das Furchtbarste, das Entsetzlichste für die Gegenwart und für die Zukunft unseres Volkes, von unabsehbaren Folgen begleitet, ist der unfaßbar plötzliche, schmählische Zusammenbruch all unserer Kräfte auf der ganzen Linie.

Wo sind all die Männer und Parteien, welche stets als Apostel die Botschaft verkündeten, daß die Demokratien des Westens stündlich bereit seien, mit dem deutschen Volke einen Frieden der Gerechtigkeit, der Verständigung zu schließen, wenn es sich vom Militarismus befreit, wenn es seine Staatsform ändert, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und alle anderen Punkte Wilsons anerkennt und auf jede Annexion und Kontribution verzichtet? Das deutsche Volk hat seine Wehrmacht zertrümmert, Kaiser und Fürsten abgesetzt, die Republik ausgerufen, das Selbstbestimmungsrecht des Volkes und alle anderen Punkte der Botschaft des Präsidenten Wilson restlos anerkannt, auf jede Annexion und Entschädigung verzichtet und der Erfolg ist, daß an Stelle der Erfüllung all der Verheißungen die völlige Knechtung und Entrechtung des deutschen Volkes tritt. Der Tod, der in der Front den bewaffneten deutschen Männern das Leben nahm, hielt auch in den Reichen der Feinde reiche Ernte. Der Tod, der jetzt dem wehrlosen deutschen Volke gegenübertritt, holt seine Opfer nur mehr aus diesem. Wehe dem Besiegten, schallt es uns allüberall entgegen! Ich glaube an den Satz „Volkesstimme ist Gottesstimme“ und bin daher überzeugt, daß unser Volk die wahrhaft Schuldigen, wenn nicht heute, so morgen erkennen und richten wird. Geschieht dies und es wird geschehen, dann wird das deutsche Volk sich seiner Eigenart wieder bewußt werden, seine Kräfte sammeln, seine Führer frei erküren und die Fesseln sprengen, die ihm ein von Haß erfüllter, von Siegen, die er nie errungen, berauschter Feind in jenem Augenblick anlegte, als es ihm die Hand zum Frieden bot.



So furchtbar schwer auch das Schicksal uns Deutsche jetzt schlägt, wir werden nicht verzweifeln; felsenfest überzeugt davon, daß man ein Volk von 80 Millionen, ausgestattet mit solchen Fähigkeiten, Arbeitswillen, ethischen und kulturellen Kräften, wie sie gerade dem deutschen Volke eigen sind, wohl deshalb, weil es irreführt, Lehren für wahr hielt, die ihm seine Feinde heuchlerisch verkündeten, für eine Spanne Zeit unterwerfen, aber nie und nimmermehr dauernd entrechteten und knechten kann. (Beifall. — Redner wird beglückwünscht.)

**Präsident Dr. Dinghofer:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Schürff.

**Abgeordneter Dr. Schürff:** Hohe Nationalversammlung! Der Eindruck der gestern von den Herren Staatssekretären erstatteten Berichte kann in der Sache als trostlos bezeichnet werden, wogegen er in der Form unseren Beifall finden kann. Im ganzen bedeuten diese Berichte eine furchtbare Enttäuschung für uns alle, namentlich für jene, die sich aus der Einstellung . . . . (Unruhe.)

**Präsident Hauser:** Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

**Abgeordneter Dr. Schürff:** . . . . aller feindlichen Kampfhandlungen Frieden und Ordnung erwartet haben. Es ist ja eines sicher: wir haben in diesem Kriege zweifellos Enttäuschungen in Fülle und Fülle erlitten und erfahren, doch die ärgste Enttäuschung ist die jetzige, nämlich die Erkenntnis eines Zustandes der vollständigen Wehrlosigkeit nach außen und eines Zustandes im Innern, der unsere Bevölkerung bei längerem Andauern zur Raserei und Verzweiflung bringen muß. (Unruhe.)

**Präsident Hauser:** Ich bitte doch um Ruhe, meine Herren!

**Abgeordneter Dr. Schürff:** Ich stelle das fest, um dadurch keineswegs der jetzigen Regierung oder den Herren Staatssekretären und dem Staatsrate, wie es meinem geehrten Herrn Vordredner beliebt hat, den Vorwurf an all diesen Zuständen zuzuschreiben, denn, meine Herren, eines ist sicher und an der Tatsache können wir nicht vorbeigehen, daß der Staatsrat und die Nationalversammlung in Verhältnisse hineingekommen sind, an denen sie im allgemeinen unschuldig sind und daß die Übernahme einer passiven Erbschaftsmasse in finanzieller und potentieller Hinsicht eine so furchtbare Belastung für den Staatsrat bedeutete, wie es vielleicht noch niemals in der Geschichte zu verzeichnen gewesen ist. Wenn diese Berichte, die gestern über die allgemeine Lage, wie sie uns entgegentritt, erstattet

wurden, uns endlich Klarheit bieten, so danken wir dafür schon deswegen, weil damit einem Zustande der Unorientiertheit, wie er sich in der Allgemeinheit gezeigt hat, endlich ein Ende gemacht worden ist. Es ist ja klar, daß bei einem so kurzen Regierungszeitraum von 44 Tagen und bei einer derartigen Überbürdung mit Arbeiten, wie sie dem Staatsrate zuteil wurde, eine Aufklärungsarbeit in der früheren Form und bei dem Mangel aller Beziehungen zu der großen Presse einfach nicht möglich gewesen ist. Daher war das Urteil aller Außenstehenden über die Gesamttätigkeit schwer und daher auch nicht entsprechend sachlich. Durch die gestrigen Berichte hat die Allgemeinheit endlich erfahren, wie wir dastehen, und sie weiß nun endlich, gegen welche Schwierigkeiten nicht bloß der Staatsrat, sondern auch diese Nationalversammlung zu kämpfen hat. Wir können unsere Zustimmung — und das stelle ich hier fest — im großen und ganzen und hauptsächlich im Grundsätzlichen zu alledem aussprechen, was bisher der Staatsrat an Tätigkeit geleistet hat. Die eine Tatsache steht fest, daß der Staatsrat an Arbeitsleistungen bisher aufgeboden hat, was nur möglich war. Insbesondere ist dem Zustandekommen der Nationalversammlung und dem Zustandekommen einer jetzigen Regierung eines zu verdanken: der geregelte und gesicherte Gang der staatlichen Umbildung des Staatswesens. (Sehr richtig!) Diese verdienstvolle Tat, meine verehrten Herren, muß unter allen Umständen gegenüber all den unangenehmen Begleiterscheinungen, die jetzt mit dieser ganzen Staatenumbildung verbunden ist, in Berücksichtigung gezogen werden. Es ist versucht leicht, meine verehrten Herren, zu verlangen, daß dieser Staat so arbeitet, so marschiert und womöglich auch so kämpft wie ein Großmachtwesen von jahrhundertelanger Vergangenheit, Tätigkeit und Größe. Ich kenne auch in diesem hohen Hause Politiker, die sich mit Gründungen parteipolitischer Natur im letzten Halbjahre wiederholt befaßt haben (Heiterkeit. — Sehr gut!), die über Nacht neue Parteien gegründet haben, diesen neue Titel gegeben haben und die diese Parteigründungen womöglich in den nächsten acht Tagen wieder aufgegeben haben (erneute Heiterkeit), von einer deutschösterreichischen Volkspartei zur Unabhängigkeitspartei geworden sind und plötzlich von der Unabhängigkeitspartei, weil dieser Firmatitel vielleicht nicht mehr recht zugkräftig gewesen ist, zu der nationaldemokratischen Partei übergegangen sind. (Lebhafte Heiterkeit. — Beifall und Händeklatschen.) Wenn man also in eigenen Dingen so wenig Talent zum Aufbau einer Organisation gezeigt hat, dann soll man in der Kritik gegenüber einem so überaus wichtigen Faktor, wie es der Staatsrat einer im Werden begriffenen Staatengemeinschaft ist, etwas zurückhaltender und vorsichtiger sein. (Zustimmung.)

Darum, meine verehrten Herren, gestehen wir bei alledem, was wir in einzelnen Dingen ja auch an besonderen Wünschen hätten, ein, daß der Staatsrat das, was möglich war, bisher getan hat; denn, meine Herren, in der Geschichte gibt es wenige Beispiele eines Staatenzusammenbruches von solchen Dimensionen, wie wir es miterleben mußten. Ich verweise Sie darauf, daß dem neuen Staate kein finanzieller Apparat zur Verfügung stand (*Sehr richtig!*), daß die Geldmittel fehlten, um die neue staatliche Wirtschaft nur einigermaßen aufrecht zu erhalten oder richtiger in Gang zu bringen; ich verweise darauf, daß die Militärmacht des früheren Großmachtstaates aus Gründen, die ich später noch hier besprechen werde, vollständig zusammengebrochen ist, zusammengebrochen in einem Umfange, wie es noch nie die Weltgeschichte gesehen hat. Wir sehen weiters, daß durch diesen plötzlichen Zusammenbruch der Front die ganze Kriegsproduktion im Hinterlande lahmgelegt wurde, daß daher heute Hunderttausende von Arbeitslosen in diesem Staatswesen herumlaufen und daß es eine drückende Sorge dieser Regierung ist, für die Arbeitslosen dasjenige zu schaffen, was sie zum täglichen Unterhalt unbedingt brauchen. Ich verweise darauf, daß noch niemals in der Geschichte ein Staat so zugrunde gerichtet und durch die letzten Regierungsakte der verflochtenen Herrscher so zutoderegirt wurde, durch eine hirnverbrannte Politik.... (*Abgeordneter Hummer: Des Deutschen Nationalverbandes! — Zwischenrufe des Abgeordneten Teufel. — Gegenrufe: Und des Seidler!*).... wie gerade dieser österreichische Staat. Ich glaube, die Zwischenrufe dieser beiden Herren nicht mehr abtun zu müssen. Ich erinnere an die Tätigkeit derselben gelegentlich der Bildung einer Koalitionsregierung, ich erinnere daran, daß diese einzelnen Herren eine Hintertreppenpolitik getrieben haben, wie keiner in diesem Hause (*lebhafter Beifall und Händeklatschen*), daß die betreffenden Herren die politische Kulissen-schieberei so glänzend können, daß sie es wirklich nicht nötig hätten, jetzt in dieser Lage in einer so aufdringlichen Weise aufzutreten. (*Zustimmung.*)

Aber wenn Sie von diesem Staatswesen, beziehungsweise seiner Regierung.... (*Unruhe.*)

Präsident **Hausler**: Bitte, meine Herren, um Ruhe, setzen wir doch das Schauspiel des früheren Parlaments nicht fort! (*Abgeordneter Hummer: Die Heiterkeit ist aber begründet!*) Es kann jede Partei zum Worte kommen. Bitte um Ruhe, meine Herren!

Abgeordneter Dr. **Schürff**: Wenn Sie, meine Herren, Wunder von dieser Staatsregierung verlangen, die selbst der frühere Großmachtstaat auf diesem Boden zu leisten nicht imstande gewesen ist, so stelle ich fest, daß es schon ein Wunder überhaupt gewesen

ist, bei einem solchen Chaos, das die Nationalversammlung, beziehungsweise der neue Staatsrat übernommen hat, Ruhe und Ordnung in einem Maße aufrecht zu erhalten, daß Raub und Plünderereien in großem Umfang, und Vernichtung des Eigentums verhindert werden konnten. (*Beifall.*)

Das muß festgestellt werden, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe unter solchen Verhältnissen gewiß ein Meisterstück gewesen ist, schon deswegen, weil ohne Geld- und entsprechende militärische Machtmittel diese Leistung vollbracht werden mußte. (*Zwischenrufe des Abgeordneten Hummer.*)

Und dies gilt um so mehr, als erst aus den Trümmern des alten Staates die deutschen Trümmer zusammengefaßt und zu einem neuen Gemeinwesen vereinigt werden mußten. Ich gestehe daher, meine Herren, daß meiner Meinung nach der Vorwurf, der früher der Regierung gemacht worden ist, der Vorwurf allzuschwächlicher Haltung in verschiedenen Dingen in diesem Gesamtumfange ungerecht ist. Die Forderung nach Stärke von einem schwachen Staate ist gewiß mehr als lächerlich. Denn vergessen Sie eines nicht: Sie können doch von einem Staate, dem infolge der ganzen Entwicklung, beziehungsweise des Zusammenbruches der Front die militärischen Machtmittel vollständig fehlen, nicht verlangen, daß er nunmehr auch auf den Kriegspfad geht und zur Eroberung Machtmittel aufbietet. (*Abgeordneter Hummer: Nein, aber sich wehrt!*) Sie ersehen das aus dem Berichte, den gestern Staatssekretär Dr. Bauer hier erstattet hat, Sie sehen weiters genau, was die anderen Herren Staatssekretäre in ihren Berichten mitgeteilt haben, und ich glaube, daß die Tatsachen, die uns dort mitgeteilt worden sind, Beweis dafür genug sind, daß der Staat noch nicht stark genug ist, um mit großen militärischen Machtmitteln an die Rückeroberung gegenwärtig vom Feinde besetzter Gebiete schreiten zu können. Die traurige äußere Situation und auch unsere Machtlosigkeit basiert auf all dem, was der Zusammenbruch der Front mit sich gebracht hat.

Ich werde im Verlaufe meiner weiteren Ausführungen darüber sprechen, welche Ursachen den Zusammenbruch der Front herbeigeführt haben, und nun lassen Sie mich kurz auf die inneren Verhältnisse ein wenig eingehen. Wenn es bisher möglich war, die Verhältnisse überhaupt soweit aufrecht zu erhalten, daß wir hoffen können, in Monaten zu einer festen Vertretung des deutschen Volkes in Österreich und zu einer festen Regierung zu kommen und dieses Provisorium zu überwinden, so ist das nur einem Umstande zuzuschreiben, dem nämlich, daß sich die großen Parteien dieses Hauses zu einer Koalition vereinigt haben oder, wie der Herr Staatskanzler Dr. Renner einmal gesagt hat, zu einer Gesamtvertretung der Bürger, Bauern und

Arbeiter. Das gemeinsame Ziel dieser unserer Koalition ist, aus Blut und Tod, Elend und Not dieses Krieges ein lebensfähiges und der ungeheuren Menschenopfer würdiges Staatswesen zu schaffen.

Diese Koalition der deutschen Abgeordneten oder der Nationalräte hat ihre Aufgabe, soweit es unter den heutigen Verhältnissen überhaupt möglich war, bis jetzt erfüllt. Sie ist eine Koalition des guten Willens und der Vernunft gewesen (*So ist es!*), weil sich jeder ohne Unterschied der Partei sagen mußte, daß in einer Vertretung, wo keine einzelne Partei die Mehrheit hat, die Parteien zusammengehen müssen, um jetzt aus diesem politischen und wirtschaftlichen Chaos endlich wieder ein gefestigtes, starkes Staatswesen zu machen. Ich gehe sogar weiter, wenn auch vielleicht eine gegenteilige Meinung des Herrn Staatskanzlers Renner oder des Herrn Staatssekretärs Dr. Bauer dem entgegentritt, daß die Koalition von längerer Dauer sein kann, und sage ganz offen, ich glaube, daß diese Koalition nicht mit dem Momente zu bestehen aufhören wird, in dem dieses Haus abtritt und die künftige definitive Nationalversammlung einberufen wird, ich glaube sogar, daß es auch im künftigen Hause notwendig sein wird, Koalitionsregierungen zu bilden, weil es wahrscheinlich auch im künftigen Hause einer Partei nicht möglich sein wird, die große Mehrheit zu erlangen.

Nichtsdestoweniger aber will ich feststellen — und das gilt ja nur für die jetzige Zeit — daß diese Koalition die einzige Bürgschaft für den Bestand und die Entwicklung und das Gedeihen dieses Staates war und ist. Darum richte ich an Sie alle, und insbesondere auch an die Öffentlichkeit draußen die Bitte, der Arbeit dieser koalitierten Gemeinschaft der Parteien nicht bloß das entsprechende Wohlwollen, sondern auch die notwendige Unterstützung zu gewähren. Wir sehen leider Gottes, daß sich draußen in der Öffentlichkeit jetzt Dinge abspielen, die uns als Politiker nicht ganz gleichgültig sein können. Wir sehen in der Provinz separatistische und partikularistische Bestrebungen, die eine große Gefahr für die Existenz und für das Gedeihen des deutschösterreichischen Volkes und seiner staatlichen Gemeinschaft darstellen. Wir sehen aber auch, daß sich in einzelnen Gruppen der Wunsch nach einer Diktatur einzelner Klassen oder Parteien bemerkbar macht, ein Bestreben, dessen Verwirklichung ebenfalls die größte Gefahr für die Geschlossenheit und Einheit des Staates und für die Lebensinteressen jener Gemeinschaften, in denen diktatorische und einseitige Parteiherrschaften zur praktischen Anwendung kämen, bedeuten würde. Ich möchte bitten, heute, wo wir in Not und Elend zusammenstehen müssen, wo wir aus dem Chaos, aus dem Zusammenbruche eines alten Staates dieses neue staatliche Gebäude zu zimmern haben, alle separatistischen, alle partikula-

ristischen, aber auch alle diktatorischen Bestrebungen beiseite zu stellen und aufzugeben. Denn ich glaube, nichts könnte die Zukunft dieses Staates, das Glück des deutschösterreichischen Volksstammes für die Zukunft mehr gefährden, als wenn wir uns jetzt in kleine, sich gegenseitig zersplitternde Teile auflösen und einander eventuell bekämpfen würden. (*Sehr richtig!*)

Ich bedauere daher außerordentlich all das, was sich in einzelnen Provinzen dieses Reiches unter dem Schlagworte „Los von Wien!“ geltend macht. Denn mag auch an der Zentralregierung der früheren Zeiten vieles schlecht gewesen sein, mag die Ursache dieser Unzufriedenheit in Verwaltungsangelegenheiten oder in rein politischen Dingen gelegen sein, so gilt doch Eines, daß Wien selbst an all den Zuständen, wie sie entstanden sind, im großen und ganzen unschuldig gewesen ist. Ich möchte aber andererseits hervorheben, daß die Provinz auf die Dauer eine überragende politische Vorherrschaft der Stadt Wien zu ertragen nicht imstande sein würde, denn Wien mit seinen zwei Millionen Einwohnern würde eine Art Wasserkopf in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht für die Provinz bedeuten und darum warne ich vor einer Übertreibung all jener Bestrebungen, die einerseits darauf abzielen, Teile der Provinz von Wien beziehungsweise von einem gemeinsamen Deutschösterreich loszureißen oder andererseits Wien eine überragende politische Bedeutung gegenüber der Provinz zu verleihen. Hier muß ein Ausgleich der gegenseitigen Kräfte stattfinden und ich bin fest überzeugt, daß die überwiegende Mehrheit der Vertreter des deutschen Volkes in Österreich die Mittel finden werden, die es ermöglichen können, einen Mittelweg in diesen Gegensätzen zu finden.

Ich sagte früher, daß die Koalition sich in vielen Dingen glänzend bewährt hat, und ich möchte auch sagen, daß die Koalition, wie sie heute besteht, auch gegenüber diesen Trennungs- und Vorherrschaftsplänen bis jetzt ihre Pflicht erfüllt hat, beziehungsweise noch weiter erfüllen wird. Die Koalition — das muß immerhin festgestellt werden — und die Tätigkeit des Staatsrates waren die festeste Grundlage zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Sie hat die Störung des Volksfriedens im Innern verhindert und darum glaube ich, daß wir mit Fug und Recht Eines tun sollten: nicht bloß die Berichte des Staatsrates zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch zu sagen, wir anerkennen den durch die unermüdete Arbeit des Staatsrates geregelten und gesicherten Gang der staatlichen Umbildung. (*Beifall.*) Diesen Antrag bitte ich zu unterstützen.

Weiters möchte ich auf folgendes zu sprechen kommen. Wir würden uns ja jedenfalls in einer

weit besseren staatlichen Situation befinden, wenn dem jungen Staatswesen bei seiner Geburt die entsprechenden militärischen Machtmittel zur Verfügung gestanden wären, wenn es möglich gewesen wäre, die Einbrüche unserer Grenznachbarn zurückzuhalten und auch im Innern durch Stützung auf entsprechende militärische Kräfte überall sofort die notwendige Sicherheit und Ordnung zu verbürgen. Kein Staat ist so arm und hilflos auf die Welt gekommen wie dieser, noch dazu fehlte ihm jede politische Hilfe von außen. Es ist daher begreiflich, daß es allen denen, die die Regierung übernahmen, furchtbar schwer war, in diesem Wirrwarr einigermaßen Ordnung hineinzubringen. Das Furchtbarste war jedoch die militärische Schwäche des neuen Staates und der Mangel entsprechender militärischer Exekutivmittel bei der Regierung.

Wenn wir uns fragen, worauf es denn zurückzuführen sei, daß so geringe militärische Machtmittel vorhanden sind, so gibt es darauf nur die eine Antwort, daß der Zusammenbruch unserer Front, der geradezu beispiellos in der Geschichte dasteht, die Hauptursache ist. *(Zustimmung.)* Ich will nicht die politischen Ursachen dieses Zusammenbruches hier besprechen, denn sie sind mit den Worten „Manifest“ und „Hinterlandszerstückung“ genügend charakterisiert. Aber die militärischen Ursachen dieses Zusammenbruches bedürfen einer Erklärung und auch einer entsprechenden Kennzeichnung. Nicht bloß der Abzug der nichtdeutschen Truppen, insbesondere der Ungarn aus der Front hat den gänzlichen Zusammenbruch dieser Front verursacht — denn es wäre vielleicht auch dann noch möglich gewesen, die übriggebliebenen militärischen Formationen für einen geordneten Rückzug zusammenzufassen und in das Hinterland zu bringen —, aber es hat sich bei diesem Rückzug eines gezeigt: daß die Kopflosigkeit unserer Führer *(lebhaft Zustimmung)*, der Egoismus um den schätzbaren Leichnam, die Sorge um die Bagage, die sie mitgenommen haben *(neuerliche lebhaft Zustimmung)*, die Hauptursachen dieses Zusammenbruches geworden sind. Der Bericht des Staatssekretärs Dr. Bauer hat uns gestern bereits mitgeteilt, daß in dem Waffenstillstandsvertrag vereinbart wurde, daß erst 24 Stunden nach dessen Unterfertigung die feindseligen Handlungen einzustellen seien. Und trotz dieses klaren Wortlautes dieser Vereinbarung wurde sofort nach Unterfertigung von zahlreichen Heerführern, Divisionskommandanten, Gruppenkommandanten der Rückmarsch in das gesicherte Hinterland angetreten. Dieses Beispiel der Kommandanten, diese Sorge derselben um ihr persönliches Wohl und ihre Habe hat natürlich Nachahmung gefunden bei jenen Truppen, durch die zunächst der Rückzug erfolgte, bei den Etappentruppen, die dann in heillosem Durcheinander ins Hinterland abgeströmt sind, wobei sie

auch die dort wohnende Zivilbevölkerung vor Plünderung und Raub nicht bewahrt haben.

Eine ebenso traurige Erscheinung ist das Verhalten des Sanitätspersonals bei Beginn des Rückzuges. *(Hört! Hört!)* In den Sanitätsanstalten an der Front wurden Kranke und Verwundete hilflos zurückgelassen, Ärzte und Sanitätspersonal haben sich in Sanitätsautos in das Hinterland geflüchtet. Ähnliche Ereignisse haben sich auch in Serbien abgespielt, wo in Belgrad, an den Ufern der Donau, am Rai man alles mögliche Hausgerät aufgestapelt sehen konnte, das die einzelnen Kommandanten zum Rücktransport ins Hinterland bereitgestellt hatten.

Damit ist aber der ganze Zusammenbruch noch nicht erledigt. Vergessen Sie nicht das Verhalten vieler Hinterlandskommandanten in dieser kritischen Zeit. Es haben sich Fälle ereignet, daß Hinterlandskommandanten auf das erste Gerücht von dem abgeschlossenen Waffenstillstand hin ihre Mannschaften entließen, die dort vorhandenen Vorräte unter sich und diesen aufteilten und, damit ihnen nichts passiere, womöglich noch irgend eine scheinbar demokratische Rede an die betreffenden Truppenteile hielten. Verehrte Herren! Ich möchte noch auf das Verhalten jenes Kommandos hinweisen, welches zumindest in dieser Periode des Krieges am beispielgebendsten hätte sein sollen, des Armeekorpskommandos, das bei dieser Flucht aus dem Hinterland geradezu Unglaubliches geleistet hat: In Baden wurden Vorräte verteilt, die betreffenden Offiziere einschließlich der Generalstäbler sind zum großen Teil davon gelaufen wie eine auf Akkordlohn gedungene Schneeschauflergesellschaft. *(Hört! Hört!)* Ähnliche Verhältnisse haben sich — mit wenigen rühmlichen Ausnahmen — in Böhmen gezeigt. Das, was sich da ereignet hat, ist das traurigste Kapitel dieses Krieges und seiner Geschichte *(Zustimmung)* und es bedarf dringend einer Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen in allen diesen Fällen *(lebhaft Zustimmung)*, weil Volksgut von ungeheuren Millionenwerten zugrundegegangen ist. Ich stelle daher den Antrag *(liest)*:

„Die provisorische Nationalversammlung beauftragt den Staatsrat, ohne Verzug alle Vorkehrungen zu treffen, daß die Vorkommnisse, die zum Zusammenbruch an der Südwestfront geführt haben, sowie die Vorfälle am Rückmarsch untersucht und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.“ *(Beifall.)*

Verehrte Herren! Diese Untersuchung und Bestrafung sind wir all den vielen Hunderttausenden von braven Soldaten und Offizieren schuldig, die in diesem Kriege ihre Pflicht getan haben *(lebhafter Beifall)*; denn wir dürfen mit denen, die sich da in so entsetzlicher Weise am

Staats- und Volksgut vergangen haben, nicht alle jene verwechseln und identifizieren, die draußen an der Front vier Jahre lang unter den furchtbarsten Entbehrungen und Leiden die größten Opfer für das Vaterland gebracht haben. Dazu gehören nicht bloß Mannschafspersonen, dazu gehören auch viele Tausende von Offizieren und es ist ein Unrecht — das soll festgestellt werden — daß heute über alle Offiziere ohne Unterschied in der Öffentlichkeit ein so verächtliches und vernichtendes Urteil gefällt wird. Nein, meine verehrten Kollegen, wir sind schuldig, hier festzustellen, daß sich die Mannschaft und die Offiziere in ihrer übergroßen Mehrheit glänzend geschlagen haben und daß die Schuldigen in verhältnismäßig geringer Anzahl vorhanden, jedoch meist auf sehr hohen Posten zu suchen sind.

Und wenn wir uns nun fragen, welchen Dank die Allgemeinheit und die Öffentlichkeit diesen braven selbstgauen Helden erstattet hat, so müssen wir sagen: es ist bis jetzt dieser Dank ausgeblieben und wir sehen uns in dieser Hinsicht gegenüber dem Deutschen Reiche stark im Hintertreffen. Im Deutschen Reiche hat man auch den Krieg verloren, dort aber wurden die zurückkehrenden Truppen durch Besetzung der heimatischen Dörfer, Märkte und Städte gefeiert, man hat ihnen den Dank des Hinterlandes ausgesprochen. Bei uns aber hat man das hingegenommen, als dürfte nichts gewesen sein oder man hat vielmehr die Leute, die da unter den entsetzlichen Verhältnissen zurückgekommen sind, noch mit Mißachtung bestraft. Nein, meine sehr verehrten Herren, wir hätten es gerne gesehen — und das stelle ich hier fest — wenn auch seitens des Staatsrates oder seitens der Vertreter der großen Kommunen wie Wien den heimkehrenden Soldaten der Dank des Hinterlandes ausgesprochen worden wäre. Und darum glaube ich, wir erfüllen eine Pflicht des Hauses, wenn Sie mir gestatten, von dieser Stelle aus all den Braven, die mit dem Bewußtsein treu erfüllter Pflicht von der Front zurückgekehrt sind, den Dank des Hinterlandes und der Nationalversammlung auszusprechen (*Beifall*) und sie versichere, daß wir ihrer Heldentaten niemals vergessen werden. (*Beifall*.)

Zum Schlusse erlauben Sie mir noch Eines zu besprechen; es betrifft das Verhalten der neugegründeten Nachbarstaaten slawischer Art gegen die Bewohner unserer Grenzgebiete. Der Bericht des Herrn Staatssekretärs Dr. Bauer war gestern ein trostloser, ein niederdrückender, er hat uns gezeigt, daß beim besten Willen unter den heutigen Verhältnissen nichts anderes möglich ist, als an einzelnen Stellen abwehrend einzugreifen. Was sich an den nördlichen Grenzgebieten gegenüber den Tschechen abspielt, das hören wir ebenso auch im Süden und es ist furchtbar zu vernehmen, daß dort feindliche Einbrüche in deutsches Gebiet, Besetzung deutscher Gemeinwesen,

Verreibung und Verhaftung deutscher öffentlicher Funktionäre, Beamten und Vertrauenspersonen sozusagen an der Tagesordnung sind. Ja, man geht sogar so weit, in nichtdeutsche Staatsgebilde deutsche Volksgenossen hineinzupressen und sie außerdem noch trotz des bestehenden Waffenstillstandes zum Waffendienst für die slawischen Staaten, das heißt gegen uns Deutsche aufzubieten. Wir haben ja einen Vorgeschmack slawischer Politik aus dem früheren Hause in dieses mit herüber übernommen, wir wissen ganz gut und wir erinnern uns und behalten es auch im Gedächtnisse, daß das Programm der slawischen Politiker im anderen Hause ganz anders als auf Vergewaltigung von Minoritäten gelautet hat. Wir wissen ganz genau, daß drüben den Deutschen sozusagen immer die Friedensklippe hingehalten und versprochen wurde, daß es bei einem entsprechenden Einvernehmen möglich wäre mit den Tschechen einerseits und mit den Südslawen andererseits in Güte auszukommen. Die Tatsachen der letzten Zeit beweisen, daß das Lug und Trug war und daß man dort darauf ausgeht, durch eine Schwere- und Zwangspolitik unsere deutschen Grenzgebiete in das tschechische, beziehungsweise südslawische Herrschaftsgebiet einzuzwängen. Tatsache ist, daß die Entente es durch die schönen Schlagworte vom „Verständigungsfrieden“, der „Völkerversöhnung“, „Gerechtigkeit und Freiheit“ und wie sie alle heißen mögen, sowie zweifellos auch durch eine geschickte Propaganda in unseren deutschen Kreisen dahin gebracht hat, die Meinung hervorzurufen, als ob es der Entente ernst wäre mit der Herbeiführung dieses Zustandes der Völkerversöhnung. Und wie schaut es nun mit der Erfüllung dieser Versprechungen aus? Ist das Urteil des Volkes noch immer so vertrauensvoll und hoffnungsvoll? Nein, meine Verehrten! Unsere Bevölkerung hat den Glauben an diese Ententeversprechungen zum großen Teile verloren und sie ist von der Befürchtung erfaßt, daß ein Gewalt- und Verzichtsfrieden mit Annexionen und Kontributionen uns beschieden sein wird. Der Traum von dem Selbstbestimmungsrechte, der uns vorgegaukelt wurde, zerrinnt bei vielen und es tritt an seine Stelle das furchtbare Erwachen aus einem Traum voll Lug und Trug und ich gestehe ganz offen, daß dies eine ungeheure Gefahr für alle jene ist, die an der Herbeiführung dieses Zustandes schuldig sind.

Wir Deutschen in Österreich, die wir ja seit Jahrhunderten den Kampf um unser Volkstum zu führen gezwungen waren, wir geben aber auch in dieser kritischen und ernstesten Zeit den Glauben an eine Gerechtigkeit in dieser Welt noch nicht verloren. Wir haben nicht nur diesen Glauben, sondern wir haben auch den Glauben an unser Können und unser Wollen, an unser gutes Recht auf einen angemessenen Platz im Leben der Völker, der uns nach Kopfszahl und Tüchtigkeit, nach Kultur und

Ehrlichkeit gebührt. Dieser Glaube hält uns und unsere innere Ordnung aufrecht; würde das Gegenteil eintreten, so müßte es zu einer Katastrophe für die Welt führen.

Darum sollen die gestern erstatteten Berichte, die wir wegen ihrer Hoffnungslosigkeit im großen ganzen mit tiefer Ergriffenheit angehört haben, für uns der Ansporn zur inneren Sammlung und zu einer intensiveren Vorsicht sein. In diesem Zustande der gemeinsamen Gefahr gibt es kein Abspringen auch nur eines Teiles dieses Volkes, sondern nur ein Zusammenhalten aller. Und wenn ich hier erinnere an ein Dichterwort, das da lautet: „Denn wir sind ein Volk und einig wollen wir handeln“, so füge ich dem noch eine zweite Zeile aus Schiller hinzu, wo es heißt: „In keiner Not uns trennen und Gefahr“. Denn, eine Zersplitterung unserer Volkskräfte in der jetzigen Zeit würde zu einer vollständigen Entkräftung, zu einer vollständigen Ohnmachtstellung unseres deutschösterreichischen Volksstammes führen und darum, meine Verehrten, gilt unser Mahnruf zum Zusammenhalten allen ohne Unterschied der Partei, ohne Unterschied der Landes- und Stammeszugehörigkeit, und zwar aus dem Gedanken heraus, daß bei den kommenden Friedensverhandlungen nicht jene, hinter welchen bloß Bergriesen stehen, günstig abschneiden werden, sondern jene Volksgesamtheit, die in geschlossener Einheit und mit einheitlichen Zielen aufzutreten wird. Darum bitten wir Deutschnationalen alle inständig, an der Aufrechterhaltung einer festen, deutschen Einheitsfront im bedrohten Deutschösterreich, die da reicht von Tetschen bis zur Salurner Klause, festzuhalten, weil es nur dann möglich sein wird, den heute von unseren Feinden besetzten Grenzgebieten wieder Befreiung aus der jetzigen Unterjochung zu sichern.

In diesem Sinne gestatte ich mir zum Schlusse meiner Ausführungen, Ihnen eine Resolution vorzuschlagen, die da lautet (*liest*):

„Die Provisorische Nationalversammlung beharrt unverbrüchlich auf dem nationalen Selbstbestimmungsrechte aller zum geschlossenen Siedlungsgebiete gehörigen deutschen Ländern und Gaue, die sich durch freien Entschluß zu Deutschösterreich bekannt haben, und protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die bewaffneten Einbrüche in unsere deutschen Städte und Gemeinden, gegen die Vertreibung und Verschleppung ihrer Beamten und Vertrauensmänner sowie gegen die herausfordernden Versuche, Deutsche durch gewalttätige Bedrohungen und militärischen Zwang in Staatsgemeinschaften, die selbst nach dem Abschluß des Waffenstillstandes in der Welt hierzulande den

Krieg gegen die deutschen Siedlungen fortführen, hineinzunötigen und so durch die Gewalt des Schwertes und des Hungers wider unser gutes nationales Recht vollendete Tatsachen zu setzen. Zugleich spricht die Nationalversammlung den zum ihre nationale Existenz ringenden Deutschen im Norden und Süden von Deutschösterreich für ihre opferbereite Volkstreue Dank und Anerkennung aus und bittet sie, in dem aufgezwungenen Kampfe ebenso mutig als besonnen auszuhalten, bis ein gerechter Weltkongreß als der Schiedsrichter aller Völker auch uns Deutschen das Recht auf nationale Freiheit und Einheit verbürgt.“  
Damit schließe ich. (*Lebhafter Beifall.*)

Präsident **Dinghofer**: Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Freiherrn v. **Hock** das Wort:

Abgeordneter Freiherr v. **Hock**: Sehr geehrte Herren! In dieser eigentümlichen Verfassungslage, in der wir uns befinden, in dieser eigentümlichen Lage auch der Provisorischen Nationalversammlung, von deren rund 200 Mitgliedern ja etwa 60 in einer ausgezeichneten Stellung als Mitglieder des Staatsrates, als Ersatzmänner des Staatsrates und als Staatssekretäre ohne dies eine Repräsentanz des ganzen Hauses bilden, in der sämtliche Parteien vertreten sind, dürfte man sich die Frage vorlegen: War denn überhaupt eine Aussprache dieser Auslese der Provisorischen Nationalversammlung mit dem ganzen Hause notwendig oder nicht? Man hätte meinen können, es würde bei einer derartigen Zusammenfügung des Staatsrates und der Regierung die Nationalversammlung nur eine selbstverständliche Bejahung, eine selbstverständliche Zustimmung zu den Akten ihrer gemeinsamen Vertretung aussprechen können. Aber es war, glaube ich, doch recht zweckmäßig, wenn gestern vier Staatsfunktionäre hier die Debatte über das Verhältnis der Politik des Staatsrates und der Nationalversammlung eröffnet haben; denn es war doch die Möglichkeit gegeben und wir haben die Möglichkeit zur Tatsache werden sehen, daß auch abweichende Meinungen zum Ausdruck kommen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich die Ausführungen des ersten Herrn Redners heute wohl als einen Ausdruck einer sehr warmen und durchaus begreiflichen Empfindung anpreche, daß aber die Ausführungen des unmittelbaren Herrn Vorredners den Vorzug zu verdienen scheinen, da sie nicht nur von einem warmen Herzen, sondern auch von einem kühlen Kopfe diktiert worden sind.  
Meine sehr geehrten Herren! Das Volk Deutschösterreichs ist in einer so verzweifelten Lage,

daß wir begreifen müssen, daß die Verzweiflung und nicht der Wunsch die Schritte unserer Regierung bestimmt. Das, was uns gestern nicht als überraschende Eröffnungen, wohl aber als klare Zusammenfassung alles dessen, was uns bedrückt, aller Umstände, unter denen wir zu handeln und uns zu entschließen gezwungen sind, geboten wurde, schließt ja aus, daß wir das tun, was wir tun möchten, und zwingt uns, zu dulden, was wir nicht abwehren können, zu beschließen, was wir beschließen müssen.

Die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs für das Äußere, die ja auch eigentlich eine Erklärung des Staatssekretärs für das Heerwesen in sich schlossen — denn sie besagten uns ganz klar, daß ein Heereswesen, eine militärische Macht uns überhaupt heute nicht zur Verfügung steht — zeigten uns ja deutlich, daß das, wozu die unmittelbare Empfindung drängen würde: die brutalen Übergriffe insbesondere der Tschecho-Slowaken abzuwehren, uns einfach nicht gegeben ist.

Ohne Heer, ohne Soldaten — wie wollen wir einen bewaffneten Widerstand leisten? Und was hätte der Versuch eines solchen Widerstandes auch für Folgen? Ich erinnere mich, in einer reizenden alten französischen Erzählung einmal die Szene geschildert gefunden zu haben, wie ein tapferer, mit Karben bedeckter Offizier in Gesellschaft einer Dame in einer Postkutsche einen Überfall von Banditen über sich ergehen lassen mußte. Beim Auftauchen der Räuber stellt der Offizier seine Pistolen zur Verfügung, läßt sich ausplündern und findet natürlich die schärfste Kritik der Dame, die sich unter seinem Schutze befunden hat und die ihm das Wort in das Gesicht schleudert: Feigling! Er erklärte später, als sich die Entwicklung günstiger gestaltete, sein Verhalten mit den Worten: Ja, Sie waren ja in meiner Gesellschaft!

Verzeihen Sie! Wir befinden uns doch in einer ganz ähnlichen Lage gegenüber der ganzen Bevölkerung, insbesondere gegenüber unseren deutschen Brüdern in Böhmen. Würden wir einen bewaffneten Widerstand versuchen, was wäre die Folge? Die ganze deutsche Bevölkerung des Böhmerwaldes, Nordböhmens, des Egerlandes würde durch einen bewaffneten Widerstand, den wir versuchen wollten — darauf können wir nach all dem, was wir schon erlebt haben, gefaßt sein — nur den rücksichtslosesten Plünderungen, einem Niedermegeln, den Pogroms gegen die deutsche Bevölkerung ausgesetzt werden. *(Zwischenruf des Abgeordneten Parrer.)* Es ist ganz richtig, was Herr Kollege Parrer sagt; alle deutschen Ortschaften würden in Brand aufgehen. Von den Tschecho-Slowaken ist irgendwelche schonungsvolle Kriegsführung nicht zu erwarten.

Wenn wir in einer solchen Lage, wie sie der Herr Staatssekretär für Äußeres dargestellt hat, mit Protesten und Vorstellungen und nicht mit einigen gesammelten Bewaffneten, die doch kein Heer bilden können, nur an die Einsicht, an den Verstand und schließlich an das eigene Interesse der feindlichen Mächte uns wenden, so ist das, glaube ich, so schwer das Opfer für den Temperamentvollen auch sein mag, wirklich ein Gebot der Klugheit und es wäre ein Verbrechen an den Deutschen in der Diaspora, an den Deutschen in den Subetenländern und auch im Süden, wenn wir anders vorgehen wollten. *(Abgeordneter Teufel: Sie verlangen aber alle die Unterstützung!)* Das ist begreiflich; das versteht doch jeder von uns, daß beispielsweise die Deutschen in Böhmen Hilferufe an uns senden. Was sollten sie denn sonst tun? Trotz alledem, meine ich, können wir, so schwer uns und so schwer auch dem Staatsrate das fällt, in dieser verzweifeltsten Lage, in der wir uns befinden, gar nichts anderes tun, als unsere Brüder bitten, das Unerträgliche dennoch zu ertragen, weil es nicht abgewiesen werden kann und weil noch schwierigere und noch entsetzlichere Zustände durch den Versuch eines Widerstandes hervorgerufen werden würden. Das Wort: Das sind papierene Proteste, ist leicht hingeworfen; aber es ist besser ein papierener Protest, selbst angesichts der Möglichkeit, daß er so rasch keinen Erfolg herbeiführt; es ist ein Appell an die Gerechtigkeit der Zukunft, ein Appell an das Urteil der Nachwelt noch immer tausendmal besser als nutzlos vergossenes Blut.

Meine Herren! Nutzlos ist genug Blut in diesem Kriege geflossen. Wollen wir die Blutopfer noch ohne Zweck vermehren? Nein.

Die Rede, die der Herr Dr. Schürff gehalten hat, hat am Schlusse auch ganz mit Recht die schweren Sünden vieler Generale bei der Auflösung der Armee hervorgehoben. Auch ich wäre in der Lage, manches in der Richtung als Gegenstand der Kritik beizutragen. Mir ist in vollkommen verbürgter Weise, mit Unterschriften von beteiligten Offizieren bekräftigt, zum Beispiel der Vorfall mitgeteilt worden, daß General Schaible, derselbe, der einige Tage als Eisenbahnminister uns ja drüben gegenübergestanden ist, bei der Auflösung des Militärgouvernements in Lublin, wo ein sogenannter Evakuierungszug den österreichischen Offizieren zur Verfügung gestellt wurde, um aus Kongresspolen in die Heimat zurückzukommen, die Nummer des Evakuierungszuges in einer früheren Station vorweggenommen hat, um mit seinem Salonwagen, seinen Einrichtungen und seiner nächsten Umgebung die Heimat erreichen zu können, und auf die Weise es bewirkt, selbstverständlich in voller Voraussicht es herbeigeführt hat, daß, wie dann einige Hunderte von Offizieren und Soldaten, für die der

Zug bestimmt war, in der betreffenden Station, deren Namen mir entfallen ist, dann einlangten, um die Reise fortzusetzen, diese vor der Tatsache standen, daß ein Zug für sie nicht mehr eingeleitet werden konnte, weil der Evakuierungszug, oder richtiger der General Schaible bereits als Evakuierungszug zurückgereist war. (Zwischenrufe.)

Ich habe diesen Vorfall dem Herrn Staatssekretär für das Heerwesen mitgeteilt, ich hoffe, die Sache wird weiter verfolgt werden. Es ist ja vielleicht zwecklos, diesen Dingen nachzugehen, denn mit einer nachträglichen Bestrafung ist uns allen nicht mehr gedient, aber es zeigen solche Vorfälle, wie der des General Schaible, diese besinnungslose Fluchtgesinnung, dieses *sauve, qui peut*, welchen Zustand sie am Rückzuge unserer Armee und einzelner Abteilungen hervorgerufen haben, wie sie in den Schilderungen aus dem russischen Feldzuge des ersten Napoleon an der Beresina usw. uns ja als Schauderbilder in unserer Jugend vorgeführt worden sind.

Die Auflösung war eine vollständige und in dieser Auflösung leben wir jetzt weiter. Wir kennen eine alte morgenländische Fabel vom Stabe des weisen König Salomon, des Beherrschers der Geister. Salomon war jahrelang schon tot, aber die guten Geister hatten seine Leiche, auf einen Stock gestützt, aufgepflanzt und solange er mit dem geheimnisvollen Siegelringe, der ihm die Herrschaft über die Geister verlieh, dort saß, solange hielten die Geister, auch die bösen Geister, Ruhe. Ein Holzwurm kam und seine Arbeit brachte es mit sich, daß der Stab plötzlich einmal zusammenbrach, die Leiche Salomons fiel zu Boden und im selben Augenblicke waren alle bösen Geister los, das Unheil brauste über die Welt. So ähnlich ist es uns im alten Österreich gegangen. Wir alle wußten nicht, daß das alte Österreich so lange schon gestorben war, denn das müssen wir annehmen: wenn es möglich war, daß so plötzlich das ganze Reich, die ganze Armee, die ganze Verwaltung zusammenstürzte, daß die österreichischen Völker mit einem solchen Gefühl von Haß, von Vernichtungssucht einander gegenüberstehen, wie wir es jetzt erleben, so müssen wir sagen: das war kein inneres Band mehr, welches den alten Staat zusammenhielt. Und dieser Haß, dieser Vernichtungswille, ist nach der militärischen Lage natürlicherweise uns gegenüber zum Ausdruck gekommen. Wir Deutschösterreicher sind es, die unter diesem Haß tagtäglich so furchtbar zu leiden haben. Das, was unsere Rückkehrer auf der Fahrt vom Süden her erlebt haben und das, was wir jetzt erleben — die Schilderungen, die wir vom Staatssekretär Dr. Bauer und vom Staatssekretär Ingenieur Berdik hörten, waren ja überaus deutlich und klar

— zeigt ja deutlich, daß auch auf Seite der Tschechoslowaken nicht bloß der selbstverständliche Egoismus, sondern der Haß und die Bosheit uns gegenüber zum Ausdruck kommen. Man will uns nicht versorgen, auch wenn man uns versorgen könnte, weil man uns leiden lassen will, genau so wie die französische Rachsucht, die romanische Leidenschaftlichkeit den Deutschen gegenüber in den Waffenstillstandsbedingungen und in dem Verhalten der deutschen Bevölkerung gegenüber zum Ausdruck kommt. Wenn mit einer raffinierten Grausamkeit Kolonialtruppen zur Besetzung in der Rheinpfalz verwendet werden, wie wir neulich erst gelesen haben, wenn beispielsweise die Franzosen, die in der Salonikarmee waren, auch wieder gerade schwarze Truppen zur Besetzung der ungarischen Hauptstadt verwenden, so sind das Ausflüsse nicht militärischer Erwägungen, nicht irgendwelcher politischer Zweckmäßigkeits-erörterungen, sondern das sind Ausdrücke des bewußten Willens, den Feind, als welcher der zu Boden gerungene Gegner noch immer angesehen wird, zu schädigen, zu verletzen, zu kränken, soweit als möglich zu vernichten.

In dieser Lage, meine verehrten Herren, rufe ich nicht aus: Seien wir einig, aber ich rufe aus: Seien wir verständig und verlangen wir von einander nicht mehr als das, was wir wirklich einander leisten können. Die ganze politische Lage, in der wir uns im Innern und unserer Regierung gegenüber befinden, ist ja eine solche, die uns allen, jeder großen Partei, aber auch jeder kleinen Partei, die allergrößten Opfer auferlegt. Wir alle müssen tagtäglich Verzicht leisten, wir alle müssen tagtäglich unsere Forderungen zurückstellen — wir demokratisch fühlenden Wiener Abgeordneten wahrlich nicht am allerwenigsten. Wir sehen ein demokratisches Gemeinwesen, die demokratische Republik gegründet, und wir fühlen, daß im Augenblicke wenigstens, die Erfüllung unserer demokratischen Forderungen nicht zu erwarten steht. Auf konfessionellem Gebiet, auf dem Gebiete der staatlichen Gleichberechtigung, auf dem Gebiete der Ausgleicheung der Unterschiede, welche unsere Gesetzgebung noch immer an konfessionelle Momente knüpft — im Eherecht zum Beispiel — in bezug auf das Presserecht usw., kurz, es gibt kein Gebiet von freiheitlichen Forderungen, wo uns nicht die Erfüllung versagt wäre. Aber wir wissen sehr gut, daß das alles nicht anders sein kann. Es kann nicht sein, weil eine Koalitionsregierung, die nichts anderes zu besorgen hat, als das Haus einzurichten, die nichts anderes zu besorgen hat, als die Wahlen für jene Versammlung vorzubereiten, welche dann die eigentliche gesetzgebende Körperschaft abgeben wird, eine solche Koalition, eine solche ausdrückliche oder stillschweigende Vereinbarung der großen, wie der kleinen Parteien, eben nichts anderes leisten kann.



Darum, meine ich, hat jene kleine Partei, deren Wortführer heute zuerst zu Worte gekommen ist, unrecht, ihre Unzufriedenheit so laut und so emphatisch zum Ausdruck zu bringen. Auch wir sind — leider — eine kleine Partei. Wir fügen uns aber den Umständen und wir betonen: nicht nur wir müssen uns fügen, sondern auch die gesamte Bevölkerung soll sich fügen.

Wir sehen sehr betrübliche Erscheinungen; gerade uns Wienern liegt es ja nahe, das zu bedauern; aber nicht nur deshalb, weil wir Wiener sind, weil wir Deutsche in Deutschösterreich sind, bedauern wir es: Wir sehen dieses Bestreben nach vollständiger Losrennung von der früheren Reichshauptstadt, wir sehen ein ganz maßloses Streben nach Autonomie. Wir haben erlebt, daß die staatliche Verwaltung an die autonome Verwaltung preisgegeben wurde. Ich fürchte, es wird diese Veränderung, diese Preisgebung der zentralen Staatsgewalt, der Macht des Staates bis in das äußerste noch weitergehen. Wir fürchten sehr, wir werden schließlich ein Staatswesen zuwege gebracht haben, das einen Namen, aber gar keine Zentralgewalt mehr besitzen wird, während wir alle wissen, nur eine starke Zentralgewalt bei entsprechend autonomer Entwicklung im einzelnen vermag ein blühendes und vor allem machtvolleres Staatswesen wieder zustandzubringen.

Wir sehen das alle, wir bedauern es, aber trotz alledem, meine ich, haben wir alle zusammen die Pflicht, der Bevölkerung immer wieder zu sagen: Habt Geduld; vertraut in die Zukunft, hütet Euch vor unberechtigter Kritik und sammelt Euch in dem einen Bestreben, in Ruhe, in Sicherheit, in Ordnung die Zukunft vorzubereiten, der wir ja alle zustreben, der Zukunft: ein großes, starkes, mächtiges und trotz aller Schicksalsschläge zukunftstrophes Deutschösterreich! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident Dr. Dinghofer:** Zu Worte gelangt der Herr Abgeordnete Seitz.

**Abgeordneter Seitz:** Hohe Nationalversammlung! Zum erstenmal seit mehr denn vier Jahren haben wir von einer Regierung ein Bild der Lage bekommen, wie sie wirklich ist. Während der ganzen Zeit des Krieges waren die Regierungen und auch wir alle bis zu einem gewissen Grade verpflichtet, nach außen hin den traurigen Zustand, in dem sich das Reich befand, zu verhüllen.

Jetzt plötzlich wurden die Schleier weggerissen und wir sehen — und was uns noch wichtiger ist — wir hoffen, die übrige Welt sehe jetzt, daß für uns die Schrecknisse des Krieges nicht bloß in dem Menschenmorden bestanden haben, in der

Vernichtung von Gesundheit und Lebensfreude, in all' dem Leid und in all' den physischen Schmerzen der Menschen, sondern daß sie vor allem bestanden haben auch in dem Hunger des Hinterlandes, in der Not, in dem Elend, in dem Kleidermangel, daß sie bestanden haben in der Kälte, in der Krankheit der großen Massen des Volkes, wie sie die Unterernährung nach sich gezogen hat. Man kann nicht schildern, wie schlimm die Massen des Proletariats diesen Krieg empfinden. Man muß hinausgehen in die Fabriksviertel Wiens, hinaus in die Industriezentren Niederösterreichs und Böhmens und muß sie sehen, diese Kinder des Proletariats, die sich nicht entwickeln können, weil sie die Nahrung nicht haben; man muß ihre bleichen, eingefallenen Gesichter sehen, mit den Zügen des Alters behaftet, man muß die Proletarier sehen, deren Muskelkraft von Tag zu Tag schwindet, weil sie sich nicht die nötige Nahrung zuführen können, und man muß jetzt in der Zeit, wo eine furchtbare Epidemie unseren Volkskörper durchschüttelt, hinauskommen und die Krankenstuben in den Proletariervierteln sehen, diese kalten Stuben ohne Kohle und ohne Ofen, man muß die armen Leute sehen, die dort fiebernd liegen und die nicht die notwendige Milch haben, nicht das notwendige Stückchen Fleisch, ja die sich nicht einmal die Suppe kochen können, sich zu erwärmen. Dann erst begreift man, wie dieser Krieg gewütet hat und was seine Schrecken heute noch für uns bedeuten. Das ist jedenfalls einzig in der Geschichte, daß ein Krieg beendet wurde, daß ein Waffenstillstand geschlossen wurde und daß trotzdem noch das Morde fortbauert, das Morde breiter Volksmassen durch die Blockade des Hungers, durch die Aussperrung aller Lebensmittel.

Der Staatssekretär für Außeres hat darauf hingewiesen, daß wir die Rache und den Haß ertragen müssen, den andere über dieses Reich heraufbeschworen haben. Das ist richtig. Nicht die Völker dieses Staates haben den Krieg verschuldet und heraufbeschworen; sie waren leider nur die Opfer dieses Krieges. Heraufbeschworen wurde er von einem kleinen Küniglein der Herrschenden in dem alten Staate Österreich, heraufbeschworen wurde er von jenen, die durch Jahrzehnte und Jahrhunderte eine Hausmachtpolitik getrieben haben; heraufbeschworen wurde er durch den Leichtsinngewisser kleiner Schichten der bürgerlichen Klassen, die jahrzehntelang schon keinen Krieg mehr mitgemacht hatten und daher die furchtbaren Folgen des Krieges nicht erkannten und die sich in ihrem Leichtsinngewissen von einigen gewissenlosen Diplomaten hineinführen ließen.

Wenn man aber noch weiter auf die Ursachen des Krieges zurückgeht, so muß man sagen,

daß gerade wir Deutschen eigentlich am wenigsten schuld waren. Erinnern wir uns — und man möge sich vor allem draußen dessen erinnern — daß, als diese fluchwürdige bosnisch-herzegowinische Politik, diese fluchwürdige Orientpolitik in Österreich begann, die schließlich bei dem Morde in Sarajevo endete, gerade die Deutschen es waren, die auf das schroffste dagegen Stellung nahmen. *(Sehr richtig!)* Die Deutschbürgerlichen mußten damals aus der Mehrheit des Parlamentes hinaus, sie mußten, wie sich einer der ihnen damals ausdrückte, das bittere Brot der Opposition essen.

Und das ist das sonderbare Widerspiel der Geschichte Europas in den letzten Jahrhunderten; diese Okkupationspolitik wurde in Österreich von einer Majorität der Slaven getrieben, die nur gestärkt war durch eine ganz kleine Gruppe der allerreaktionärsten Kräfte aus dem deutschen Volke in Österreich. Diese haben die Mehrheit gebildet, die die Okkupation Bosniens und der Herzegowina ermöglichte und diese haben noch die folgenden Jahrzehnte hindurch diese Politik mitgemacht und unterstützt und getragen von 1878 bis zum Jahre 1893. Ganz unschuldig an diesem Kriege sind die Massen des deutschen Volkes in Österreich, das deutsche Proletariat. Denn wir können aus der Geschichte des Parlamentes und aus der Geschichte unserer Partei nachweisen, daß wir sofort, als durch das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht die Sozialdemokratie in größerer Zahl ins Parlament einzog, gegen unsere gesamte äußere Politik Stellung genommen haben, von der wir erkannten, daß sie uns unweigerlich in den Krieg führen wird. Wir haben 1908, als man die Annexion Bosniens und der Herzegowina vornahm, auf das schärfste dagegen protestiert und haben damals schon unsere Stimme zur Warnung vor diesem Weltkrieg erhoben, der uns in das furchtbarste Unglück stürzen könne. Aber der sozialdemokratische Protest ist damals verhallt, die Herren haben vermeint, eine solche Politik treiben zu können. Und da müssen wir allerdings bedauernd sagen, daß nunmehr auch das deutsche Bürgertum diese Politik mitmachte. Aber schließlich und endlich waren es doch nur die allerreaktionärsten Gewalten im Staate, die zum Kriege drängten.

Es kam das Jahr 1914 und wir wurden aufgerufen — so zeigte sich äußerlich die Entzündung dieses Krieges — die Waffen zu ergreifen, einen gewöhnlichen Mord zu sühnen, der an zwei Personen auf der Straße verübt worden war. Wir Sozialdemokraten haben damals erklärt, wir verabscheuen gewiß jeden Mord, an wem immer er geschehe, aber wir dürfen und können nicht dulden, daß man wegen zweier Menschenleben einen Krieg führe, daß man Millionen Menschen hinnerde, weil zwei von einem jungen Mann er-

schossen worden sind. Unsere Stimme war auch damals vergebens — man hat uns nicht gehört. Es ist hier nicht der Ort, von den Verantwortlichkeiten der bürgerlichen Parteien zu sprechen. Wir müssen uns das für eine spätere Zeit vorbehalten.

Aber wir können für uns Sozialdemokraten wohl sagen, daß wir vom ersten Tage an, als dieser Krieg begann, unsere Stimme gegen ihn erhoben haben, daß wir am ersten Tage Protest gegen dieses fluchwürdige Beginnen der österreichischen Regierung eingelegt haben, gegen das Ultimatum an Serbien, gegen die Kriegserklärung und gegen die Durchführung dieses Krieges. Wir sind niedergedemütigt worden. Das Parlament wurde ausgeschaltet, der Ausnahmezustand und die Galgen aufgerichtet, die Presse zensuriert und unterdrückt, die Versammlungen verboten, die Vereine aufgelöst und die Massen des Volkes schutzlos einer Soldateska preisgegeben, die von Teufeln aus jedes Wort der Kritik und der Opposition blutig unterdrückte; wir waren also wehrlos und mußten das über uns ergehen lassen. Aber wir haben den ganzen Krieg hindurch gehofft, daß der Tag kommen werde, wo wir brüderlich den Proletariern der anderen Staaten die Hand reichen können, und wir haben, sowie das Parlament zusammentrat, als die ersten das Friedensangebot gemacht und an die Unterstützung unserer Gesinnungsgenossen in den Entente-Ländern appelliert.

In dieser Zeit, meine Herren, haben wir allerdings noch vielfach heftigen Widerspruch gefunden und sonderbarerweise gerade von jener Seite, von jenen Parteien, die heute durch ihren Sprecher, den Herrn Abgeordneten Teufel, gegen unsere Politik die Opposition angekündigt haben. Man sollte es nicht glauben, wie rasch sich die Gesinnungen ändern können. *(Sehr richtig!)* Derselbe Abgeordnete Teufel, der heute hier so lebhaft Worte der Opposition findet, hat vier Jahre lang knechtisch die Politik der österreichischen Regierungen mitgemacht *(Sehr richtig!)*, derselbe Herr Teufel war doch unter den berüchtigten Siegfriedlern zu finden *(Sehr richtig!)*, die immer erklärt haben, wir werden und wir müssen siegen. Dieselbe Gruppe von Abgeordneten war es, die als Einbläser der Stürgkh und Seidler und wie sie alle hießen, mitschuldig waren. *(So ist es!)* Gut, diese Regierung Seidler war gewiß eine der unfähigsten und der Herr Abgeordnete Teufel hat recht, wenn er ihr dieses Stigma aufdrückt; aber, meine Herren, es tut mir in der Seele weh, wenn ich hören muß, wie gerade die Herren dieser Richtung, die bei Seidler Tag und Nacht aus- und eingegangen sind *(Sehr richtig!)* und die eigentlichen Führer seiner Politik waren, ihm jetzt, da er verflohen ist, den Fußtritt geben.

Ich erinnere da, meine Herren, an die ganze Politik der Belange, der Oktrois, des Trautenaus Kreisgerichtes, des ganzen deutschen Systems. Der Herr Abgeordnete Teufel war es doch, der den Plan erfunden hat, man müsse noch während des Weltkrieges die Tschechen einfach niederschlagen und eine Verfassung für Österreich oktroyieren. (Zwischenruf.) Sie haben den jungen Kaiser, der in die Politik gekommen ist wie der Pontius ins Credo, besucht und haben ihm eingeredet, das sei eine kluge, österreichische, dynastische Politik. Sie waren die geistigen Führer dieser schandwürdigen Politik in Österreich, die uns den Haß aller anderen Völker aufgebüdet (Sehr richtig!) und die schließlich zu diesem furchtbaren Zusammenbruch geführt hat, den wir jetzt erleben mußten.

Meine Herren! Eigentlich steht die Sache so: Einige Familien in Österreich haben den Krieg verschuldet, einigen Familien in Österreich zu Ruh und Frommen ist dieser Krieg geführt worden, gewissenlose Regierungen haben es verstanden, mit Ausnützung der Militärmacht alles, was an widerstrebenden Elementen gegen den Krieg war, niederzudrücken und haben so vier Jahre hindurch nach außenhin den Schein erweckt, als wäre hier noch ein solventer Staat, als wäre es noch möglich, dieses Österreich zusammenzuhalten, bis endlich der Zusammenbruch allerdings, der durchaus kein rein militärischer war, sondern dessen Ursache erst festgestellt werden muß, weil der schwere Verdacht besteht, daß er nicht draußen an der Front geschehen ist, sondern daß er diplomatisch im Hinterland vorbereitet wurde. (Zustimmung.)

Die ganze Geschichte des Armeeeoberkommandos der letzten Wochen wird noch eingehend geprüft werden müssen (Zustimmung) und es wird sich dabei nicht nur um das handeln, was im Antrage Schürff hier festgelegt worden ist. Gewiß, meine Herren, es war eine verbrecherische Dummheit, wenn man in dem Momente, wo das Ende des Krieges noch nicht da war, wo der Waffenstillstand noch nicht in Kraft getreten war, den Fronttruppen das Kommando hinausgegeben hat, sie mögen die Waffen strecken. Gewiß ist da ein großes Verbrechen geschehen, dem Hunderttausende unserer besten Leute geopfert worden sind; aber das war nicht das einzige Verbrechen aus diesen Tagen und es werden die Untersuchungen noch auf die ganze Tätigkeit des Armeeeoberkommandos und unserer Diplomatie in dieser Zeit ausgedehnt werden müssen.

Nun ist der Zusammenbruch erfolgt. Nicht wir, meine Herren, nicht das Volk ist in diesem Kriege besiegt, sondern die Hausmacht der Habsburger; besiegt wurde der Feudalismus, der Klerikalismus, das ganze Österreich der Unterdrückung der Nationen,

das ganze Österreich der Reaktion. Aber die Rache der Sieger trifft nicht diejenigen, die wirklich schuldig sind, die Rache der Sieger trifft nicht sie — sie haben sich längst aus dem Staube gemacht —, sondern die Rache der Sieger trifft leider das arme unglückliche Volk. Das Volk ist nicht besiegt, aber es trägt die Leiden des Besiegten. In diesem Augenblicke müssen wir — und wir können nicht anders, selbst wenn wir Gefahr laufen, als Bettler zu erscheinen — es der ganzen Welt draußen sagen, wie unschuldig das deutsche Volk in Österreich und wie unschuldig vor allem das deutsche Proletariat an diesem unglücklichen Kriege ist, wie wir ihn immer zu verhindern getrachtet haben und wie unglücklich wir darüber waren, daß er über die Welt heraufbeschworen wurde.

Wir müssen in diesem Augenblicke auch an die großen Massen des tschechischen Volkes appellieren; die Absperrungspolitik der Tschechen richtet sich vor allem gegen das deutsche Proletariat. Wenn die Kohlenwagen im tschechischen Gebiete zurückgehalten werden, so friert hier in Wien nicht die Bourgeoisie, so leidet nicht vor allem die Bourgeoisie, sondern es leiden die großen Massen der Proletarier in der Stadt Wien und in den Industrievierteln. (Zustimmung.) Und in diesem Augenblicke erinnern wir uns der Tage des Krieges und fragen wir das tschechische Proletariat und das ganze tschechische Volk: Wer waren die, die damals, als Ihr geknechtet waret von den Stürgkh-Husaren, als die furchtbaren Hochverratsprozesse über Euch heraufbeschworen worden waren, als gegen Euch der Galgen aufgerichtet wurde, Eure Rechte in diesem Staate geschützt hat, wer war es, der für Euch eingetreten ist? Es waren wir deutsche Sozialdemokraten trotz der schweren Verleumdungen, denen wir ausgesetzt waren, die in brüderlicher Solidarität die Proletarier der anderen Länder und auch die Freiheit der anderen Nationen geschützt haben. Und wir können nicht glauben, daß zum Danke für alles das, was wir gerade für die Tschechen während des Krieges geleistet haben, jetzt die Arbeiter Wiens und der Industrieviertel in Österreich hungern und darben und Kälte ertragen sollen. (Abgeordneter Dr. Wichtl: Da habt Ihr sehr viel für die Tschechen geleistet! Ihr habt ihnen die Mauer gemacht! — Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe. — Abgeordneter David: Sie Kriegswucherer! — Abgeordneter Dr. Wichtl: Das Volk soll Euch zum Teufel jagen! — Rufe: Sie wird man davonjagen! — Abgeordneter Dr. Wichtl: Ich kandidiere ohnedies nicht mehr! — Heiterkeit und Rufe: Sie trauen sich halt nicht mehr! — Unruhe.)

Präsident Dinghofer: Ich bitte um Ruhe! Herr Abgeordneter Seitz hat jetzt das Wort. (Ab-

geordneter David: Sie sind ein Ausbeuter der Jugend von jeher gewesen! — Abgeordneter Dr. Wichtl: Sie sind ein Verleumder! — Rufe: Studentenausbeuter! — Lärm.) Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen und die Zwischenrufe zu unterlassen! (Abgeordneter Forstner: Der Wichtl stänkert immer! So oft ein Skandal hier im Hause ist, muß Wichtl anfangen! — Zwischenrufe und Lärm.)

Abgeordneter **Beiß**: Ich bitte meine Parteifreunde, sich nicht aufzuregen, wenn noch einmal das erklöschende Lämpchen im letzten Augenblick aufflackern (Heiterkeit) und noch eine Kraft vortäuschen will, die nicht mehr vorhanden ist. Es wird mit den Herren dieser Partei abgerechnet werden, und das deutsche Volk in Österreich wird erkennen, wie ihm diese Herren gedient haben. Diese Herren, die früher vor den Habsburgern gekrochen und heute revolutionär tun, weiß ihnen die Konjunktur eine bessere dünkt. . . (Abgeordneter Dr. Wichtl: Wer sagt Ihnen das, daß ich revolutionär tue? — Heiterkeit und Zwischenrufe), die Herren, die auch nach diesem Kriege noch immer nicht erkannt haben, daß die Völker Europas nicht nebeneinander leben können, wenn der Haß sie immer wieder entzweit, die Herren, die noch jetzt immer die Politik des Hasses der Völker und der Uneinigkeit treiben wollen, obwohl sie gesehen haben, wie die Millionen darunter leiden, die Herren werden sehr bald fertig sein, nicht nur in Österreich, sondern in der ganzen Internationale. Ich glaube, wir haben es nicht notwendig, uns länger mit ihnen zu befassen.

Was uns jetzt not tut, meine Herren, das ist die Zusammenfassung aller Kräfte, um unsere Ernährung, um unsere Kohlenversorgung sicherzustellen. Denn es handelt sich bei der Kohle nicht vor allem um die Abwehr der Kälte in den Wohnungen, die ja gewiß sehr wichtig ist, und um die Bereitstellung der notwendigen Ernährung, was noch wichtiger ist, sondern vor allem darum, daß uns eine furchtbare Arbeitslosigkeit droht, daß die Fabriken stillgelegt werden und daß wir dann in die schlimmste Lage kommen können, die überhaupt denkbar ist. Aufgabe unserer Regierung ist es vor allem anderen, jetzt Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten der Überführung von Betrieben, die jetzt durch vier Jahre hindurch für den Menschenmord gearbeitet haben, in Friedensbetriebe. Aber, meine Herren, bei einer Reihe dieser Unternehmungen wird es durchaus nicht schwierig sein. Die Lokomotivfabriken können heute sofort übergeführt werden, sie können sofort ihre Friedensarbeit beginnen, die Waggonfabriken desgleichen; die Ausgestaltung unseres Telephon- und Telegraphenwesens, die Ausgestaltung

unserer Post, die Bereitstellung der ungeheuren Mengen von Wagen, deren sie bedarf, ist klaglos zu machen. Wir haben noch große Vorräte an Rohstoffen, die verarbeitet werden können, vor allem in der Textilindustrie. Wir haben noch Baumwolle und Schafwolle, die wir verarbeiten können. Wir haben große Mengen von Leder, die sofort der Verarbeitung zugeführt werden können. Wir verkennen durchaus nicht, wie schwer es ist, alle diese Waren, alle diese Stoffe sicherzustellen, entsprechend aufzuteilen; wir verkennen nicht, wie schwer es ist, den Transport zu besorgen; wir wissen, daß hier unser Amt für Übergangswirtschaft eine große und schwere Aufgabe zu lösen hat; aber trotzdem muß diese Arbeit mit aller Schnelligkeit, mit allem Fleiße und mit der größten Gewissenhaftigkeit geleistet werden.

Vor allem, meine Herren, muß die Volksbekleidung sichergestellt werden. Ich habe unlängst schon darauf verwiesen, daß man in manchen Kreisen der Ansicht ist, es müsse vor allem vorgesorgt werden, daß die Unternehmer und die Kaufleute jetzt in der letzten Zeit des Krieges die Rohstoffe und Fertigprodukte um teure Preise angekauft haben, vielfach im Schleichhandel, zum mindesten gegen die behördlichen Vorschriften, vor finanziellem Schaden, vor dem Verluste gesichert werden müssen. Das, meine Herren, ist nicht wichtig. (Sehr richtig!) Es müssen diese Mengen an Rohstoffen, an fertigen Stoffen und Fertigprodukten sofort in den allgemeinen Konsum übergeführt werden (Sehr richtig!), sie müssen aufgenommen, sie müssen beschlagnahmt und sie müssen für die Bevölkerung bereitgestellt werden, selbst wenn darunter sehr feine Waren, sehr feine Stoffe sind. (Zustimmung.)

Die Proletarier werden sich nicht scheuen, wenn sie nicht die notwendigen Hemden und Kleider haben, auch in sehr feine Hemden und Kleider ihre Körper zu hüllen, sie werden das zu ertragen wissen, wenn man sie ihnen nur möglichst rasch und möglichst billig durch die Volksbekleidung zur Verfügung stellt.

Wir werden auch die Unternehmer veranlassen müssen, unter allen Umständen die Betriebe fortzuführen. In dem Verhältnisse zwischen Staat und Industriellen hat sich in der letzten Zeit eine kleine Verschiebung ergeben. Die Herren waren durch vier Jahre hindurch die Bittenden, sie haben beim Staate um Arbeit gebeten, und haben dafür Aufträge bekommen. Viele von ihnen bitten heute nicht mehr, sondern sie glauben, ihr Schäfchen im Trocknen zu haben und finden es nicht mehr notwendig, noch weiteren Mehrwert zu schürfen. Diese Herren werden erinnert werden müssen, daß die Fortführung der Betriebe im öffentlichen Interesse notwendig ist; sie werden erinnert werden müssen,

daß gerade sie uns oft die Theorie von der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Unternehmertums und des Erwerbssinnes dargelegt haben, und sie werden wenn sie ihre Betriebe nicht aufrecht erhalten wollen, dazu gezwungen werden müssen. *(Sehr richtig!)* Wir werden eventuell auch gesetzliche Maßnahmen treffen müssen, um die Fortführung der Betriebe zu sichern, wenn notwendig, gegen den Willen des Unternehmers. *(Sehr richtig!)* Die Herren Unternehmer, die ihre Betriebe einstellen wollen, werden gezwungen werden müssen, den Nachweis zu führen, daß sie nicht in der Lage sind, die Betriebe fortzuführen. Da wird sich dann sofort ergeben, ob alles das wahr ist, was uns geschildert wird als Hindernis für die Fortführung der Betriebe. Gewiß ist, meine Herren, daß wir in vielen Industrien nicht das notwendige Material haben und daß wir in den meisten Betrieben nicht die notwendige Kohle haben, aber schon der andere Einwand, den die Unternehmer erheben, daß sie nicht das notwendige Betriebskapital zur Verfügung haben, ist hinfällig, denn wir sind bereit, alle an den Staat gelieferten Waren kontant zu bezahlen, das heißt, es können alle Betriebe, die für den Staat arbeiten, aufstandslos fortgeführt werden.

Es ist weiter den Herren erklärt worden, daß ihre Rechnungen, soweit sie noch nicht von der alten Regierung getilgt worden sind, von der neuen bis zu 12 bis 15 Prozent beglichen werden müssen; das sind Beträge, die die glatte Fortführung der Betriebe ermöglichen. Es gibt aber manche Unternehmer, die glauben, ihren Arbeitern bloß sagen zu müssen, sie hätten das notwendige Betriebskapital nicht, um sofort die Arbeiter als Vorspann dafür benutzen zu können, daß ihnen von der deutschösterreichischen Regierung sofort alle Forderungen bezahlt werden, die bei der alten österreichisch-ungarischen Regierung aufgelaufen sind, oder eine höhere Quote als die, zu der wir verpflichtet sind. Das ist, meine Herren, natürlich nicht möglich und die Arbeiter werden sich nicht zu Werkzeugen in diesem Sinne hergeben.

Wir machen ferner den Herrn Staatssekretär für Kriegs- und Übergangswirtschaft aufmerksam, daß nicht nur die Volksbekleidung sicherzustellen und raschestens in die Wege zu leiten ist, sondern daß auch die Fortführung der Betriebe unbedingt gesichert werden muß und daß man eventuell durch gesetzlichen Zwang diese Fortführung erzielen muß.

Man wird uns einwenden, daß wir dazu finanzielle Mittel brauchen. Das ist richtig. Wir haben daher auch eine Staatsanleihe ausgeschrieben. Aber es ist ganz sonderbar, wenn man vergleicht, welche Stimmung seinerzeit die Kriegsanleihen in

der kapitalistischen Welt ausgelöst haben und welche flane Stimmung dieser Friedensanleihe entgegengebracht wird. Wir haben nicht jene Mittel der Reklame und nicht die ungeheuren Papiermassen zur Verschwendung, die man seinerzeit für die Kriegsanleihen aufgewendet hat *(Abgeordneter Leuthner: Und nicht die Mittel der Erpressung!)*, ja, wir haben vor allem auch nicht jene Mittel der Erpressung, die die alte Regierung aufgewendet hat. *(Zustimmung.)* Wir haben nur den Appell an die Pflicht und an die Vernunft der herrschenden und besitzenden Klassen und wir können nicht laut genug, ohne drohen zu wollen, sagen, daß es ein allgemeines Interesse, vor allem aber auch ein Interesse der besitzenden Klasse ist, daß die notwendigen Mittel, deren der Staat jetzt zur Fortführung der Wirtschaft bedarf, bereitgestellt werden. Die besitzenden Klassen werden sich hier ihrer Pflicht und ihres Interesses bewußt werden müssen und es wird auch ohne große Reklame, ohne Erpressungen und ohne Verleihung von Titeln und Orden das Notwendige beschafft werden müssen. So sicher, meine Herren, wie das alte Österreich-Ungarn und der alte österreichische Staat, wird die junge Republik Deutschösterreich auch noch sein. Es wird niemand sein Geld verlieren, aber heute muß bereitgestellt werden, wessen wir unbedingt zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft bedürfen, und was wir brauchen, um Hunger, Not, Elend und Arbeitslosigkeit zu bannen.

Und nun gestatten Sie, daß ich noch ein paar Worte dem Herrn Abgeordneten Teufel widme, der uns einer so scharfen Kritik unterzogen hat. Das Charakteristische an ihm ist zwar, daß er, so wie wir alle, immer genau sieht, was in den nächsten 8 oder 14 Tagen geschehen muß, daß er es aber immer schon heute verlangt. Diese Politik macht er nun seit zirka sechs Wochen, Er glaubt immer, den Stein der Weisen zu finden, wenn er sagt, was in den nächsten 14 Tagen geschehen muß, und er glaubt immer der Radikalsten einer zu sein, wenn er sagt, daß es schon heute geschehen muß. *(Abgeordneter Teufel: Natürlich rechtzeitig! — Unterstaatssekretär Glöckl: Sie waren immer radikal, auch bei der Kriegshetze! — Zwischenrufe und Lärm.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen!

Abgeordneter Brtk: Der Herr Abgeordnete Teufel vergißt nur immer das eine, daß wir anderen auch sehr genau sehen, was geschehen muß, daß aber nur die Dinge eben nicht immer in dem Augenblicke, wo man ihre Notwendigkeit erkennt, auch durchführbar sind. Und wenn er, statt sich

diese angenehmere Lage der Opposition zu schaffen, lieber etwas mehr Verantwortlichkeitsgefühl gehabt, wenn er sich unter die Schaffenden gestellt hätte, so hätte er bald gesehen, daß die Dinge eben nicht so einfach sind und daß man in jedem Augenblicke nur immer das machen kann, was eben möglich ist.

Der Abgeordnete Teufel beruft sich auf die öffentliche Kritik. Ja, meine Herren, das ist richtig, der junge österreichische Staat ist einer sehr heftigen Kritik unterzogen worden, unsere Regierung hat eine Kritik auszuhalten, wie keine Regierung bisher in Österreich. Aber zu untersuchen wäre, ob es zweckmäßig ist, daß sich Männer, die sich Abgeordnete des Volkes nennen, an dieser öffentlichen Kritik, besser gesagt, an dieser Hege gegen die junge Republik beteiligen. *(Abgeordneter Teufel: Gegen die Republik hetzt gar niemand, das ist eine Verdrehung!)* Die öffentliche Kritik ist vor allem anderen von den noch immer lebenden und keineswegs toten konterrevolutionären, reaktionären Elementen angezettelt. *(Lebhafter Beifall.)* Was da an Adelsknecht noch in diesem Österreich lebt, was da an den ehemals hohen Stellen noch lebt und mit ihm der ganze Troß der Lakaien dieser Leute, der eigentlichen und wirklichen Lumpenproletarier, wenn sie auch in Claque und Frack dahergehen *(Lebhafte Zustimmung)*, das ist die Konterrevolution, die übt heftig und laut Kritik und sie hat einen guten Nährboden. Es ist ganz begreiflich. . . . *(Zwischenrufe.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Ich bitte, den Herrn Redner nicht fortwährend zu unterbrechen.

Abgeordneter Beitz: Es ist ganz begreiflich, daß diese Leute sehr viele Anhänger finden. Da ist zum Beispiel zunächst das große Heer von Offizieren, die sehen, es könnte doch vielleicht eine Welt kommen, in der man an die Abrüstung denkt, in der man Frieden macht. Den Offizieren hätte diese Einschränkung des Militarismus ebenso gedroht, wenn es beim alten monarchischen Regime geblieben wäre, weil die Welt selbstverständlich künftighin die stehenden Heere in dieser Zahl unter keinen Umständen mehr ertragen könne. Die Offiziere wären in dem einen wie in dem anderen Falle jetzt natürlich arbeitslos geworden, weil wir ja durch den Waffenstillstand auf fünf Divisionen zusammengedrückt sind und weil wir fünf Divisionen doch nicht bloß aus Offizieren herstellen können. Wir haben die schwere Lage der Offiziere eingesehen, unter denen ja auch die meisten Reserveoffiziere und viele von ihnen selbst aus proletarischen Schichten sind, und

wir setzen alles daran, um ihre Existenz zu sichern und sie nützlichen Berufen zuzuführen. Natürlich wird aber bei solchen Leuten, die um ihre Zukunft bangen, die konterrevolutionäre Propaganda oder die öffentliche Kritik, wie sie der Herr Teufel nennt, auf einen sehr fruchtbaren Boden fallen.

Dann ist eine gewisse Sorte von Presse, die bisher jeder Regierung Lakaiendienste geleistet hat *(Beifall und Händeklatschen)*, die bezahlt war aus dem Dispositionsfonds, die bezahlt war mit Informationen, die bezahlt war mit Orden und Auszeichnungen, die aber heute, da sie sieht, daß ihr alles das wegschwimmt, über die neue Regierung empört ist und plötzlich die allerhöchsten und heftigsten Töne findet. Es ist schmachlich, meine Herren, wie ein Teil der Presse — ich sage es offen, es ist durchaus nicht die ganze bürgerliche Presse, sondern ein Teil der Presse — über diesen neuen Staat und über diese neue Regierung herfällt, weil sie zu ehrlich und zu anständig ist, um Zeitungen aus dem Dispositionsfonds zu bezahlen und weil sie, ehrlich und anständig, diese Mittel verschmäht, mit der bisher eine feile Presse von den Regierungen ausgehalten wurde. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Und drittens sind da, meine Herren — man muß es schon sagen —, eine Anzahl Männer, die sonst in der Wissenschaft sehr geachtet sind, die aber in der ganzen Ara des § 14 kein Wort für die Verfassung gefunden haben, obwohl sie berufen gewesen wären, die Verfassung zu verteidigen, und die heute, wenn auch nur die geringste Entgleisung geschieht — was in so aufgeregten Zeiten ganz begreiflich ist —, sofort mit dem ganzen Rüstzeug ihrer Wissenschaft aufmarschieren, um die Fehler festzustellen, die in irgendeinem Gesetze gemacht wurden. *(Lebhafte Zustimmung und Zwischenrufe.)*

Gewiß, meine Herren, es ist eine sehr heftige öffentliche Kritik gegen diese Regierung, aber diese öffentliche Kritik ist nicht die aufbauende, die wohlwollende Kritik, der die Zukunft des deutschen Volkes am Herzen liegt und die etwas Gutes schaffen will, sondern es ist eine geifernde Kritik des Hasses der Konterrevolutionäre, eine gehässige und zersetzende Kritik derer, die man nicht mehr für ihre Stimme bezahlen kann, und es ist eine Kritik von Leuten, die glauben, daß sie sich an den neuen Männern, die aus den Volksmassen gekommen sind, die Schuhe abputzen können, während sie früher jedem Grafen in der Regierung die Schuhe geleckt haben. *(Beifall.)*

Diese Kritik, meine Herren, sollte im Volkshause keinen Widerhall finden. Ich glaube, der

Abgeordnete Teufel hätte besser getan, wenn er sich auf diese Kritik nicht berufen hätte.

Er hat unter anderem auch die Zusammenziehung der Staatsämter kritisiert. Wir haben von Anfang an gesagt, daß wir uns der Mängel dieser Organisation voll und ganz bewußt sind. Wir haben vielzuvielen Staatsämtern. Ein kleiner Staat von zehn Millionen — vielleicht werden wir auch das nicht sein — braucht natürlich nicht so viel Ministerien, wie wir sie haben. Aber der Abgeordnete Teufel weiß sehr gut, daß wir diese Zahl der Staatsämter festsetzen mußten, weil wir für den Übergang und die Liquidation zu jedem Ministerium des alten Staates ein korrespondierendes Staatsamt des neuen Staates errichten mußten. Der Abgeordnete Teufel weiß auch sehr gut, daß es unmöglich gewesen wäre, etwa die notwendige Zahl von Beamten an die Spitze dieser Ämter zu stellen, sondern daß wir Parlamentarier dazu bestellen mußten, und er weiß auch, daß es nicht möglich war, wenn die Staatsämter von Politikern besetzt werden mußten, ohne beigeordnete Unterstaatssekretäre anzukommen, die je den anderen Parteien angehören.

Man hat unserem Freund Adler die Ehre erwiesen, ihn zum Staatsamt für Äußeres zu berufen. Und er hat es in treuer Pflichterfüllung getan, leider, muß ich sagen, denn es war sein Tod. Damals haben wir begriffen, daß, wenn ein Sozialdemokrat Staatssekretär des Äußeren ist, die anderen Parteien, der Deutsche Nationalverband und die Christlichsozialen, das Bedürfnis haben, doch auch mit Einfluß zu gewinnen und je einen Unterstaatssekretär an seine Seite zu stellen. Ebenso mußten die anderen Herren begreifen, daß, wenn ein Christlichsozialer an der Spitze des Ministeriums des Innern steht, die Sozialdemokraten und der Deutsche Nationalverband eine gewisse Garantie haben müssen für die Mitwirkung und auch eine gewisse Kontrolle, und daß sie die Ernennung von Unterstaatssekretären aus ihren Reihen gesichert werden muß. (Zwischenrufe des Abgeordneten Hummer.) Wir haben aber überall dort, wo es nicht notwendig war, die Staatsämter mit Politikern zu besetzen, selbstverständlich auch hervorragende Fachmänner berufen und auch zu Unterstaatssekretären hervorragende Fachmänner aus der Bureaufratie genommen.

Der Herr Abgeordnete Teufel beanstandet auch, daß an der Spitze des Ernährungsamtes kein Minister aus den Parteien steht. In demselben Moment, in dem er das System der Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre (Zwischenrufe des Abgeordneten Teufel) beanstandet, macht er uns den Vorwurf, daß wir den Posten des Leiters des Ernährungsamtes nicht durch einen Parteimann be-

setzt haben. Die Organisation des Ernährungsdienstes ist klaglos. Wir haben an der Spitze einen Mann, der seit Jahren in diesem Dienste steht, Tüchtiges geleistet hat, die ganze Organisation kennt und der auf diesem Posten geradezu notwendig war. Und wenn sich andere Parteien geweigert haben, diesen Posten zu übernehmen, so geschah es nicht deshalb, weil sie nicht die Verantwortung übernehmen wollten, sondern deshalb, weil dieser Mann der Berufenste war, das Ernährungsamt zu führen. Wir haben aber aus allen Parteien ein Direktorium zusammengesetzt, das diesem Mann zur Seite steht, das war die einzig mögliche Organisation.

Das Rößlichste in der Tat ist die Kritik, die der Herr Abgeordnete Teufel an unserer Volkswehr übt. (Abgeordneter Teufel: Nicht an der Volkswehr, sondern am Heeresamte!) Wenn es nach dem Herrn Teufel oder nach der Rede, die er uns hier vorgelesen hat, gegangen wäre, so wäre das Heeresamt eigentlich verpflichtet gewesen, eine neue Armee aufzustellen. Jetzt, wo wir den Krieg nach Süden und Osten endlich abgeschlossen haben, sollen wir den Krieg gegen die Tschechen beginnen, einen neuen Krieg führen. Das ist eigentlich der langen Rede kurzer Sinn. (Zwischenruf des Abgeordneten Teufel.) Nun, das ist ganz unmöglich, es ist uns durch den Waffenstillstand auferlegt worden, daß wir nicht mehr als fünf Divisionen aufstellen dürfen; aber selbst wenn wir mehr aufstellen dürften, so könnten wir es nicht, weil uns die Einberufenen gar nicht Folgschaft leisten würden. Ändern Sie es, wenn Sie können! (Abgeordneter Teufel: Viele und viele gehen freiwillig, 75.000 nach der Angabe des Staatssekretärs für Heerwesen!) Ich werde gleich auf die vielen zu sprechen kommen. (Zwischenruf des Abgeordneten Teufel.)

Also selbst wenn wir das könnten, ohne den Waffenstillstandsvertrag zu verletzen, könnten wir es deshalb nicht, weil wir einfach nicht die Macht dazu haben. Wenn wir heute ein Wehrgesetz ausarbeiten, das die Wehrpflicht statuiert, und wenn wir sagen, die Jahrgänge von soviel bis soviel sind einberufen, würden uns die Leute einfach nicht folgen, das wissen wir doch alle. Täuschen wir uns doch nicht über unsere eigene Macht! Man wird wieder einen Staat aufrichten; man wird diesen Staat konsolidieren, dieser Staat wird sich dann hoffentlich eine Miliz errichten und dann wird jeder Staatsbürger seine Pflicht erfüllen müssen, wie es das Gesetz vorschreibt. Aber heute sind wir kein solcher Staat und können es nicht sein. Wir sind eine Gruppe von Männern aus dem Volke, deren Mandate eigentlich schon abgelaufen sind. Wir haben nur noch die Autorität, das Notwendigste zur Fortführung der Geschäfte zu be-

sorgen, die Wahlen durchzuführen und das Volk zu einer Vertretung zu berufen. Diese Vertretung wird dann unter anderen Fragen auch diese Frage zu lösen haben. Aber wir sind heute außerstande, uns eine solche Armee aufzurichten, und es würde nur von neurasthenischer Schwäche nicht von innerer Stärke zeigen, wenn wir mit lauten bramarbasierenden Reden und Proklamationen zum Wehrdienst aufforderten, während wir wirklich nicht die Macht haben, die Leute dazu zu veranlassen. Natürlich sagt uns der Herr Abgeordnete Teufel, es gibt schon Männer, die sich dazu hergeben würden, und nun meint er, wir sollen eine Offiziersgarde gründen. *(Zwischenruf des Abgeordneten Teufel.)* Nein, meine Herren, das werden wir eben nicht machen; denn die Herren, die der Abgeordnete Teufel uns hier so warm empfehlen würde, sie wären gar nichts anderes als eine konterrevolutionäre Bande *(Widerspruch des Abgeordneten Teufel)*, die ihre Waffen gegen die junge Republik mißbrauchen würde. *(Lebhafte Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)* Dazu werden wir uns nicht hergeben, da werden wir allerdings auf der Wacht sein. Unsere Volkswehr genügt heute vollauf — bitte, vielleicht genügt sie manchmal nicht, dann muß das eben verbessert werden — aber die Organisation, wie wir sie gedacht haben, genügt vollauf, um den Sicherheitsdienst im Innern zu erhalten. Mehr können wir heute nicht machen. Einen Krieg gegen die Tschechen oder gegen irgend jemand anderen zu führen, dazu sind wir einfach außerstande *(Zwischenruf des Abgeordneten Teufel)*, und wenn wir es versuchten, würden wir schmähslich besiegt werden.

Überhaupt möchte ich alle diese öffentlichen Kritiker bitten, noch eines zu bedenken, was ihre ganzen Kritiken lächerlich erscheinen läßt und vor der Geschichte noch lächerlicher erscheinen lassen wird. Die Aufgabe, die wir hier zu leisten haben, ist eine so ungeheure, daß sie in der Geschichte einzig dasteht.

Wir sollen aus dem reaktionärsten Feudalstaat in wenigen Monaten einen modernen Staat machen. Was England seit dem 17. Jahrhundert bis heute gemacht hat, was Frankreich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts an staatlicher Organisation bis heute aufgebaut hat, das sollen wir jetzt in einigen Monaten schaffen, in der Zeit des Krieges, in der Zeit der Krisen, des Elends und des Mangels an den notwendigen Personen. Was hier von der Regierung geleistet worden ist, ist eine kolossale Arbeit; Anerkennung den Männern an den leitenden Stellen der Staatsämter, die in harter Arbeit vom frühen Morgen bis in die späte Nacht und mit wenig Stunden Schlaf ihre ganze Kraft stellen, um den jungen Staat aufzubauen! *(Bravo! Bravo!)*

Wir Sozialdemokraten, die wir gewiß einen scharfen Blick für Mängel und Fehler haben und zur öffentlichen Kritik sehr veranlagt sind, würden uns schämen, heute, in dieser Zeit Kritik zu üben; wir würden uns schämen, eine Kritik zu üben, die nichts anderes ist als Zerfetzung, eine Kritik, die niemand anderem dienen kann als den Feinden des Staates, den Feinden der Republik.

Wir Sozialdemokraten haben keinen Burgfrieden geschlossen und ich muß es auch gegenüber dem Herrn Abgeordneten Dr. Schürff sagen: Wir sind in keine dauernde Koalition mit bürgerlichen Parteien eingetreten. Wir haben in einem historischen Moment, wo wir erkannt haben, daß jetzt die Zusammenfassung aller Deutschen in Österreich notwendig ist, den entscheidenden Schritt getan und eine Proklamation an alle Deutschen erlassen. Das war der historische Moment im alten Hause, wo wir die erste Besprechung der Parteien in die Wege geleitet haben. Wir haben dann natürlich mit den bürgerlichen Parteien, als der alte Staat zusammenbrach, den neuen aufgebaut, wir haben die Republik gegründet und wir werden die notwendigen Sicherungen für diese junge Republik schaffen und werden so zeitweilig und solange es notwendig ist, mit Ihnen zusammenarbeiten. Dabei sind wir uns in jedem Augenblick der schweren Gegensätze bewußt, in denen wir uns zu Ihnen befinden, vor allem anderen der Klassengegensätze, die zwischen uns klaffen.

Aber wir sind verpflichtet, in diesem Augenblicke mitzuwirken an der neuen Ordnung der politischen Freiheit und Gleichheit, an dem Neuaufbau dieser Republik.

Das Proletariat wird auf der Wacht sein gegenüber allen Feinden der Republik, und zwar nicht so sehr gegenüber jenen Feinden, die sich in den Hintergrund gezogen haben und schweigen, sondern vor allem gegenüber jenen, die in übertriebenen revolutionären und radikalen Worten sich ergehen, aber die junge Freiheit und Ordnung bedrohen und niemand anderem dienen als der Konterrevolution.

Wir Sozialdemokraten werden so, indem wir politische Freiheit und Ordnung sichern, dem Proletariat ermöglichen, eine wirkliche Demokratie aufzurichten, die es in die Lage setzt, die Klassenkämpfe zu führen, zu welchen es in der nächsten Zeit berufen sein wird. Die Proletarier, die im Kriege am schwersten gelitten haben, werden sich eine neue Zukunft bauen, eine Zukunft der politischen, aber auch der wirtschaftlichen Freiheit und Gleichheit. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Hummer; ich erteile ihm das Wort.



Abgeordneter **Hummer**: Hohes Haus! Ich bin mit der Absicht hierhergekommen, sowie mein Parteifreund Teufel an der Tätigkeit des Staatsrates eine, wie ich glaube, berechtigte Kritik zu üben. Ich bedauere es lebhaft, daß zuerst durch die Rede des Herrn Dr. Schürff und dann durch die Ausführungen des Herrn Kollegen Seiz das ursprüngliche Niveau dieser Debatte tief herabgesenkt wurde. *(Zwischenrufe.)* Der Kollege Seiz hat nichts vergessen und wenig dazugelernt und heute noch wendet er dieselben Mittel der Dialektik an, die ihn uns im alten Hause nicht besonders angenehm gemacht haben.

Meine Herren! Ich habe einmal zwei Ärzte gekannt, die nacheinander an dasselbe Krankenbett berufen wurden. Der eine Arzt erklärte dem Kranken ganz aufrichtig und offen: Herr, Sie leiden an einer schweren Lungenschwindsucht! Daraufhin wurde der andere Arzt berufen. Der schlug die Hände über dem Kopf zusammen, erklärte den vorher berufenen Arzt für den Ausbund der Dummheit und sagte dem Kranken: Fehldiagnose! Sie leiden an Phthisis! — Taubclau!

Genau so geht der Kollege Seiz vor. Die Sozialdemokraten sind beiseite nicht in eine Koalition hineingegangen, sondern nur in eine Zusammenfassung der Parteien. Der Kollege Seiz nimmt also an, daß die Mehrheit der Menschheit nicht in der Lage ist, das Fremdwort „Koalition“ zu verstehen und glaubt, wenn er einen anderen Ausdruck für etwas anwendet, was doch dasselbe ist, es werde ihm die aufhorchende Menschheit glauben, daß es nicht dasselbe sei. Und so, wie er es in diesem Falle getan hat, durch eine dialektische Verdringung die Dinge auf den Kopf zu stellen, so hat er es im Verlaufe seiner Rede wiederholt unternommen — und wie ich annehmen muß, bewußterweise — die Wahrheit in das Gegenteil zu verkehren.

Eines ist mir jedenfalls aufgefallen: Während der Kollege Seiz, wie ich noch dartzun werde, unangerechtigterweise den Kollegen Teufel beim Namen genannt, angegriffen und für Dinge verantwortlich gemacht hat, für die er gewiß nicht verantwortlich zu machen war, weil er sie bekämpfte, hat er sonst seine Angriffe unpersönlich gerichtet.

Es hätte uns sehr interessiert zu erfahren; welche Presse er denn eigentlich gemeint hat. Ich habe den Verdacht, daß er diese Presse recht gut nennen konnte, aber aus einer gewissen zarten Rücksichtnahme für das, was er die „Zusammenfassung der Parteien“ nennt, die Presse nicht genannt hat. Denn, meine Herren, wir wissen sehr genau, daß der Herr Kollege Seiz gewiß auf demselben Stand-

punkt steht, wie einige andere ihm nahestehende Mitglieder des Staatsrates, die eine Maßnahme nach außen hin mit der Vernunft der Notwendigkeit begründet und pro foro interno doch erklärt haben, man müsse das nur tun, weil — ich bitte Herr Kollege Kuranda, erschrecken Sie nicht, es ist kein Angriff gegen Sie — weil die Juden dagegen sind und die meisten Journalisten Juden sind. *(Heiterkeit.)* Ja, meine Herren, ich bitte um etwas Aufrichtigkeit.

Wenn man tatsächlich für eine Maßnahme eine solche Begründung hat, dann spreche man sie aus und spiele nicht Verstecken vor der Öffentlichkeit und mache der Öffentlichkeit keine Gaukelei vor. Sie wissen, daß ich nicht zu denjenigen gehöre, die bei jeder Gelegenheit einen gebratenen Juden verzehren müssen. *(Abgeordneter Kuranda: Sie werden noch beim Staatsbürgerrechtsgesetz einen gebratenen Juden vorgesetzt bekommen, lassen Sie den Ihrigen noch in der Röhre! — Heiterkeit.)* Ich weiß nicht, warum der Herr Kollege Kuranda einen Juden vorgesetzt bekommen will, noch dazu einen gebratenen. *(Neuerliche Heiterkeit.)* Aber er weiß recht gut — ich wiederhole das —, daß ich nicht zu jeder Tageszeit einen gebratenen Juden verzehren will. Wenn ich aber gegen einen Juden etwas auszusprechen habe, so spreche ich das nicht deshalb nicht aus, weil es ein Jude ist. Ich hätte gewünscht, daß auch die Herren des Staatsrates uns gegenüber dieselbe Aufrichtigkeit an den Tag gelegt hätten, weil aus der Heranziehung unwahrer Gründe für irgendeine Maßnahme auch in anderen Fällen Rückschlüsse gezogen werden können und gezogen werden müssen.

Kollege Seiz hat mit beweglichen Worten den Teufel an die Wand gemalt — ich meine nicht meinen persönlichen Freund und Kollegen Teufel *(Heiterkeit)*, sondern jenen schwarzen Teufel mit Schwanz und Klauen und Hörnern. Er hat den Teufel der Gegenrevolution an die Wand gemalt. Ich fürchte nur, daß er damit Widerstände herausgekitzelt hat, die bis heute wenigstens nicht bestanden haben. *(Rufe: Na, Na! — Oho!)* Es ist mir nicht bekannt. Ich glaube aber, daß der Kollege Seiz damit so vorgegangen ist wie jener berühmte Gelehrte, der eine Fliege auf seiner Stirne damit weggebracht hat, daß er eine Hacke nahm und kräftig auf die Fliege und auf die Stirn hingehauen hat.

Meine Herren! Es ist doch im höchsten Maße lächerlich\* und kein Einsichtiger und mit den Verhältnissen Vertrauter wird es für notwendig halten, einen derartigen Schlag zu führen, wie es Kollege Seiz versucht hat, um einer ihm augenblicklich unangenehmen Kritik zu entgehen. Ich meine, die republikanische Gesinnung meines Kollegen Teufel

..... (Abgeordneter Teufel: Demokratische Gesinnung!) — auch die meine — ist über jeden Zweifel erhaben, und wenn der Kollege Seitz glaubt, daß man an den jetzigen Einrichtungen überhaupt keine Kritik üben dürfe, weil man sonst ein Gegenrevolutionär sei, so ist das eine Logik, um die ihn jeder Sophist beneiden kann.

Ich glaube nicht daran, daß die Gegenrevolution jene Kritik übt, die Kollege Seitz hier gemeint hat (Abgeordneter Teufel: Und alle Zeitungen bespricht!) und alle Zeitungen besticht. Ich bin aber überzeugt davon, daß die Kritik, die wir an dem Staatsrat üben, gewiß nicht das geringste mit jener gefährlichen Kritik, die sich gegen die Staatseinrichtungen richtet, etwas zu tun hat, jener gefährlichen Kritik, die Kollege Seitz in so beweglichen Worten geschildert hat, wahrscheinlich, weil er es agitatorisch zur Turbulenz der Massen braucht. Und wahrscheinlich hat er diese Adjekte hier gefunden, um seinen etwas verbrauchten Glanz in der eigenen Partei frisch aufzuladieren. (Widerspruch. — Abgeordneter Schiegl: Das hat er nicht notwendig!) Ich bitte schön, Sie sagen, er hat es nicht notwendig. Ich behaupte, daß er es notwendig hat, und berufe mich dabei auf das Urteil Ihrer Parteiangehörigen, allerdings ziemlich radikaler Kreise, und brauche nicht stärker zu argumentieren, als es der Kollege Seitz getan hat, der Behauptungen aufgestellt hat, ohne auch nur den Versuch eines Beweises zu unternehmen.

Meine Herren! Er hat insbesondere den Kollegen Teufel und dann die Angehörigen meiner Partei einer besonders innigen Beziehung zum verflochtenen Kaiser beschuldigt. (Abgeordneter Teufel: Was heißt „beschuldigt“?) So wie er es getan hat, war es eine Beschuldigung. Nun, ich für meine Person war nie beim Kaiser, habe nie mit ihm geredet (Abgeordneter Reifmüller: Das hätte er auch nicht ausgehalten!) und kenne ihn sozusagen nur vom Sehen her. Ich weiß nicht, verehrter Herr Kollege, wie hoch Sie die Widerstandsfähigkeit des verflochtenen Kaisers einschätzen, aber ich meine, eine vernünftige Argumentation muß jeder Gesunde aushalten können. Ich selbst war also nie beim Kaiser, aber es ist mir bekannt, daß die Herren meiner Partei zum mindesten nicht öfter beim Kaiser waren als die Herren Vertreter der Sozialdemokraten. Nun, meine Herren, häßlich kann nicht schön und schön nicht gleichzeitig häßlich sein. Was Sie für sich unter dem alten Regime in Anspruch genommen haben, nämlich zum Kaiser zu gehen und ihm unter Umständen die Wahrheit zu sagen, das dürfen Sie einer andern Partei gewiß nicht verübeln. Es ist, meine Herren, auch vollkommen falsch, wenn der Kollege Seitz

den Kollegen Teufel hier zum Stichblatt genommen hat. Die Stiche, die er dem Kollegen Teufel zu versetzen versucht hat, waren eigentlich an eine andere Adresse gerichtet. Denn Kollege Seitz rechnet damit, daß die Öffentlichkeit doch nicht so gut weiß, in welchen Beziehungen wir zu den Herren vom Nationalverbande stehen und ich kann mich recht gut erinnern, wie derselbe Kollege Seitz alle die Vorwürfe, die er heute gegen uns erhebt, gegen einen weiteren Kreis deutschbürgerlicher Abgeordneter gerichtet hat. Da möchte ich Ihnen denn doch darauf erwidern, daß die Herren, welche sich jetzt vor kurzer Zeit in der Partei, der ich angehöre, zusammengeschlossen haben, gewiß nicht als Kriegshetzer bezeichnet werden können, wenn sie auch — und das sage ich auch für mich — auf dem Standpunkte stehen, daß ein Friede, wie er uns jetzt bevorsteht, ein Verbrechen gegen unser Volk ist, wenn sie auch, wie der Krieg einmal da war, bestrebt waren, diesen Krieg zu einem guten Ende für uns zu führen, das heißt, nach der gegebenen Sachlage den Krieg zu gewinnen. Meine Herren! Wenn Sie heute jemanden den Vorwurf machen, er habe von einem Siegfrieden gesprochen, so kann ich Ihnen, verehrter Kollege Forstner, den Vorwurf zurückgeben und sagen: Sie haben von einem Gerechtigkeitsfrieden gesprochen. Ich frage Sie, verehrter Kollege, wo ist dieser Gerechtigkeitsfriede? (Abgeordneter Forstner: Hätte man Frieden geschlossen, als wir es verlangt haben, zur richtigen Zeit! — Lebhaftige Zwischenrufe und Gegenrufe.) Verehrter Freund und Kollege! Ihre Parteifreunde und Genossen hatten Gelegenheit, mit den Sozialdemokraten der Ententeländer in Verbindung zu treten. Sie haben, wie ich ohneweiters anerkennen will, sehr verdienstlich im neutralen Auslande einen Frieden herbeizuführen versucht und Sie können nicht behaupten, daß die Sozialdemokraten in dieser friedensstifterischen Tätigkeit von irgend jemanden meiner Partei gestört oder deshalb angegriffen worden wären. (Ruf: Stockholm!) Hochverehrter Herr Kollege, ich bitte, lesen Sie nach, was ich in der Öffentlichkeit gesprochen habe. Ich weiß nicht, wer den Zwischenruf gemacht hat, ich kann daher nicht beurteilen, ob der betreffende Herr Kollege in der Lage ist, meine Publikationen zu Gesicht zu bekommen; aber ich stelle sie Ihnen sehr gerne zur Verfügung. Schauen Sie die Versammlungsberichte nach und Sie werden sehen, daß wir zwar leider sehr wenig in der Lage waren, Versammlungen abzuhalten, daß aber dort über die Stockholmer Unterhandlungen zum allerwenigsten die Rede war. Jedenfalls wurden dieselben in keiner Weise gehindert. (Abgeordneter Teufel: Und der Erfolg?) Aber der Erfolg war nicht da und Sie geben sich doch selbst nicht der Täuschung hin, daß die Leute, die von einem Gerechtigkeitsfrieden geredet haben, die von einem Frieden ohne Kontributionen und ohne Annexionen gesprochen

haben, daß diese Leute Ihnen einen solchen Gerechtigkeitsfrieden entgegengebracht hätten, dieselben Leute, die heute im Rheinlande sich täglich eine Kontribution von 100 Millionen Mark zahlen lassen, dieselben Leute, die 150 Milliarden Mark dem deutschen Volke auflasten wollen. *(Abgeordneter Forstner: Die Leute sind allerdings dieselben, aber die Verhältnisse haben sich geändert gegen damals; als ein billiger Friede zu haben war, ist er von Österreich-Ungarn nicht geschlossen worden! — Zwischenrufe.)* Ich möchte auf dieses Thema aus Gründen der auswärtigen Politik nicht so weit eingehen, aber ich möchte Ihnen doch raten, und zwar im eigenen Interesse und auch im Interesse jener Kreise, die Sie besonders vertreten, an dieser falschen Auffassung nicht festzuhalten und sie vor allem anderen nicht zu laut hinauszurufen. Denn, meine Herren, wir werden zwar keinen Kampf mehr führen, aber wir werden noch einen Prozeß führen, einen Prozeß vor dem Forum der internationalen Friedenskonferenz. Da, glaube ich, wird es nicht gut sein, wenn man sich wird darauf berufen können, daß eine, wie ich glaube, unbedachte Äußerung in der deutschösterreichischen Nationalversammlung von verantwortlicher Seite gefallen ist, aus der hervorgeht, daß die heutigen brutalen Handlungen der Entente gegen das niedergedrückte Deutschland berechtigt seien. *(Abgeordneter Forstner: Deshalb sind sie noch nicht gerechtfertigt, wenn man konstatiert, daß Österreich früher hätte einen billigeren Frieden haben können!)* Herr Kollege Forstner, Sie werden zugeben müssen, daß ein Friedensangebot wiederholt gemacht wurde, und ich staune darüber, daß Ereignisse, die urbi et orbi bekannt sein müssen — sie sind ja notorisch, weil sie in allen Zeitungen gestanden sind — heute aus Ihrem Gedächtnis so verschwunden sind, wie etwa ein Kreidestrich von einer schwarzen Tafel weggewischt wird.

Wenn ich noch hinzufügen darf, daß auch die Zumutungen des Kollegen Seiz hinsichtlich des Verkehrs mit den verflorenen Ministerien unhaltbar sind, so möchte ich das auch beweisen. Der Kollege Teufel hat eine zeitlang im Nationalverbande zusammen mit dem Kollegen Professor Dr. Waldner eine Art Vollzugs Gewalt gehabt. Ich kann wohl feststellen, daß die Herren bei der Regierung nichts anderes vertreten haben als das, was sie auf Grund einstimmiger Beschlüsse des Verbandes zu vertreten hatten. Wenn diese guten Intentionen, die sich nach ganz anderen Richtungen bewegt haben, als der Kollege Seiz vermeint, nicht immer zum Ziele führten, so war das auf die Tätigkeit einiger Herren des verflorenen Verbandes zurückzuführen, die alle Ursache hätten, von Hintertreppolitik nicht zu reden. *(Abgeordneter Schiegl: Jetzt müssen Sie Namen nennen!)* Es kommt schon. *(Zwischenruf des Abgeordneten Kuranda.)* Besserer Herr Kollege! Sie sind auf eine Pisanterie

lüstern, Sie sind darauf lüstern, das Waschen der Wäsche einer ehemaligen Familie mit anschauen zu können. Ich sehe es Ihrer lächelnden Miene an, daß Sie sich darüber freuen würden. Ich werde Ihnen dieses Vergnügen an dieser Stelle nicht bereiten *(Zwischenrufe)*, ich werde aber ohne weiteres einige Namen nennen, weil ich aufgefordert wurde, sie zu nennen. Da kann ich nur sagen: Dr. Robert Freißler, Dr. Schürff, Dr. Langenhan, Dr. Stözl, Dr. Urban und eine ganze Reihe anderer Herren waren recht bereit, jederzeit das, was vom Obmann und von seinem Adlatus verantwortlich getan wurde, zu konterkarrieren, zu verhindern und ins Gegenteil umzudrehen. Ich möchte aber den Kollegen Schürff, den ich hier nicht sehe, gewarnt haben. Ich warne ihn, die Büchse der Pandora zu öffnen. *(Heiterkeit.)* Denn wenn einer reden kann, so könnte ich mehr reden, als er über mich und meine näheren Parteigenossen reden kann. Diese Warnung erlasse ich öffentlich, ich habe gar keine Ursache, irgendetwas zu scheuen. Was ich tue, tue ich im Lichte der breitesten Öffentlichkeit. Es ist sogar manchem nicht angenehm, daß es öffentlich geschieht. *(Abg. Parrer: Der Dr. Schürff wird auch nichts zu scheuen haben!)* Aber es ist für mich angenehm und wie der Fall jetzt zeigt, vorteilhaft. Wenn Sie wollen, Herr Kollege, werden wir dieses Privatgespräch an anderer Stelle zu Ihrer Information fortsetzen, wollen Sie mich jetzt bei meinem Thema lassen.

Ich muß insbesondere darauf aufmerksam machen, daß es gerade meine kleine Partei war, von der so absprechend geurteilt wurde, die rechtzeitig und noch im geeigneten Momente das verflorene Regime und die oberste Stelle darauf aufmerksam gemacht hat, wie die Dinge stehen.

Wir haben nicht mehr die Gelegenheit gehabt, zum Kaiser zu gehen und ihm das zu sagen, wir haben aber die Möglichkeit gehabt, ihn durch einen Vertrauensmann wissen zu lassen, daß die Dinge auf des Messers Schneide stehen und daß ein weiteres Hinausziehen zum inneren Zusammenbruch führen müsse. Wir haben von ihm in den letzten Tagen des September und in den Anfangstagen des Oktober verlangt, er möge die Nationalversammlung jedes einzelnen Volkes am Sitze ihres kulturellen Zusammenströmens einberufen, er möge jedem Volke die Bildung einer Regierung aus dieser Nationalversammlung zugestehen und es möge dann der Versuch unternommen werden, in Wien eine Verbindung, eine Stelle zu schaffen, die die friedliche, ruhige Auseinanderlegung des Besitzes durchzuführen und uns vor dem wirtschaftlichen Chaos bewahren sollte, in das wir heute tatsächlich hineingeraten sind, weil jedes Volk einfach dasjenige,

was es auf seinem Territorium hat oder was es in der Nähe auf dem Territorium des Nachbarn vermutet, ergreift, für sich verwendet, vermischt, vergeudet, ohne daß der Staat das Geringste davon hat, ohne daß man sich darüber klar wird, daß Milliardenwerte verloren gehen, deren Erhaltung unsere Schuldenlast und unsere Verpflichtungen wesentlich herabsetzen könnte.

Wenn, meine Herren, hier gesagt wurde, wir seien die Satelliten des Systems Hussarek gewesen, (*Abg. Teufel: Das ist zum Schreien!*), so ist das einfach, wie mein Kollege Teufel in dem Zwischenrufe dartut, zum Schreien. Wir haben den Mann vom ersten Tage an bekämpft. Und wissen Sie, was er gemacht hat? Er sollte den Inhalt des Memorandums, das ich hier skizziert habe, nicht kennen lernen. Durch irgendeine Zwischenträgerei, wie das bei Hofe schon üblich ist, hat er aber ein paar Worte oder ein paar Sätze daraus ans Ohr klingen gehört und weil er zu jenen Leuten gehört hat, die unter keinen Umständen sich einen Gedanken entgegen lassen, hat er die berühmte Rede gehalten, wo er dem österreichischen Staatskarren einen Fußtritt gegeben hat — Fahre wohl! — und die mündigen Völker aufgefordert hat, sich freundlichst voneinander zu trennen.

Aber noch immer wäre vielleicht die Möglichkeit eines Herauskommens aus dieser Situation gewesen, denn es war uns bekannt, daß die Südslawen und auch die Tschechen einer derartigen Regelung der Dinge im damaligen Zeitpunkt nicht abgeneigt waren. Das war eine Zeit, wo sie keineswegs noch mit jener Sicherheit mit dem inneren Zusammenbruche Österreichs rechnen konnten, und da hat er der berühmten Rede das noch weniger rühmliche Manifest nachfolgen lassen, das ja im wesentlichen, auch wenn es von einem Beamten verfaßt ist, den die heutige Regierung zu übernehmen geruht hat, doch auf den Herrn Hussarek zurückgegangen ist. (*Abgeordneter Schiegl: Das war doch Ihr Gedanke, sagten Sie!*) Es war nicht unser Gedankengang, ich werde zu geeigneter Zeit gewiß nicht verfehlen, das, was wir unterbreitet haben, zu publizieren.

Meine Herren! Damit glaube ich im wesentlichen, was der Kollege Seiß vorgebracht hat, entkräftet zu haben. Auf seine dialektischen Sprünge lasse ich mich weiter nicht ein und ich möchte nur noch, um endlich zu jenem sachlichen Teil meiner Rede zu kommen, den ich allein ursprünglich vorbringen wollte und von dem ich abgedrängt wurde . . .

**Präsident Hauser** (*unterbrechend*): Ich möchte den Herrn Redner einladen, zum Präsidenten zu sprechen, denn ich verstehe gar kein Wort von seinen Ausführungen.

**Abgeordneter Hummer:** Ich bitte um Berichtigung, Herr Präsident, aber die Einrichtung des Hauses . . .

**Präsident Hauser:** So ist es, unmöglich!

**Abgeordneter Hummer:** Die Geschäftsordnung wird so wenig gehandhabt, daß es mir möglich ist, von diesem Plage aus zu sprechen, wie wohl ich eigentlich nach der Geschäftsordnung von der Tribüne aus zu sprechen hätte. Ich bitte also Herr Präsident, überzeugt zu sein, daß nicht Mangel an Respekt oder Unziemlichkeit es ist, wenn ich Ihnen im Eifer meiner Ausführungen den Rücken gedreht habe. Ich verspreche, ich werde es nicht mehr tun. (*Heiterkeit.*)

Ich muß mich also noch ein ganz klein wenig mit dem Kollegen Schürff unterhalten, obwohl er natürlich angesichts seines größeren Kollegen im Angriff, des Herrn Seiß, nur eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Er hat uns den Vorwurf eines Wechsels im Parteinamen gemacht. Ja, meine Herren, ich bekenne mich gewiß dazu, daß es mir nicht einfällt . . . (*Zwischenrufe.*) Der Anblick des Kollegen Kuranda ist ein so reizender, daß es mich immer wieder hinreißt, mich umzudrehen. (*Lebhafte Heiterkeit. — Ruf: Sie sind also ein Philosemit geworden!*) Sie brauchen doch kein Philosemit zu sein, um ein schönes Judenmädchen anzuschauen! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Bleiben wir aber beim Ernst der Sache! Der Kollege Schürff hat uns also den Vorwurf eines Wechsels in der Gesinnung gemacht. Meine Herren! Ich gestehe sehr gerne ein, daß ich mich gegen einen Fortschritt zum Besseren nie ablehnend verhalte, und ich weiß nicht: vielleicht wird die Sozialdemokratie einmal so schön werden, daß ich noch Sozialdemokrat werde. (*Lebhafte Heiterkeit. — Abgeordneter Forstner: Was fällt Ihnen denn ein! Das auch noch!*) Sie müßten sich wahrscheinlich erst gewaltig ändern.

**Präsident Hauser:** Ich bitte, meine Herren, doch den Ernst der Verhandlung zu wahren.

**Abgeordneter Hummer** (*fortfahrend*): Wir haben die Unabhängigkeitspartei mit einem ganz bestimmten Ziele begründet, haben bei der Gründung sofort erklärt, es handle sich um eine Zweckvereinigung, die bis zur Erreichung eines knapp gesteckten Zieles, nämlich der Unabhängigkeit Deutschösterreichs, beisammen bleiben werde, und haben es offen gelassen, ob die Mitglieder der Partei später noch Grund haben werden, in einem näheren Kontakt zu bleiben. Nun ist die Unabhängigkeit Deutschösterreichs durchgeführt und es wäre gewiß

wenig geschmackvoll gewesen, den Namen „Unabhängigkeitspartei“ nach erreichter Unabhängigkeit noch beizubehalten. Soviel ich mich erinnere, hat auch die Unabhängigkeitspartei in Ungarn ihren Namen abgelegt, nachdem die Unabhängigkeit erreicht war.

Wir haben uns also zur Partei der Nationaldemokraten zusammengeschlossen, weil wir gefunden haben, daß diejenigen Herren, die sich zur Unabhängigkeitspartei vereinigt haben, nach Erreichung dieses allerersten Zieles noch immer eine Reihe von Gemeinsamkeiten haben, die zu erreichen ihnen wünschenswert erscheint und die parteimäßig zu vertreten notwendig ist. Ich glaube aber, der Herr Kollege Schürff hätte besser getan, nicht mit Steinen zu werfen, denn er sitzt in einem Glashaus. So viel ich weiß, war er einmal deutschradikal, wurde dann gewählt und ist parteilos geworden, hat dann der jungdeutschen Vereinigung angehört, hat sich, wenn ich nicht irre, der alpenländischen Vereinigung angeschlossen, war dann bei der deutschnationalen Partei, hat die Fusionierung, das Zusammengehen der deutschnationalen Partei mit der deutschnationalen Vereinigung mitgemacht, hat sich dann im Milieu bewegt, als die Herren auf die Idee kamen, sich als deutschsoziale Partei oder als deutsche Sozialistenpartei zu bezeichnen, und ist jetzt wieder, Gott sei Dank, im deutschen Nationalverband oder im Verbands der deutschnationalen Parteien. Meine Herren! Das hat sich in einer so kurzen Zeit abgepielt, daß er allen Grund hat, diese Dinge nicht zu berühren, denn in seinem eigenen Hause — will mich bedünken — hängt der Strick.

Meine Herren! Nach dieser Abfertigung erlauben Sie mir, daß ich mich mit dem Staatsrate beschäftige. Der Staatsrat ist nach dem Beschlusse über die grundlegenden Einrichtungen der Staatsgewalt die Regierung. Dieser Staatsrat ist aber zu einer sehr geheimnisvollen Körperschaft geworden, geheimnisvoll schon darum, weil man zum Beispiel zwar für das Haus die Remedur der Geschäftsordnung nicht zu brauchen vermeint, dagegen eine Geschäftsordnung für den Staatsrat gemacht hat, die aber peinlich geheim gehalten wird. Der Staatsrat ist kontrollos und unverantwortlich. (Abgeordneter Schiegl: Aber Ihr Freund, der Teufel, sitzt drin!) Ja, als Opposition, und solange diese Einrichtung so besteht, hat er das Recht, an ihr teilzunehmen. Wir wünschen aber eine Änderung. Diese Änderung anzustreben, ist unser gutes Recht und ist auch unsere Pflicht. Herr Kollege, Sie müssen mir zugeben, daß der Staatsrat unverantwortlich ist. Ich bitte Sie, einmal das Grundgesetz über die Staatsgewalt zu lesen. Da werden Sie finden, daß zwar die Staatssekretäre unter

dem Gesetze über die Ministerverantwortlichkeit stehen, nicht aber der Staatsrat. Der Staatsrat ist aber die Regierung und die Staatssekretäre sind die Beauftragten der Regierung, das heißt also Menschen, die ad nutum das machen müssen, was ihnen die Regierung, der Staatsrat, vorschreibt. Der Staatsrat ist also unverantwortlich. (Abgeordneter Schiegl: Wieso denn, Sie kritisieren ihn doch!) Der Staatsrat ist unverantwortlich. Sagen Sie mir die gesetzliche Bestimmung, auf Grund deren man den Staatsrat zur Verantwortung ziehen könnte.

Der Staatsrat ist aber auch eine sehr gesunde Mischung von Vollzugsgewalt und Legislative. Der Präsident des Hauses, also der Nationalversammlung, ist zugleich vorübergehend Präsident des Staatsrates, Präsident der Regierung, und damit Partei. (Abgeordneter Schiegl: Die Konstruktion muß man ändern! — Abgeordneter Dr. v. Licht: Der Staatsrat ist der Vollzugsausschuß der Nationalversammlung!) Hochverehrter Herr Kollege Licht, der Staatsrat ist dasjenige, als was ihn der Herr Staatskanzler charakterisierte. Ich kann mich nur an das halten, was hier offiziell in diesem Hause gesagt wird. Auch Kollege Schiegl ist der Meinung, daß dieser Staatsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung etwas Unhaltbares ist (Abgeordneter Schiegl: Natürlich!) und jeder, der die Konsolidierung der gegenwärtigen Verhältnisse will, hat die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß man derartige unhaltbare Zustände abstelle, und es ist sehr ungerecht, jemanden, der die beste Absicht hat, eine Besserung der Verhältnisse anstrebt, darum anzugreifen.

Meine Herren! Opposition müssen Sie vertreten lernen. Sie selbst waren ja 20 Jahre in der Opposition und jetzt auf einmal — ich kann es ja verstehen — steigt dem Präsidenten Seiz, die Majoritätsidee zu Kopf und er kann sich nicht mehr gut in die Lage versetzen, daß auch er einmal in der Opposition war, und er will jetzt den Frieden. Aber er will den Frieden des Friedhofes, den Kadavergehorfam (Zwischenrufe: Na, na!). Es darf niemand gegen die Herrlichkeit des Staatsrates irgend etwas aussprechen. Alle menschlichen Einrichtungen sind fehlerhaft. (Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. v. Licht.) Herr Kollege Licht, ich bitte Sie vielmals, entweder bleiben Sie von Anfang an da, oder machen Sie keine Zwischenrufe, die schon vor Ihnen gemacht worden sind und die ich bereits beantwortet habe. Ich kann natürlich nicht dasselbe Stückel zehnmal spielen und eine Privatvorstellung für Sie geben. (Heiterkeit.)

Präsident Hauser: Ich bitte den Herrn Abgeordneten, den Ernst der Situation zu wahren!

Das geht nicht an! Ich bitte den Herrn Redner nicht zu unterbrechen! (*Unruhe.*) Ich ersuche den Redner fortzufahren.

**Abgeordneter Hummer:** Der Staatsrat ist also zweifellos umzuändern, vor allem darum, weil er zu einer fürchterlich großen Körperschaft angewachsen ist. Bedenken Sie, meine Herren, 23 Mitglieder, die ihm normalerweise angehören, dazu 20 Ersatzmänner, die ziemlich illegalerweise in Kommissionen hineingesteckt wurden und dort auch Staatsrat spielen.

Meine Herren! Dieser Staatsrat ist so groß geworden, daß er für die heutige Abstimmung eine Gefahr wird. Die Herren haben 43 Mitglieder, Beteiligte des Staatsrates, die Herren haben 13 Staatssekretäre, das sind also sozusagen die Angestellten des Staatsrates, die doch gegen ihren Herrn nicht gut stimmen können, und die Herren haben eine ziemliche Anzahl von Unterstaatssekretären, ich weiß nicht, ob es inzwischen nicht ein paar mehr geworden sind. Jedenfalls aber sind es zusammengenommen annähernd 60. Und nun hat der Herr Kollege Schürff heute einen Antrag gestellt, ich meine den ersten Antrag. Ich bemerke gleich, daß wir gegen ihn stimmen werden. Der Antrag ist gemildert worden, denn zuerst sollte dem Staatsrate solenn das Vertrauen ausgesprochen werden, später aber hat man sich damit begnügt, die Arbeit der Staatssekretäre anzuerkennen. Ich bitte, darüber ließe sich reden, wenn es nicht per satiram zu machen ist, mit der Anerkennung für die Staatsräte. (*Abgeordneter Dr. Waldner: Der Antrag ist so, wie er da steht. — Abgeordneter Teufel: Nein, er war in der Obmännerkonferenz anders; er lautete auf das Vertrauen! — Abgeordneter Dr. Waldner: Das ist eine Ungehörigkeit!*) Wenn ein Antrag publiziert und dann abgeändert wird, und während der Sitzung noch einmal abgeändert wird . . . (*Zwischenrufe und Gegenrufe.*), weil man die Opposition fürchtet, so wird diese Opposition, wenn sie in Kenntnis der Tatsachen gelangt, nicht etwa auf illegalem Wege (*Neuerliche Zwischenrufe und Gegenrufe*), sondern beim Präsidium, wo der Antrag zur Einsicht auflag . . . (*Wiederholte Zwischenrufe seitens des Abgeordneten Teufel. — Gegenrufe.*) . . . darüber sprechen dürfen.

**Präsident Haußer:** Ich bitte, Herr Kollege Teufel, Sie reden fortwährend! Das Wort hat der Herr Kollege Hummer. Es muß doch eine Ordnung sein. Fortwährend unterbrechen, das geht nicht, das ist kein Ernst.

**Abgeordneter Hummer (fortfahrend):** Wenn ein solcher Antrag gestellt wird, so müßten eigentlich, wenn Sie Geschmaç haben, die Herren parla-

mentarischen Staatssekretäre und Mitglieder des Staatsrates, 63 an der Zahl, den Saal verlassen, denn sie können sich doch nicht gut selbst und gegenseitig das Vertrauen aussprechen. Dann fürchte ich, daß am Ende meine kleine Partei hier die Mehrheit haben könnte und das Vertrauen auf diese Art nicht zustande käme. Ich will damit ganz ernsthaft an die Herren den Appell gerichtet haben, an der Abstimmung über den ersten Punkt des Antrages Schürff nicht teilzunehmen, weil es doch nicht gut angeht, daß sie sich selbst das Vertrauen votieren. Das müssen Sie denen überlassen, die der Regierung als Volksvertretung gegenüberstehen.

Und nun, meine Herren, möchte ich noch mit ein paar kurzen Worten auf die Darlegungen der Herren Staatssekretäre zurückkommen. Eine allgemeine Regierungserklärung ist es ja nicht, denn ich vermisse insbesondere die Darlegungen des Staatsamtes für Heerwesen, ich vermisse weiters sehr schmerzlich die Darlegungen des Staatsamtes der Finanzen.

Ich muß sagen, daß mir der Herr Staatssekretär des Äußern eine angenehme Überraschung bereitet hat. Nach dem Rufe, der ihm vorangegangen ist, habe ich ihn mir anders vorgestellt. Er bringt jedenfalls für sein Amt viel Besehendes mit: Ein angenehmes Organ, eine meisterhafte Beherrschung der Sprache und ein ruhiges, konziliantes Wesen. Aber, meine Herren, das darf uns über die Mängel in seinen Ausführungen doch nicht vollständig hinwegtäuschen. Ich meine, er ist stärker im Historischen als im Positiven. Er hat uns eine Darlegung gegeben, wie die Dinge sind. Dafür bin ich ihm dankbar. Er hat dann, allerdings eingengt durch gewisse Doktrinen, einen Vorschlag angedeutet, von dem er aber selbst zugegeben hat, daß er keine große Aussicht auf Realisierung habe, denn ich fürchte sehr, ein so warmer Freund der Schiedsgerichte ich wäre, daß schon die Verhandlungen über Schiedsgerichte das Schwierigste sind, und wenn man einmal so weit wäre, daß man sich über ein auch nur provisorisches Erkenntnis eines Schiedsgerichtes einigen könnte, dann wäre ja eigentlich alles gewonnen und dann wären diese Schiedsgerichte vielleicht schon überflüssig. Aber es trennt uns eine verhältnismäßig viel zu kurze Zeit von jenen Augenblicken, wo die Entscheidungen doch endgültig fallen müssen, und da, fürchte ich, werden wir auf dem Wege der Schiedsgerichte nicht mehr viel erreichen können, weil inzwischen alles überholt sein wird. Ich hätte daher vom Herrn Staatssekretär des Äußeren auch noch positive Vorschläge erwartet, das heißt Vorschläge, an deren Realisierbarkeit er selbst glaubt, bei denen er von der Meinung durchdrungen ist, daß sie zu einem Ziele führen könnten. Ich gebe zu, daß er in einer ungemein schwierigen Lage ist, denn es soll der Rückruf Staatssekretär des Äußeren sein, wenn er nicht über die geringste Wehrmacht verfügt!

Aber gerade das ist es, was wir dem Staatsrat zum Vorwurf machen, daß trotz Warnungen und Bitten und Flehen und trotz des Anbotes des Militärs selbst alles unterlassen wurde, um diese Wehrmacht zu erhalten. Ich habe nicht eine Wehrmacht im Auge, die über unsere Nachbarn herfällt und sie mit Krieg überzieht, ihre Felder verwüstet, ihre Städte verbrennt, Blut vergießt.

Meine Herren! Wann hat ein Deutscher, ein Deutschösterreicher jemals fremdes Gebiet für sich in Anspruch nehmen wollen, wann? Wir waren immer in der Verteidigung, aber ich glaube, meine Herren, das imbezillste Tier, das friedliebendste Tier, Meister Lampe, löst endlich auf, wenn man ihn beim Böffel nimmt und aus seinem Lager herausziehen will. Da fängt dieses gewiß nicht kriegerische Tier zu beißen an. (*Abgeordneter Schiegl: Er strampelt nur!*) Er beißt auch, Herr Kollege. Ich nehme nichts für uns in Anspruch als die Möglichkeit, uns gegen Raub, gegen Plünderung wilder Horden irregulärer Truppen verteidigen zu können, und auch dazu sind wir nicht imstande.

Ich gebe zu, daß die Regierung der tschechoslovakischen Republik vielleicht nicht einmal alle die Tathandlungen gutheißt und angeordnet hat, die begangen wurden, um so mehr müssen wir aber eine Art Polizeigewalt haben, eine Art Gendarmerie, um uns der nicht einmal von der eigenen Regierung der Tschechoslowaken goutierten Einfälle und Überfälle zu erwehren.

Ich könnte aus meinem eigenen Wahlbezirk eine Reihe von Fällen anführen, wo neben dem regulären Militär, das sich verhältnismäßig anständig benommen hat, wenn auch Ausschreitungen vorgekommen sind, Horden eindringen, die sich dem regulären tschechoslovakischen Militär keineswegs fügten und ein Räuberunwesen geführt haben. Ich muß zugeben, daß der Kommandant des regulären Militärs seinen konnationalen Gefühlen keinen Zwang anferlegt hat, er hat die Plünderungen und Ausschreitungen der Irregulären einfach ruhig hingelassen. Vielleicht hat er auch nicht mehr machen können, denn auf seinen schwachen Versuch hin, die Leute von Ausschreitungen abzuhalten, wurde er einfach mit Gewehrschüssen bedroht. Hier also brauchen wir eine Art Gendarmerie.

Diese Gendarmerie wird mit jenen Mitteln ausgerüstet sein müssen, deren sich der Verbrecher bedient. Und wenn der Verbrecher mit Maschinengewehren schießt, wenn er mit Kanonen schießt, wie dies gestern der Herr Staatssekretär ausgeführt hat, dann muß die Gendarmerie mit denselben Mitteln ausgestattet sein, um den Angriff abwehren zu können. Das heißt nicht Krieg führen, das heißt einfach dem Verbrechertum entgegenwirken. (*Zustimmung.*) Und ich muß daher sehr bitten, daß die Herren von der sozialdemokratischen Partei nicht in denselben Fehler

verfallen, in den der Herr Präsident Seiz verfallen ist, indem er die bloße Errichtung einer entsprechend starken Gendarmerie, also einer Wehrmacht, wenn Sie es auf deutsch sagen wollen, gleich erachtet hat einer Kriegserklärung gleichgestellt hat, der blutrünstigen Idee der Wiederaufrichtung des Militarismus. Mit solchen Dingen macht sich derjenige, der sie imputiert, nur lächerlich. Kein Mensch wird Ihnen glauben, daß der Herr Hummer und der Herr Teufel wollten oder imstande wären, eine schwere Militärmacht aufzurichten, die zu Felde zieht. Diese Unterlassung ist etwas, was dem Staatsrate zweifellos zu Lasten geht und das auszusprechen ist notwendig. Denn, wenn es hier nicht ausgesprochen wird, so glaubt es niemand, daß es trotz Warnung und trotz Beantragung darüber hinweggehen; wenigstens glauben es die Menschen draußen in den bedrohten Gebieten nicht.

Meine Herren! Ich habe mit einer gewissen Trauer im Herzen die Resolution gehört, die der Herr Kollege Schürff nicht für seine Person, sondern als Beauftragter einer Obmännerkonferenz nach vorhergegangener Vereinbarung aller Parteien hier verlesen hat, einer Resolution, in der man von den Bewohnern der bedrohten und besetzten Gebiete weiteres Ausharren verlangt und in der man sie begrüßt. Meine Herren! Etwas weniger freundschaftliche Begrüßung und ein ganz klein wenig Hilfe wären uns in Deutschböhmen, wäre denen in Tirol und in den besetzten und bedrohten Gebieten lieber gewesen. (*Zustimmung.*) Und in demselben Atem, wo man uns hier der Kriegshetze bezichtigt, weil wir Hilfe für diese Gebiete verlangen, in demselben Moment bringt man eine papierene Resolution. Es ist so, als würden wir den Leuten dort Steine statt Brot geben. (*Lebhafte Zwischenrufe.*)

Präsident **Hausler**: Ich bitte, meine Herren, nicht zu unterbrechen:

Abgeordneter **Hummer** (*fortfahrend*): Trotzdem wir vollkommen davon überzeugt sind, daß diese papierene Resolution nicht das Geringste an den Dingen ändern wird, werden wir dafür stimmen, weil schließlich und endlich der Ausdruck der Sympathie immerhin vielleicht den Leuten das Ertragen der Leiden leichter machen kann. Aber Täuschungen darüber dürfen wir uns nicht hingeben. Wundern Sie sich nicht, meine Herren, wenn draußen der Partikularismus immer mehr an Boden gewinnt. Wenn hier mit bewegten Worten über die Entwicklung autonomistischer Bestrebungen geklagt wird, dann wundern Sie sich darüber nicht, da Sie sich um die Provinzen, um die Länder draußen tatsächlich nicht kümmern. Ich möchte den Herren vom hohen Staatsrate, die am grünen Tisch, zwischen vier Wänden beraten, doch den wohl-

meinenden Rat geben, einmal hinauszufahren und anzuhören, was die Leute leiden müssen und was sie über Wien, diesen Staatsrat und unsere Einrichtungen sagen. Und weil ich ein überzeugter Anhänger der gegenwärtigen Verfassungsform bin, bedauere ich es, daß sie auf ihren ersten Schritten nicht in Wien, aber draußen in der Provinz, wo es viel schwerwiegender ist, diskreditiert wird. Darum richte ich an Sie, meine Herren im Staatsrate, den Appell, weniger am grünen Tisch zu reden und mehr auf das bedacht zu sein, was zum Wohle der Bevölkerung draußen notwendig ist.

Ich glaube, daß dieses Streben ein berechtigtes ist und daß mir niemand den Vorwurf machen kann, daß die Vorbringung dieser Dinge etwa der jungen Republik abträglich und schädlich sein könnte. Denn die Erkenntnis eines Fehlers kann zu seiner Abstellung, zu seiner Ausbesserung führen. Viel gefährlicher ist es, die Dinge zu übertünchen, die Brüche nicht aufscheinen zu lassen und dann das zu erleben, was der alte Staat bei seinem Zusammenbruch erlebt hat, was wir an ihm sehen mußten, wo wir auch gewiß nicht darauf vorbereitet waren, daß er so weit zersetz und zersprungen sei. Gewiß haben die Machthaber des alten Staates Verbrechen auf Verbrechen gehäuft, indem sie auf die Volkstimmung, auf die Meinungen in der Bevölkerung kein Gewicht gelegt und nicht den geringsten Versuch gemacht haben, sich über das klar zu werden, was eigentlich der Wille und der Wunsch der Bevölkerung sei. Aber, meine Herren, ich warne Sie, in denselben Fehler zu verfallen und, indem Sie jede Opposition dadurch ersticken, daß Sie sich mit Wucht auf sie werfen, wie es der Kollege Seitz getan hat, sich den freien Blick hinaus zu verschließen und sich den Anhauch, das Erdrück sozusagen von Ihrem Angesicht fernzuhalten.

Meine Herren! Wenn ich noch einige Worte sprechen darf hinsichtlich der Ausführungen des Herrn Staatskanzlers, der sozusagen allein die Allgemeinheit des Regierungsberichtes verkörpert hat, so kann ich nur wiederholen, was ich in einer anderen Debatte ausgeführt habe; daß ich glaube, daß seine Arbeitskraft, sein ausgezeichnete Wille und seine hervorragenden Fähigkeiten eine Garantie dafür sein könnten, daß wir in leidliche und erträgliche Verhältnisse kommen, vorausgesetzt daß er nicht selbst immer wieder durch seine Umgebung und durch den Staatsrat gehindert wird. Und da muß ich etwas aussprechen: Der Staatsrat besteht scheinbar aus einer großen Majorität bürgerlicher Vertreter, die Führung haben aber tatsächlich die Sozialdemokraten und entweder geschieht das, was sie wollen, oder sie sprechen die Drohung aus, daß sie dann herausgehen und die Geschäfte sozusagen auffahren und aufstiegen lassen.

Meine Herren! Das ist die wahre Liebe zu den neuen Einrichtungen nicht, es ist vor allem

anderen auch nicht die wahre Demokratie. Sie müssen es eben darauf ankommen lassen, ob die Gesamtheit der Bevölkerung in Deutschösterreich hinter Ihnen steht und Sie müssen es sich gefallen lassen und es respektieren, wenn ein großer Teil der Bevölkerung auch bei den künftigen Wahlen nicht hinter Ihnen stehen wird. (*Abgeordneter Schiegl: Das werden wir ja sehen!*) Nur müssen Sie — und damit antworte ich sofort auf den Zwischenruf des Herrn Kollegen Schiegl, für den ich sehr dankbar bin — Wind und Sonne in diesem Kampfe um die Wähler und um die Seelen der Menschen gleich verteilen. Sie machen aber den Versuch, die Bedingungen des Kampfes ungleich zu verteilen. Das Proportionalwahlrecht führt in der Regel nur eine Partei ein, die sich auf der absteigenden Linie befindet (*Abgeordneter Schiegl: Das war immer unser Programm!*), weil sie hofft, damit wenigstens einen Teil ihrer ursprünglichen Gewalt zu behalten. (*Abgeordneter Schiegl: Dann müßten die Bürgerlichen dagegen sein!*) Lassen Sie mich ausreden, verehrter Herr Kollege, Sie stören meine Gedankengänge (*Gelächter*) und ich brauche dann noch länger. Die Sozialdemokraten aber machen sogar noch etwas darüber hinaus, sie eskomplicieren bereits in dem zukünftigen Wahlrecht ihre voraussichtliche Stärkung und wollen diese petrifizieren. Aber, meine Herren, ihr Proportionalwahlrecht ist auch kein ganz gerechtes. Ich sehe davon ab, daß Sie Wahlkreise zerreißen, daß Gebiete, die wirtschaftlich, politisch und sonst nach der bisherigen Verwaltung zueinandergehören, auseinandergerissen und neu eingeschachtelt werden. Aber Ihr Proportionalwahlrecht ist so beschaffen, daß beispielsweise eine Partei in 30 Wahlbezirken eine Wählerzahl von wenig unter der Wahlzahl erreichen kann, das heißt also, sie kann — ich habe das ungefähr ausgerechnet, es dürfte die Wahlzahl zwischen 13.000 und 14.000 Stimmen liegen, vorausgesetzt daß die Frauen alle mitwählen, worauf ich auch noch zu reden kommen werde — also ungefähr 12.000 Stimmen in jedem Wahlkreise erreichen, insgesamt also mehr als eine Drittelmillion im Reiche haben und trotzdem nicht einen Mann in der Nationalversammlung sehen. Das ist kein gerechtes System und ich bilde mir etwas darauf ein, daß meine Partei einen Antrag eingebracht hat, der dem entgegengewirkt und der so beschaffen ist, daß effektiv keine Stimme einer Partei verloren gehen kann. Was ich aber weiter an ihrem Wahlentwurfe bekämpfe, ist, daß Sie die Bildung der Liste in das Belieben einer Partei, die kein politisches Rechtssubjekt ist, geben. (*Abgeordneter Teufel: Das ist die Diktatur der Partei!*) Das ist nicht nur die Diktatur der Partei und der Parteihäuptlinge, sondern das ist auch der Anlaß zur Korruption. Denn, meine Herren, was



wird dann in vielen Fällen der erste Platz auf einer solchen Kandidatenliste kosten? Ich meine nicht Ihre Partei, aber es gibt verschiedene Parteien und Sie werden mir zugeben, daß für einen Wahlfonds . . . (Abgeordneter Teufel: Auch bei Ihnen ist es möglich, theoretische Möglichkeiten sind überall vorhanden! — Abgeordneter Schiegl: Ich habe noch keinen Extrazug von Znaim nach Wien verlangt! — Abgeordneter Teufel: Sie haben auch nicht draußen gearbeitet im Auftrage von anderen und haben hereinkommen müssen, weil die Proklamation erfolgt ist! — Abgeordneter Schiegl: Und der Extrazug? — Abgeordneter Teufel: Ich habe erklärt, daß ich nie einen Extrazug verlangt habe!) . . . Ich spreche von Korruption und das ist für den Abgeordneten Schiegl das Stichwort, um eine Sache, die mit dem Gegenstand nicht zusammenhängt, hereinzuziehen. Wenn Sie wollen, werde ich Ihnen auch über diese Sache die einwandfreieste Aufklärung geben. Es ist keine Korruption, wenn man gegen Barzahlung . . . (Abgeordneter Schiegl: Bei der Kohlennot gibt es keinen Extrazug! — Abgeordneter Teufel: Es war vom Staatsrat verlangt, daß alle hereinkommen!)

Präsident **Hausser**: Ich bitte, meine Herren, um Ruhe! (Abgeordneter Schiegl: Wir reden von der Korruption!)

Abgeordneter **Hummer**: Das Wort Korruption darf nicht bei Ihnen sofort Wutanfälle auslösen. (Abgeordneter Schiegl: Denken Sie an Seidler und die Telephonzellen! — Abgeordneter Teufel: Und denken Sie an Karpeles und alle Ihre Prozesse mit den Hammerbrotwerken! — Zwischenrufe.)

Präsident **Hausser**: Ich bitte doch um Ruhe! Wohin kommen wir denn?

Abgeordneter **Hummer**: Ich bedaure unendlich, daß durch einen Zwischenruf das Niveau der Debatte, das ich versucht habe, wieder etwas zu heben, in diesem sachlichen Teile meiner Ausführungen — in dem früheren war es leider nicht möglich, weil ich auf Angriffe antworten mußte, die keineswegs höheren Niveaus waren als das, was ich aussprach — wieder etwas gesunken ist.

Ich sage also, auf einer Liste wird der erste Platz unter Umständen eine Menge Geld kosten. Derjenige, der für den Wahlfonds steuert, der wird den Anspruch erheben, als erster auf der Liste zu stehen. Nach meinem Antrage wird die Liste durch die Wähler selbst gebildet, das heißt, derjenige, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt, ist auf der Parteiliste der erste. Meine Herren, ein gerechteres System kann ich nicht finden, denn es gibt der

Bevölkerung, gibt dem Wähler das höchste Recht und entzieht ihn der Bevormundung durch einige Parteihäuptlinge. (Zwischenruf des Abgeordneten Kuranda.) Lieber, verehrter Herr Hofrat! Ich bitte um Gotteswillen, spielen Sie nicht die Parlamentswache! (Heiterkeit.)

Nun aber, meine Herren, kommt die Frage des Frauenwahlrechtes. Die Sie riefen, die Geister, werden Sie nun nicht los. Sie waren es, die für das Frauenwahlrecht eingetreten sind; mit Recht. Ich will Ihnen da nicht entgegentreten, aber Sie müssen nun auch die Wahlpflicht statuieren, denn das geht nicht, daß Sie im Bewußtsein dessen, daß zwar Ihre Parteiangehörigen zur Wahl gehen werden, aber die bürgerlichen Frauen meistens eine gewisse Scheu vor der Betätigung im öffentlichen und politischen Leben haben, die Wahlpflicht nicht zulassen wollen. Wenn sie sicher sind, die Waffen hinter sich zu haben, dann müssen Sie auch für die Wahlpflicht eintreten, denn es ist die einzige Möglichkeit, eine negative Korruption zu verhindern. Denn auch das Überreden, nicht zur Wahl zu gehen, die Abhaltung von der Wahl, wenn eine derartige Lathandlung nicht unter Straffanktion gestellt ist, wirkt korrumpierend. Und ich erinnere Sie daran, meine Herren, daß Sie mit Recht die Wahlpflicht im alten Hause verlangt haben (Widerspruch), weil Sie damit rechnen konnten, daß zwar ein Fabrikant oder ein Gewalthaber seine Arbeiter nicht zwingen kann, für einen bestimmten Kandidaten zu stimmen, daß er sie aber leichter dazu bringen kann, nicht zur Wahl zu erscheinen. Es ist aber nicht nur die physische Verhinderung dadurch, daß ich jemanden aus dem Zimmer oder aus dem Arbeitsraum nicht herauslasse, Korruption, sondern es ist auch die Verhinderung durch Überredung, durch die Verheißung von Vorteilen oder durch die Androhung von Nachteilen Korruption. Nun hat sich aber der Staatsrat für dieses System des Proportionalwahlrechtes, das wir bekämpfen, ausgesprochen, und ich bin daher nicht in der Lage, dem Staatsrate, der das getan hat, das Vertrauen auszusprechen. Schon aus diesem Grunde allein, wenn selbst die anderen Gründe, die ich angeführt habe, für mich nicht unbedingt bestimmend sein müßten, werden wir gegen den ersten Punkt des Antrages Schürff stimmen, beziehungsweise des Antrages, den Herr Abgeordneter Schürff namens der Obmännerkonferenz vorgelesen hat. Wir werden für den zweiten Teil des Antrages stimmen und ebenso für den dritten Teil, wiewohl wir gewünscht hätten, daß anstatt der Sympathien der bedrohten Gebieten Hilfe geboten worden wäre. (Lebhafter Beifall.)

Präsident **Hausser**: Zum Worte gelangt der Herr Staatssekretär für Heerwesen Mayer. Ich erteile ihm das Wort.

Staatssekretär für Heerwesen **Mayer**: Hohe Nationalversammlung! Der geehrte Herr Vorredner hat vermisst, daß in der gestrigen Sitzung des Hauses auch vom Staatsamte für Heerwesen ein Bericht vorgelegt wurde. Die Herren haben nun heute zu wiederholten Malen betont, daß die gestern vorgebrachten Berichte der Staatssekretäre uns verhältnismäßig wenig rosige Bilder gezeigt haben.

Wenn ich gestern namens meines Amtes gesprochen hätte, so hätte ich wahrlich auch nicht zu einer Besserung der Stimmung beitragen können; denn das, was wir alle vorgefunden haben, und das, was uns zur Aufgabe gestellt wurde, ist alles andere als erfreulich und angenehm.

Nichtsdestoweniger begrüße ich die Gelegenheit, heute hier vor dem hohen Hause über einige Dinge zu sprechen, wegen deren ich oft interpelliert werde und die bis zu einem gewissen Grade mit Recht die gesamte Öffentlichkeit beherrschen.

Man macht dem Staatsamte für Heerwesen den Vorwurf, daß es nicht verstanden hat, sich im richtigen Augenblicke eine Armee zu erhalten, beziehungsweise aus den Trümmern der alten Armee das Brauchbare in die neue Zeit und für den neuen Staat hinüberzuretten. Meine Herren! Wer Gelegenheit hatte, die Vorgänge nach dem Zusammenbruche unserer alten Armee sich anzusehen, der wird sicher diesen Vorwurf als nicht ganz gerechtfertigt empfinden, wenn er den Leidensweg der ersten Tage mitgemacht hat, wo nicht nur die dazu bestimmten Vertreter der Regierung, sondern auch ein großer Teil der Herren der verehrten Nationalversammlung sich bereitwillig in den Dienst der Sache gestellt haben, um aus dem Trümmerhaufen noch zu retten, was einigermaßen möglich war. Aber das Ergebnis war ein ganz und gar unerfreuliches, es war ein negatives. Ich habe genug Zeugen in diesem hohen Hause, die bestätigen können, daß in den ersten Tagen der Arbeit der neuen Regierung es nicht an Bemühungen gescht hat, noch zu erhalten, was einigermaßen ersatzbar war. Tag und Nacht waren die Herren bereit, sie sind zu den Bürgen hinausgeeilt, nur die Truppentransporte abzufangen, um sie für den neuen Staat in Gelöbnis zu nehmen.

Wir hatten es nicht mit einem desorganisierten Haufen zu tun, es kamen wohl disziplinierte Truppen an und besonders die, die in den vorderen Reihen bis zum letzten Augenblicke ausgehalten haben, haben die Disziplin bis zum Augenblicke ihrer Ankunft in Wien oder in ihrer Heimat musterhaft bewahrt.

Wir kamen hinaus, sie haben mit Begeisterung ihr Gelöbnis abgelegt, sie haben mit Begeisterung versprochen, der neuen Sache zu dienen. Aber es hat nicht lange angehalten. Sobald sie hier mit der großen Masse Fühlung hatten, war die Begei-

sterung weg. Sie war auch wohl weg, weil die Truppen — das muß heute hier festgestellt werden — totmüde angekommen sind, müde nach einem ehrenvollen Kampfe, den sie viereinhalb Jahre bestanden haben und der bei aller Begeisterung, die sie der Sache entgegengebracht haben, ihnen heute eine Enttäuschung brachte, über die sie selbstverständlich nahezu verzweifelt sein müssen.

Wir standen da als ein neuer Staat ohne jedes Machtmittel, ohne jede Hilfe, und es war kein Weg offen, über diese kritische Zeit hinüberzukommen. Damals wurde der Antrag rege und der Versuch gemacht, eine Volkswehr aus Freiwilligen zu schaffen, aus Söldnern, die sich freiwillig anwerben und in den Dienst der Sache stellen und die bereit sein sollen, dem jungen Staate über die erste Zeit hinüberzuhelfen.

Diese Neubildung hat in mancher Beziehung auch gefahrvolle Nebenerscheinungen mit sich gebracht und Sie wissen sehr genau, daß auf der einen Seite das Schlagwort und auf der anderen Seite die Furcht vor der sogenannten „Roten Garde“ geradezu alle Kreise beherrscht hat und daß man nicht recht wußte, was aus diesen Neubildungen sich entwickeln wird. Mit Einmütigkeit und mit Besonnenheit, die alle Herren an den Tag legten, die mit diesen organisatorischen Arbeiten zu tun hatten, ist es gelungen, aller dieser Nebenerscheinungen Herr zu werden und zu erreichen, daß die Volkswehr heute ein einheitliches Gepräge hat, daß sie dem Volkswehrkommando sich unterordnet und in die heutige Organisation sich einfügt.

Ich kann betonen, daß dabei die zur Verfügung gestellte Organisation der Sozialdemokratie uns hervorragende Dienste geleistet hat. Daß diese Volkswehr Mängel aufweist, daß diese Volkswehr nicht der Idealzustand ist, darüber, meine Herren, sind wir uns alle klar, und wir wissen sehr genau, daß ein Großteil derer, die sich in den Dienst der Volkswehr gestellt haben, vielleicht hauptsächlich deshalb vorläufig dort in der Volkswehr ist, weil er in dieser Volkswehr dormalen noch eine Betsorgung findet. Das Ideal einer militärischen Betsorgung des neuen Staates kann diese Art nicht sein, und ich glaube, wir sind uns darin alle einig, daß die künftige Wehrpflicht auf einer gleichmäßigen Berteilung allen Bevölkerungsschichten gegenüber aufgebaut sein muß. Wie sie aussehau wird, das hat die heutige Nationalversammlung jedenfalls nicht zu entscheiden, sie kann da nur mit Provisorien dienen, denn ich glaube, die zu wählende neue Konstituante wird die Grundlagen für die künftige Wehrmacht dieses Staates zu geben haben. (Sehr richtig!)

Nun, meine Herren, wozu haben wir die Volkswehr, die wir geschaffen haben, in erster Linie gewollt? Die Unsicherheit, die geherrscht hat, die

Gefahr, die damit entstanden ist, daß unsere Armee im letzten Augenblick auseinanderließ, eine Erscheinung, die unserem neuen Staate viele Millionen Kronen gekostet hat, — dieser Gefahr zu steuern, hier einigermaßen wieder Ordnung hineinzubringen, war der Zweck der Gründung der Volkswehr. Im großen und ganzen haben wir diese Sicherheit erreicht. Daß sie nicht lückenlos gut ist, gebe ich ohne weiteres zu, aber dem Amte für das Heerwesen ist es heiliger Ernst, darauf hinzuwirken, daß in der Richtung auch in der nächsten Zeit Verbesserungen erreicht werden können. (Beifall.)

Meine Herren! Zu Eroberungen werden wir mit der Volkswehr nicht ausziehen können und ich bin überzeugt, daß wir heute auch zu einem derartigen Schritt weder die Macht, noch die Zeit, noch die Möglichkeit haben. (Zustimmung.)

Ich habe als Soldat vom Anfang des Krieges an bis zum letzten Augenblick ehrlich mitgedient und mitgeholfen und ich kann sagen, es hat in dieser Zeit viele Augenblicke gegeben, wo an der Front ein frisches Draufgängerium am Platze war, und wir haben es dankbar anzuerkennen, daß unsere Soldaten in dieser Richtung auch immer ihre Pflicht erfüllt haben, wenn man es von ihnen gefordert hat. Aber aus dem Hinterlande soll man nicht jetzt, in diesem Augenblicke, zum Draufgängerium mahnen, wenn man die todmüden Truppen sieht und wenn man weiß, was in diesen viereinhalb Jahren hat geleistet werden müssen.

Meine verehrten Herren! Es ist aber auch nicht nur die Volkswehr, die das Amt für Heerwesen beschäftigt, und ich muß leider immer mit Bedauern feststellen, daß man in dieser Richtung die Aufgaben des Amtes für Heerwesen weit unterschätzt. Ich habe immer die Empfindung, daß man, wenn man vom Volksheer im Zusammenhang mit dem Amt für Heerwesen spricht, das ganze heutige System und unser ganzes Tun und Denken einfach auf Wen und seine allernächste Umgebung zuschneiden will. Wir sind nicht ein Heeresamt für Wien und die Wiener Volkswehr, sondern wir sind ein Heeresamt für einen Staat, wir haben auch andere Aufgaben zu erfüllen, als nur hier die Volkswehr zu organisieren, und das scheinen die Herren, die dem Staatsamte für Heerwesen oder dessen Leitung Unfähigkeit vorgeworfen haben, denn doch einigermaßen zu übersehen. Ich glaube, es hat in der Geschichte noch nie eine ähnliche Stellung gegeben, wie sie heute das Amt für Heerwesen einnimmt.

Wir haben ein liquidierendes Kriegsministerium mit einem ganz kolossalen Apparat, wir haben das abtretende Landesverteidigungsministerium, das insofern weniger kompliziert ist, als hier wenigstens die Ungarn nicht mitprechen, das aber auch immerhin etwas bedeutet und früher auch eine ganze Kraft für sich in Anspruch genommen hat; wir haben

eine aufgelöste Armee und wir sollen an die Neuorganisation einer Armee schreiten; wir haben die Liquidation der gesamten Demobilisierungsgüter durchzuführen und wir sollen aus dem Trümmerhaufen auch wieder ein Amt schaffen, das einigermaßen den Aufgaben der künftigen Heeresverwaltung gerecht werden soll — eine Ansammlung von Arbeiten, eine Menge von Leistungen, die hier mit einem in den ersten Tagen verhältnismäßig geringen Apparat bewältigt werden mußten, und die, Gott sei Dank, soweit ich bisher festzustellen in der Lage bin, von Tag zu Tag einer Besserung und Vollendung wesentlich näher kommen. Daß die Sache auch heute ihre Mängel aufweist, das zu leugnen, meine Herren, wäre jedenfalls ein großer Fehler.

Nachdem aber schon das Wort „Unfähigkeit“ von seiten eines der Herren Vorredner gefallen ist und nachdem von der Leitung als solcher und nicht von mir allein gesprochen wurde, fühle ich mich doch für meine verehrten Herren Mitarbeiter verpflichtet, diesen Vorwurf der Unfähigkeit zurückzuweisen. Ich kann sagen, daß die Herren, die mir teils durch das Vertrauen der anderen Parteien, teils auch als ausgesuchte fachliche Kräfte zur Bewältigung des riesigen Stoffes, der uns zur Aufarbeitung vorliegt, beigegeben sind, ihre Pflicht in einer geradezu bewundernswürdigen Weise erfüllt haben, und das wird jeder neidlos zugeben müssen, der nicht nur mit kritischem Blick von fern die Sache beobachtet, sondern nur einmal einen Blick hineingeworfen hat. Daß diese Kräfte ganz außerordentliche Leistungen vollbracht haben, brauche ich hier mit keinem Worte weiter zu berühren.

Aber, meine Herren, es hilft heute alles nichts: Wir müssen uns darüber klar werden, daß wir über kurz oder lang wieder zu einer gesunden, kräftigen Organisation kommen müssen. Die hohe Nationalversammlung und auch der Staatsrat werden sich dieser Notwendigkeit nicht verschließen und werden gewiß alles tun, um dem Heeresamte für die Zukunft die Mittel an die Hand zu geben, diese Organisation aufzubauen. Wir brauchen diese Organisation schon deshalb, weil wir die Einkehr von Ruhe und Sicherheit — die Vorbedingung für die Entwicklung des künftigen Staatswesens — als die Hauptaufgabe betrachten.

Diese Ruhe und Sicherheit muß man aber in der breiten Öffentlichkeit leider noch immer vermessen. Daran ist aber nicht das Amt für Heerwesen schuld, daran sind die äußeren Erscheinungen weit mehr schuld, die Unsicherheit, die uns heute vom endgültigen Friedensschlusse trennt und die uns noch manches Bild recht nebelhaft erscheinen läßt, das vielleicht gerade mit grundlegend wäre für den Aufbau des Staates und für die zu schaffende Sicherheit im Staate. Aber wenn wir nicht alle mit zu dieser Ruhe und Sicherheit dadurch bei-

tragen, daß wir eine übertriebene Nervosität bekämpfen und erschlagen, so begehen wir einen großen Fehler, hauptsächlich auch deshalb, weil wir nicht mehr imstande sein werden, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden, weil wir nicht mehr imstande sein werden, die vielen unzufriedenen Elemente, die heute um ihre Existenz ringen, zurückzuhalten, weil wir nicht imstande sein werden, dem ganzen Staatswesen jene Grundlagen zu bieten, die es für seine künftige Entwicklung braucht.

Dazu kann aber jeder mehr oder minder in seinem Kreise beitragen, wenn er möglichst die Schärfe der Gegensätze abzuschwächen sucht und wenn er so arbeitet, wie wir es uns im Amte für Heerwesen zur Grundlage gemacht haben. Es wäre ein Fehler, wenn wir heute vom Amte für Heerwesen, weil es aus dem alten Kriegsministerium entstanden ist, einen kriegerischen Geist und den Geist des Draufgängertums erwarten würden.

Meine Herren! Wissen Sie, was wir heute brauchen? Ruhe und Besonnenheit und soweit es bei uns im Amte zu suchen ist, stellen wir sie gerne zur Verfügung. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident Dr. Dinghofer:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Schöpfer.

**Abgeordneter Dr. Schöpfer:** Hohe Nationalversammlung! Im Laufe der letzten Wochen konnte man wiederholt den Ausspruch hören, daß wir uns zu wenig in die ganz neue Sachlage hineinversetzen können und daß wir noch zu viel am Alten festhalten. Es ist richtig, man hört bei den Beratungen mitunter Einwände, Schwierigkeiten und Bedenken, die man sich nur daraus erklären kann, daß man mit seinen Gedanken noch in den alten Zuständen drinnen ist, in den Eindrücken, die der Bureautarismus, der Zentralismus, der Militarismus, und wie diese Ertrungenschaften alle heißen, in uns begründet haben. Man darf das aber nicht übelnehmen. Wenn man in so etwas geboren ist, wenn man Jahrzehnte darin verlebt hat, wenn man das alles auf sich hat wirken lassen müssen, so ist es psychologisch ganz erklärlich, daß man sich in seinen Urteilen und Handeln nicht mit einem Schlag, mit einem Wurf, sozusagen über Nacht, in ganz neue Zustände hineinversetzt.

Aber, meine Herren, etwas ganz ähnliches kommt auch sonst noch vor; und da gilt diese Entschuldigung nicht. Wir dürfen nicht sagen, daß wir vor drei bis vier Monaten uns in einem befriedigenden Zustande befunden haben; aber es waren doch viele der Hoffnung, daß wir aus diesem Kriege und aus allem Elend, was drum und dran war, bald herauskommen in einer Weise, daß wir zwar nicht eine Befriedigung finden, aber daß wir

es immerhin hinnehmen können. Und nun sind wir mit einem Schlag in ein Meer von Unglück und Elend hineingeworfen worden. Wenn man hinten nach erfährt, daß die militärische Katastrophe von einem Tage oder, wie der italienische Minister sagte, von einer Stunde abgehangen hat, und daß wir ebenso gut durch den Zusammenbruch des italienischen Heeres einen ungeheuren Sieg hätten erringen können, während wir jetzt mitten in diesem Elend sind, dann muß ich sagen, kann ich mir eines nicht erklären: Wer die heutige Debatte verfolgt hat, dem mußte sich fast die Meinung aufdrängen, daß es in Deutschösterreich ziemlich gut bestellt sein müsse. Meine Herren! Wir sind ein Volk in Not, aber diesen Eindruck hat die heute geführte Debatte nicht erweckt. Ich glaube, daß man vom Ausland her bei Besprechung der Lage, in der Deutschösterreich sich befindet, vielleicht weniger Witz, weniger Stimmungsmacherei u. dgl., vielleicht auch weniger Gegensätze, weniger Vorwürfe erwartet hätte. Sehr geehrte Herren! Reißten wir uns alle von dem Gedanken los, daß wir uns in einem Zustand befinden, der uns irgendwie befriedigen könnte, sonst heißt es immer, daß die Not eine einigende Kraft besitzt und geeignet ist, ernst zu stimmen. Dann müssen wir uns aber auch dieser ernststen Stimmung gemäß hier benehmen.

Wenn ich nun zu den Erklärungen übergehe, die uns gestern gegeben wurden, so will ich mich mit zweien derselben beschäftigen, mit dem Bericht des Herrn Staatssekretärs für Außeres und mit der Darlegung des Herrn Staatskanzlers. Sie werden begreifen, daß mir als Tiroler und Vertreter eines Südtiroler Bezirkes besonders das zu Herzen gegangen ist, was er über die Zustände in Deutsch-Südtirol uns berichtet hat. Ich werde mich auch eigens mit diesem Gegenstande beschäftigen. Aber ich kann nicht umhin, im Namen unserer christlichsozialen Vereinigung zu erklären, daß wir die Not der deutschen Gebiete nach allen Seiten hin, wo sie von Gegnern bedroht werden, seien diese nun Tschechen, Südslawen oder Italiener, mit dem gleichen Interesse verfolgen und ebenso, wie irgend jemand anderer, entschlossen sind, nationale Treue ihnen gegenüber zu bewahren und unsererseits alles aufzubieten, was dazu beitragen kann, ihnen Rettung zu bringen.

Was nun die Zustände in Südtirol angeht, so werden Sie begreifen, meine sehr geehrten Herren, welche Stimmung der Wandel der Ereignisse gerade dort hervorrufen mußte. Wenn man die Liebe des Tirolers zu seinem Vaterland, seinen angeborenen Freiheitsstimm, seine in Jahrhunderten bewährte Opferwilligkeit für das Wohl seines Landes und für die Zugehörigkeit zu Österreich überdenkt; wenn man sich die Opfer vorhält, die die Tiroler gerade in diesem Kriege für die Gesamtheit des Staates

aber besonders auch für ihr schwer bedrohtes Vaterland gebracht haben und den Erfolg, mit dem sie es getan haben; wenn man sich vergegenwärtigt, daß jetzt in diesem schönen Gebiete der Segner herrscht, daß die Tiroler dort die Unterworfenen sind, daß ihre Freiheiten zu Boden getreten werden, dann kann man sich die Stimmung beiläufig vorstellen, in der man sich dort befindet.

Sehr geehrte Herren! Wir mußten während dieses Krieges so viel Bitterkeit über unser Land ergehen lassen, nicht bloß durch die Verstärkungen an den Grenzen, sondern auch durch die Folgen einer ganz unfähig schlechten Verwaltung (*So ist es!*), durch eine, man möchte meinen, mitunter fast absichtliche Preisgabe der teuersten Güter des Volkes, so daß es sich mitunter ausgenommen hat, als wollte man dem Tirolervolke den Patriotismus mit Gewalt aus seinem Herzen reißen; wenn man das alles bedenkt, dann kann man daraus die Hoffnung schöpfen, daß unser Volk auch den Starkmut aufbringt, auch dieses neue Unglück, welches Südtirol betroffen hat, sofern es vorübergehend ist, für das Vaterland zu ertragen.

Aber meine Herren! Gar manche Vorkommnisse, gar manche Taten, welche die italienischen Kommanden in Südtirol sehen, drängen einem die Überzeugung auf, daß diese Schritte aus dem Willen hervorgehen, Deutschsüdtirol zu einem dauernden Bestandteil des italienischen Reiches zu machen, ja, es herrscht nicht bloß dieser Wille, sondern es wird so vorgegangen, als ob heute schon Deutsch-Südtirol zu Italien gehörte. Meine Herren, das ist gegen die Bedingungen des Waffenstillstandes, das ist gegen die Bestimmungen der Haager Konferenz über die Besetzung durch feindliche Truppen. Und daß sich Italiener darüber so leichterdings hinwegsetzt, das erweckt dort große Besorgnis für die Zukunft.

Hohes Haus! Wir sind nun einmal, wir alle, ganz Deutschösterreich, in einen Zustand der Ohnmacht hineingekommen, wir müssen das Recht des Stärkeren, wir müssen größere Gewalt über uns ergehen lassen. Vielleicht dürfen auch wir hier das Wort Hindenburgs in den Mund nehmen: „Man weiß nicht, wofür es gut ist.“ Vielleicht ist es ganz gut, daß wir in Deutschösterreich und wir in Tirol auch diesen Leidenskelch noch trinken müssen. Gar oft hat die Betrübnis auf verschiedenen Umwegen wieder zur Freude geführt. Aber, wie dem auch sei, nachdem wir nicht die Macht haben, gegen eine derartige Behandlung, gegen den Ausdruck einer solchen Absicht uns zu wehren, so müssen wir doch erklären: Wir verwahren uns dagegen, daß aus solchen Vorkommnissen irgendwelche rechtliche Konsequenzen gezogen werden. Tirol gehört in seiner Gänze heute zu Österreich, Deutschtirol gehört in seiner Gänze zum deutschösterreichischen Staate und wir halten

daran fest und wir werden alles tun, um es dabei zu erhalten.

Gespannt können wir darauf sein, wie unseren Ansprüchen gegenüber die Grundsätze zur Geltung kommen, welche der Mächtigste der Erde, Präsident Wilson, wiederholt feierlich vor der ganzen Welt verkündet hat. Schon die Regierung der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie hat sich zu diesen Grundsätzen bekannt. Wir bekennen uns auch dazu und haben es auch durch die Begründung des deutschösterreichischen Staates dokumentiert. Wir vertrauen darauf, daß ihm, der sie ausgesprochen hat, der sich heute selbst als den mächtigsten der Mächthaber fühlt, daß es ihm ernst damit ist und daß er seine Macht, die er während dieses Krieges zur Genüge gezeigt hat, auch in diesem Falle zeigen wird, indem er seinen Einfluß dahin geltend macht, jezt dem Kriege und dem Hasse und der Feindschaft der Völker für immer oder doch für eine lange Zukunft ein Ende zu bereiten. Dieser Mächtige würde in der Geschichte eigentümlich dastehen, wenn er jezt eine andere Haltung einnähme. Ich glaube, daß sein eigenes Ehrgefühl ihn dazu drängen muß, nicht abzuweichen von dem, was er so feierlich verkündet hat. Würde das aber nicht geschehen, würde hier wirklich die rohe Gewalt und die reine Übermacht das Zepter führen, so ist das eine ganz gewiß, daß weder Ruhe noch Friede in die Welt einkehren wird; denn gerade heute, wo das nationale Bewußtsein in der Menschheit so ausgeprägt ist, kann eine so grobe Verfündigung gegen dasselbe nie und nimmer einen dauernden Friedenszustand herbeiführen.

Hohes Haus! Wenn man das Vorgehen der Italiener in Deutsch-Südtirol betrachtet, möchte man sogar einen Trost schöpfen, freilich muß man sagen, einen betrübenden Trost — scheinbar ein innerer Widerspruch. Denn, wenn es den Italienern darum zu tun wäre, diese Gebiete sich wirklich dauernd einzuverleiben, dann müßten sie die deutliche Bevölkerung anders behandeln, als es dort geschieht. Es dringen aber über unsere Berge so viele Klagen und so viele Bitten um Hilfe heraus, daß wir trotz der sehr mangelhaften Nachrichten annehmen müssen, daß die deutsche Bevölkerung sehr hart gehalten wird. Der Verkehr in Südtirol selbst ist fast ganz unterbunden, der Postverkehr auf das äußerste eingeschränkt, auch sind Akte gesetzt worden, deren folgerichtige Durchführung das ganze wirtschaftliche Leben dort zum Stillstand bringen müßte. Es wurde die italienische Währung offiziell eingeführt und ein Wertverhältnis zu dem dort zirkulierenden österreichischen Geld festgestellt, das sicher ganz ungerecht ist. Es ist bei sehr schweren Strafen die Einfuhr österreichischen Geldes verboten worden, die Tätigkeit der Banken ist lahmgelegt, es fehlt das Geld zur Bezahlung der Beamten (*Hört! Hört!*), zur

Bezahlung der Unterhaltsbeiträge, es droht eine finanzielle Katastrophe. Was das Ernährungswesen anbelangt, so lauten die Berichte, daß die kargen Vorräte, die vorhanden waren, zum Teil noch hergenommen werden, um die italienischen Truppen zu befriedigen.

Wenn diese Dinge so weiter gehen, wie sie sich entwickelt haben, müssen wir uns dort auf die schwersten Folgen solcher Zustände gefaßt machen. Man möchte also meinen, daß, wer so vorgeht, nicht damit rechnet, die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Gewiß, hochgeehrte Herren, ist viel gesündigt worden in Venetien durch die dort siegreich vordringenden Truppen, und es mußte einem weh tun, wenn man erfahren hat, wie unnötigerweise die dortige einheimische Bevölkerung mitunter hart behandelt worden ist. Das Tiroler Volk hat dies aber nicht verschuldet.

Es ist auch, meine Herren, ein Unterschied, ob eine Armee im Kriege unter strategischer Ausnutzung der Verhältnisse vorschreitet, in der Absicht, neue Erfolge zu erzielen, auch unter dem Eindrucke der Unordnung, die ein solches Vordringen immer mit sich bringt, es ist ein großer Unterschied zwischen solchen Verhältnissen und jenen, wie wir sie in Tirol haben, wo der Krieg faktisch abgeschlossen war, wo keine Gefahr war, daß er fortgesetzt wird, wo die italienische Armee in Ordnung einziehen konnte. Man konnte darum hier viel eher erwarten, daß ein Volk, das ehemals unverdient eine solche Demütigung über sich ergehen lassen mußte, nicht noch diese Behandlung erfahren muß. Wir können hier auch nichts anderes tun, als unser Staatsamt des Außern dringend ersuchen, daß alle Schritte unternommen werden, die geeignet sind, erstens das Los der dortigen Bevölkerung zu erleichtern, und zweitens, für die Zukunft durchzusetzen, daß jene Prinzipien auf uns angewendet werden, die der mächtigste unserer Gegner feierlich verkündet hat.

Ich erlaube mir nun zum anderen Teil überzugehen, nämlich zu den Angelegenheiten der inneren Politik, und nehme da einen Punkt heraus, der mich als Tiroler besonders berührt, einen Punkt, der heute auch in Tirol am allermeisten besprochen wird und hinsichtlich dessen eine gewisse Klarstellung notwendig ist, ich meine das Verhältnis nicht bloß des Landes Tirol, sondern aller Länder zum Staate. Das ist eine überaus wichtige Frage, weil die befriedigende Lösung dieser Frage die Vorbedingung für eine gedeihliche Entwicklung der deutschösterreichischen Republik ist. Und da muß ich der in manchen Kronländern, und ganz besonders bei uns in Tirol aufgetauchten Besorgnis Ausdruck geben, daß mit dem staatlichen Zentralismus nicht vollständig gebrochen worden sei, daß im Gegenteil ein gewisses Bestreben vorhanden sei, die Selbständigkeit der Kronländer zu unterbinden. Es ist viel besser, wenn

man die Sache offen bespricht, weil man so am leichtesten auch übertriebene Besorgnisse verschwehen und nach beiden Seiten hin klärend wirken kann. Wir dürfen die Situation, in welche die Länder geraten sind, nicht verkennen. Auch hier muß man sich aus den alten Zuständen in die neuen hineinsetzen. Nicht bloß der gesamte Staat Deutschösterreich, auch die einzelnen Länder sind in eine neue Situation hineingekommen, sie müssen sich darin zurechtfinden und auch der Staat muß diese neue Situation erkennen und sich danach einrichten. Zu einem guten Teil sind die Bande zerrissen worden, welche die Länder an den Staat knüpften.

Es ist wohl zu viel gesagt, wenn man meint, daß durch die Beseitigung der monarchischen Staatsform gar alle Bande zerrissen worden seien, aber ein sehr wichtiges, ein sehr kräftiges Band, das die Länder an das Zentrum gebunden hat, das ist zerrissen worden. Dazu kommt noch etwas anderes. Es ist glücklicherweise das Band zerrissen worden, welches man Zentralismus heißt. Das ist ein großes Glück. Es ist der wahren Selbstverwaltung erst die Bahn geöffnet worden und die Selbstverwaltung, und zwar die Selbstverwaltung von unten hinauf, ist das Wesen der Demokratie. Es ist darum auch kein Wunder, wenn sich dieses Gefühl jetzt mehr rege macht als früher, wenn jetzt in den Ländern der Gedanke auftritt: Jetzt, nach dem Bruche mit dem Zentralismus kommen wir mehr in die Lage, uns selbst zu betätigen und selbst zu verwalten als früher. Das ist eines. Dazu kommt noch etwas anderes. Es ist die Idee, die Parole der Selbstbestimmung hineingeworfen worden. Auch die Regierung hat sie hineingeworfen und man hat die Selbstbestimmung betätigt. Es haben sich die Nationen freilich viel mehr Selbstbestimmung zugesprochen als es von der Regierung beabsichtigt war, aber wenn man einmal auf einer abwärts gehenden Bahn einen Wagen fahren läßt, dann geht er eben von selbst weiter, und ich habe schon damals gesagt, daß diese Idee der Selbstbestimmung nicht bei der Nation als solcher haltmachen, sondern in die unteren Glieder hineinfahren wird, und so haben auch die Kronländer gesagt: Auch wir haben die Selbstbestimmung, wir werden uns jetzt selber bestimmen! Dazu kommt noch etwas: Je weiter ein Kronland vom Zentrum entfernt ist, um so weniger ist bei den heutigen Verkehrsverhältnissen und bei der Schwierigkeit der heutigen Lage die Zentralgewalt imstande, für dieses entfernte Kronland zu sorgen. Ich glaube, daß Herr Kollege Fink in dieser Hinsicht eigentlich noch mehr sprechen kann als wir, weil Borsarlberg noch weiter fort ist; und wenn diese Länder nur auf die Hilfe der Zentralgewalt angewiesen gewesen wären, ich wüßte nicht, wie es dort heute stünde. Dazu kommt noch das Moment der unsicheren internationalen Lage, das gerade bei

uns den Trennungsbestrebungen immer mehr freien Lauf gegeben hat. Ich muß deshalb dringend bitten, es möge die Staatsregierung bei der Behandlung eines so exponierten, so weit entfernten, so gefährdeten Landes das möglichste Entgegenkommen zeigen und auch die Bestrebungen der Selbständigkeit möglichst fördern, insoweit es mit dem Staatsganzen überhaupt vereinbar ist, weil nur auf solche Weise die Zusammengehörigkeit erhalten werden kann.

Nachdem unsere Einrichtungen ja zum großen Teil schon in sich nur provisorisch sind, nachdem dieser provisorische Charakter auch wiederholt ausgesprochen wurde, glaube ich, daß man auch in der Ferne nicht immer jedes Wort eines Gesetzes oder einer Verordnung auf die Goldwaage legen darf, und ich meine, wenn dieser provisorische Charakter auch beachtet wird, wird manche getroffene Verfügung, die draußen mit Recht übel empfunden wurde, vielleicht weniger eingewertet werden.

Ich erlaube mir, um die Berechtigung dieser Gefühle in Tirol zu zeigen, etwas aus einer Erklärung vorzulesen, die aber nicht in Tirol verfaßt worden ist, und es wird in Tirol nur befriedigen und beruhigen, wenn man dort vernimmt, daß man so nahe bei dem Zentrum eigentlich gleichdenkt. In der ersten Sitzung der provisorischen Nationalversammlung in Oberösterreich hat der Abgeordnete Dr. Mayer im Namen der christlich-sozialen Partei eine programmatische Erklärung abgegeben und mich hat es sehr gefreut, dort jene Töne wieder erklingen zu hören, die jetzt so oft aus Tirol herüberschallen. Da heißt es zum Beispiel (*liest*): „Es ist notwendig, daß die bereits angebahnte Entwicklung der Autonomie zu vollkommener kantonaler Selbstverwaltung im bundesstaatlichen Rahmen ausgebaut wird. Wir denken uns die neue Verfassung nach dem Muster der Schweiz und der Vereinigten Staaten und lehnen eine zentralistische Staatsverfassung ab.“

Und weiter unten heißt es (*liest*): „Für den definitiven Staatsbau wollen wir unbedingt den staatlichen Zentralismus ausschließen, der sowohl unter dem absolutistischen als seit 1861 unter dem konstitutionellen Regime des alten Österreich die Länder bedrückt, eine gesunde, kräftige Entwicklung der Selbstverwaltung in den einzelnen Ländern unterbunden und dieselben wirtschaftlich und kulturell oft schwer geschädigt hat. Sogar die christlich-soziale Partei insbesondere die vom Staatsrate angeführte Verschmelzung der bisher landesfürstlichen mit der autonomen Verwaltung in den Ländern, Bezirken und Gemeinden begrüßt, so kann sie sich hieraus einen Nutzen nur dann versprechen, wenn einerseits der Wirkungsbereich der staatlichen Zentralgewalt streng auf jene Angelegenheiten beschränkt wird, welche vom Gesichtspunkte der Staatseinheit, der

Staatsfinanzen oder der wirtschaftlichen und Verkehrsinteressen unbedingt als allen Ländern gemeinsam zu betrachten sind, andererseits den Ländern im übrigen volle Selbständigkeit in Gesetzgebung, Finanzhoheit und Verwaltung gewahrt wird.“

So denkt man in Tirol. Ich glaube nicht, daß man es viel schärfer ausdrücken würde, als es hier in Oberösterreich geschehen ist, das doch sehr wenig weit von der Zentrale entfernt liegt und die Wohltaten der Staatsgewalt viel mehr als wir genießen kann.

Ich muß nun in teilweiser Fortführung dieses Gedankens zu etwas zurückkommen, was sich früher hier ereignet hat. Ich war leider nicht anwesend, weil durch eine Konferenz im Ackerbauministerium verhindert, als der Herr Kollege Abram gewisse Strömungen in Tirol in seiner damaligen Rede behandelt hat. Ich würde es als eine Pflichtverletzung gegen meine Landsleute ansehen, wenn ich nicht diese Gelegenheit benutzen würde, darauf zu antworten, um auch hier einige Worte der Klarstellung zu sagen.

Es sind eigentlich zwei Punkte, die der Herr Abgeordnete Abram herausgegriffen hat, verbunden noch mit einem dritten, der noch immer seinen Spuk treibt. In Tirol hat nämlich, offen gestanden, der Beschluß der Nationalversammlung hinsichtlich der Einverleibung in die deutsche Republik sehr böies Blut gemacht. Und ich begreife das auch. Wenn ich damals nicht durch Krankheit verhindert gewesen wäre, ich hätte mich, ich sage es Ihnen ganz offen, sehr dagegen gewehrt, wahrscheinlich, ich sehe es ein, ohne Erfolg; aber ich hätte es aus tiefster Überzeugung getan. Nun ist das geschehen und das Geschehene kann man nicht ungeschehen machen. In Tirol hat aber das einen sehr üblen Eindruck erweckt, und zwar aus dem Grunde, weil man davon eine Verschlechterung jener Sachlage erwartet, die uns die Rettung des deutschen Südtirol vermitteln könnte. Wir wissen, daß die Entente kommandieren kann und man befürchtet, daß, wenn man sich einfach so dem Deutschen Reiche verschreibt, das geschieht, was schon vorher auch von deutscher Seite angedeutet wurde: man fürchtet, daß dann die Friedenskonferenz den Wünschen der Italiener auf Preisgabe von Deutschsüdtirol — denn sie wollen es haben — nachgeben werde. Sie werden begreifen, daß man in Tirol von diesem Gesichtspunkte aus den damaligen Beschluß sehr bedauern mußte und man darf deshalb den Tirolern keinen Vorwurf machen.

Aber es ist noch etwas anderes. Kollege Abram hat auch die Frage der Republik hineingebracht und so gesprochen, als ob wir keine aufrichtige Eingabe an die Republik hätten. Auch dieses Moment ist von ihm sehr betont worden. Obwohl sich der größere Teil seiner bezüglichen Ausführungen mehr

auf das bezogen hat, was den Anschluß an das Deutsche Reich betrifft, so hat er doch sehr klar auch das andere hervorgehoben und hat hier auch wieder, und dies ist der dritte Punkt, das Gespenst einer monarchistischen Gegenrevolution gewittert; er hat ausdrücklich gesagt, daß diese gegenteilige Stellungnahme zu dem Zwecke erfolge, um die Habsburger-Monarchie wieder aufzurichten.

Meine Herren! Wir müssen einmal mit diesem Märchen endgültig aufräumen. Ich werde nun diese beiden Punkte ganz kurz behandeln, um auch hier Klarheit zu schaffen. Es mag einer über den Anschluß an das Deutsche Reich denken, wie er will, aber man wird es einem nicht übelnehmen, wenn er glaubt, es habe damit solche Eile nicht gehabt. Ich habe früher aus der Erklärung der oberösterreichischen christlichsozialen Partei eine Stelle vorgelesen. Ich greife wieder darauf zurück. Dort heißt es: „Gewiß wird das Land Oberösterreich den Anschluß an größere Wirtschaftsgebiete suchen müssen; aber wir sind der Überzeugung, daß dieser Anschluß leichter durchzuführen ist, wenn er nicht überhastet wird.“ So denkt man auch in Tirol.

Nun zur Beweisführung Abrams. Sie geht vom wirtschaftlichen Bedürfnis aus, und was er dazu gesagt hat, ist an sich ganz richtig, daß nämlich Tirol in wirtschaftlicher Hinsicht eigentlich die Verbindung mit Deutschland braucht, weil es eben dorthin als geht und von dorthin beziehen kann. Nun folgert aber daraus nur, daß wir die Zollgemeinschaft mit dem Deutschen Reich anstreben müssen und das ist ja eine Bestrebung, die nicht erst jetzt aufgetaucht ist; die ganze Idee des sogenannten Mitteleuropas ist eigentlich darauf hinausgegangen, eine wirtschaftliche Einheit mit dem Deutschen Reich bei vollständiger staatlicher Selbständigkeit beider Reiche zu schaffen, und das würde vollauf genügen, um alle jene wirtschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, die der Herr Abgeordnete Abram ins Feld geführt hat, um zu begründen, daß wir die staatliche Einverleibung brauchen.

Meine Herren! Es können Zustände eintreten, daß das Zweite notwendig ist, aber in Tirol glaubt man, daß dies heute noch nicht der Fall ist, und dem stimme auch ich zu; die vermeintlich so schlagende Beweisführung des Herrn Abram hat weit übers Ziel hinausgeschossen und darum nichts bewiesen.

Ich sage darum ganz offen, ich hätte es viel lieber gesehen, wenn man die Stellungnahme hierüber einer anderen, einer späteren Zeit überlassen hätte. Aber nun kommt noch ein Moment hinzu, was in Tirol sehr abgeschreckt hat, nämlich die „Arbeiter-Zeitung“ hat einen ganz anderen Grund angeführt, als der Parteigenosse derselben hier. In der „Arbeiter-Zeitung“ wurde sehr klipp und klar gesagt, die sozialdemokratische Partei habe

den staatlichen Anschluß an Deutschland deshalb gefordert, weil man sich an die sozialistische Republik anschließen wollte, um von den dortigen sozialistischen Kräften die Unterstützung zu finden, weil man in diesem armen agrarischen Deutschösterreich nicht erwarten könne, daß diese Ideen jetzt durchdringen werden. Das hat besonders bei uns Bedenken erregt und man hat gesagt, wenn das so ist, wenn das die Absicht ist, dann wissen wir, welche Stellung wir einzunehmen haben.

Wenn in Tirol eine Stimmung gegen die Einverleibung an das Deutsche Reich in der gegenwärtigen Form ist, so hat die „Arbeiter-Zeitung“ dazu am meisten beigetragen. Dort möge sich Kollege Abram bedanken.

Nun aber noch zur Frage der Republik, denn ich glaube, daß auch dem Herrn Abgeordneten Abram und seinen Parteigenossen die Republik viel mehr am Herzen liegt. Er findet da bei uns eine zwiespältige Haltung. Meine Herren! Ich benutze diese Gelegenheit, jetzt ganz klar unsere Auffassung auszusprechen und da muß ich Ihnen noch sagen, ich spreche hier als Priester, und zwar als einer, der wegen seiner Studien die Berechtigung hat, auch über solche Sachen zu sprechen.

Der Katholik kann ebensoviele Republikaner sein wie Monarchist. Wir haben glücklicherweise vor wenigen Dezennien einen Papst gehabt, der gerade in den Angelegenheiten des öffentlichen Lebens eine Leuchte war, Leo XIII., und der hat es als seinen Beruf erkannt, das gesamte Gebiet des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens in seinen Rundschreiben zu behandeln. Er hat wiederholt diese Frage behandelt und hat ausdrücklich erklärt: Die Kirche lehnt es ab, die eine Staatsform der anderen vorzuziehen, weil sie alle gut sind, wenn sie so sind, daß sie dem allgemeinen Wohl, dem Staatszweck dienen. Wir können also nach den Lehren der Religion ganz ruhig für die Republik eintreten, wie für die Monarchie. Dazu kommt noch etwas: Wenn einmal eine Gewalt Gültigkeit erlangt hat, dann anerkennt der Katholik die religiös-sittliche Verpflichtung, der bestehenden Staatsgewalt zu gehorchen. Ihm ist das eine Unterwerfung unter den göttlichen Willen, und da ist kein Unterschied, ob diese Staatsgewalt in einer Person konzentriert oder ob sie auf die Menge verteilt ist. Es haben eine Reihe von Bischöfen, erst vor wenigen Tagen der Bischof von Linz, ganz offen diesen Standpunkt eingenommen und haben ihre Gläubigen jetzt verpflichtet, der Republik untertan zu sein. Da nun in solchen Dingen auch die Parteien als solche eine Rolle spielen und man nicht ungern der Partei etwas anhängen will, hat die christlich-soziale Partei vor kurzem hier eine Sitzung gehalten und zu der Frage Stellung genommen. Der Satz in ihrem Programm heißt: „Die christlichsoziale



Partei anerkennt die von der Provisorischen Nationalversammlung beschlossene republikanische Staatsform und hält sich für verpflichtet, im Rahmen derselben an dem geordneten Wiederaufbau Deutschösterreichs nach besten Kräften mitzuarbeiten."

Gestatten Sie mir aber, meine Herren, nachdem auch die Tiroler Bresse da herangezogen wurde, Ihnen einige vielleicht überraschende Sätze aus dieser Bresse zur Kenntnis zu bringen. In dem christlichsozialen Tagblatt „Allgemeiner Tiroler Anzeiger“ ist erst vor wenigen Tagen ein Artikel erschienen mit der Überschrift: „Monarchie oder Republik“. In diesem Artikel heißt es (*liest*):

„Wir halten es für nötig, über die Frage „Monarchie oder Republik“ einmal ein offenes, ein ganz offenes Wort zu sprechen und an die Spitze die Erkenntnis zu stellen, daß es eine solche Frage überhaupt nicht mehr gibt. Das führende Organ der Sozialdemokratie in Österreich klagt zwar, Deutschösterreich sei eine Republik ohne Republikaner, aber nicht minder wahr ist, daß es hierzulande gewiß noch Monarchisten gibt, aber Monarchisten ohne Monarchie. Denn die Monarchie ist tot, mausetot und ob wir die Monarchie erschonen oder verabscheuen: zum Leben kann sie nicht wieder erweckt werden.“

Dann wird begründet, warum man so sprechen kann, und es heißt weiter (*liest*):

„Wer sich somit heute zur Republik bekennt, tut damit im Grunde nichts anderes, als eine gegebene Tatsache hinnehmen. Auch wenn ihm vielleicht die ursprüngliche Begeisterung für die Republik mangelt, ist darum sein Bekenntnis zu ihr nicht minder aufrichtig und frei von Hintergedanken. Denn die Ereignisse haben uns die Qual der Wahl abgenommen und die Verdächtigung, der oder jener strebe zurück zur Monarchie, ist nichts anderes als ein untaugliches Requisite des politischen Kampfes.“

Und dann noch ganz kurz ein Satz (*liest*):

„Die republikanische Staatsform verbürgt uns an sich weder die Freiheit noch die Gleichheit und Brüderlichkeit, wenn wir nicht die Krankheit unseres öffentlichen Lebens von der Wurzel aus heilen. Wir waren beherrscht von Unklarheit und Unehrllichkeit. Der Zweifel verdrängte uns die Freude am gemeinsamen Wirken. Feuer und Hingabe wurden belächelt, kleinlicher Eigennutz triumphierte. Die Republik wird sich nur dann bewahren, wenn wir uns bewahren. Die Republik sind wir. Auch die Monarchie hätten wir sein können, und wir waren sie auch, und darum ist sie so kläglich zusammengebrochen. Wir wollen uns bessern.“

Da ist der Nagel auf den Kopf getroffen. Wenn man die Republik erhalten will, dann müssen wir alle aufrichtig Demokraten sein, aber auf-

richtig, dann darf es aber auch nicht die Herrschaft einer Klasse über die andere geben. Es ist ganz gleich, ob eine Person die Menge beherrscht oder ob eine Klasse die anderen beherrscht. Im Gegenteil, die Klassenherrschaft ist viel mehr gegen die Freiheit als die Herrschaft einer Person, die Herrschaft des Monarchen im konstitutionellen Staat. Und diesen Punkt hat wiederum die Erklärung berührt, die die christlichsoziale Partei in Oberösterreich abgegeben hat. „Eine demokratische, oder was im Grunde genommen dasselbe ist, eine soziale Republik, die alle Stände gleichberechtigt anerkennt und über dem Wohle aller und der Allgemeinheit mit unparteilicher Sorgfalt wacht, die findet unsere Zustimmung und kann auf unsere kräftige Mitwirkung zählen. Jede Staatsform aber, die die Herrschaft einer einzelnen Klasse im Staat proklamiert und zum Ausdruck bringt, die weisen wir zurück. Das ist auch der Tiroler-, das ist der Standpunkt unserer Partei. Es soll der einzelne Berufsstand sich selbst verwalten, es soll mit der Selbstverwaltung wirklich ernst werden, dann wird die Republik bestehen. Dann werden Sie an uns die eifrigsten Förderer der Republik haben.“

Sehr geehrte Herren! Ich bin nun am Schlusse meiner Ausführungen. Ich komme auf den ersten Gedanken zurück: Wir sind ein Volk in Not, aber wir dürfen nicht verzweifeln, wenn uns auch gestern Berichte gebracht worden sind, die uns, fast möchte ich sagen, jede Hoffnung nehmen könnten. Wir haben auch früher wiederholt uns von einer Woche auf die andere hinübergerettet, vielleicht wird es auch hier gelten: Wo die Not am größten, ist Gottes Hilfe am nächsten.

Hoffen wir, daß wir nicht ganz verlassen werden. Aber wir müssen auch das Unrige tun und insbesondere müssen wir trachten, in gemeinsamer Arbeit alle unsere geistigen und materiellen Kräfte und insbesondere auch alle unseren produktiven Kräfte, die wir in uns selbst und in unserem Boden haben, zusammenwirken zu lassen, um dann ein neues Gebilde aufzuführen, wenn wir über diese Not der Zeit, die noch über uns kommen wird, hinweggekommen sind. Denn zugrunde gehen wir nicht! Wir werden vielleicht noch viel Schweres aushalten, es wird vielleicht noch manches Unglück gesteigert werden, aber dadurch geläutert, sind wir dann doch in der Lage, durch gemeinsame Arbeit, durch Hingabe an unser Vaterland und durch das Aufgebot aller Kräfte ein Neugebäude zu schaffen, das dann dauerhafter und für die Inassen befriedigender sein wird als dasjenige, das über unseren Häuptern zerstört worden ist. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Abram.

Abgeordneter **Abram**: Meine Herren! Ich kam mit dem Erfolge meiner Rede vor 14 Tagen zufrieden sein. In der Presse der christlichsozialen Partei ist allmählich der gehässige Ton gegen die Republik im Abflauen und hat sich nur mehr in einzelnen Organen erhalten. Mein Vorredner und Landmann aus Tirol hat jetzt erklärt, daß er als katholischer Priester, als katholischer Politiker und Führer der christlichsozialen Partei in Tirol sich ebenfalls zur Republik bekennt. Diese Klarstellung ist sehr angenehm.

Nun hat mein Vorredner gemeint, das, was ich für den Anschluß Deutschösterreichs mit besonderer Berücksichtigung Tirols an Deutschland gesagt habe, sei wirtschaftlich richtig, aber die „Arbeiterzeitung“ hätte mehr verraten: Nicht allein wirtschaftlich freuen wir uns, zu Deutschland zu kommen, sondern in Deutschland sei die soziale Republik und dieser Gedanke, daß wir deswegen zu Deutschland wollen, hätte in Tirol verschmüpft. Nun, die Verschmüpfung ist nur bei einem geringen Teil der Menschen, bei denen, die die Zustände aufrechterhalten wollen, daß wir heute noch 268 Notzuschullehrer haben, die keine eigene Vorbildung für ihren Lehrerberuf haben. Nur jener Teil ist nicht für den Anschluß an Deutschland, der noch Volksschulklassen mit 80 und mehr Kindern haben will. Der größte Teil der städtischen, aber auch ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung ist nicht allein aus wirtschaftlichen, sondern gerade aus kulturellen Gründen sehr erfreut, wenn wir nach Ordnung unserer Angelegenheiten als deutschösterreichischer Staat zu Deutschland kommen, weil wir als Nachbarn der Bayern hoffen dürfen, daß, wenn wir eng verbunden sind, dann auch in unserem eigenen Lande Volksschullehrer wirken werden, die eine höhere Vorbildung haben, und weil wir hoffen dürfen, daß auch unseren Landeskindern die Bildungsstätten in dem nahegelegenen München offen stehen. Wir begrüßen also aus kulturellen Gründen den Anschluß an Deutschland und wenn ich sage, wir begrüßen ihn, so kann ich sagen, es sind Hunderttausende von Leuten, die diesen Anschluß begrüßen.

Wenige Worte zu dem Kampfe Zentralismus—Separatismus, der in Wien übermäßig viel Beachtung gefunden hat. Was darüber in Tirol geschrieben worden ist, darüber habe ich mich vergangene Woche daheim informiert. Ehe ich den Anschluß Deutschösterreichs und Tirols an Deutschland begrüßte, schrieb eine Zeitung einen Artikel: Wir sind allein zu klein, wer weiß, wie es mit Deutschösterreich ist, schließen wir uns an Bayern an. Der leitende Gedanke des Mannes war: Wir haben in Bayern die Erdäpfel so nahe, wer weiß, ob die böhmischen noch herbeikommen. (Heiterkeit.)

Darauf hat ein anderer aus der Schweiz angeblich einen Tip erhalten, daß man von dort etwas Reis, Teigwaren und etwas Mehl bekäme, wenn man sich nicht so vorlaut zu Deutschland hält. In dem gleichen Blatt stand zwei Tage später: Es ist noch nicht entschieden, ob der Anschluß an Bayern für Tirol günstig ist; wir wollen uns das selbständig vorbehalten. Der Schreiber dieses Artikels spekulierte auf 10 Waggons Reis und 80 Waggons Mehl. (Heiterkeit.) Es ist sehr natürlich, daß nach einem solchen Zusammenbruch des Staates und der Landtage eine ganz neue Körperschaft, zum Teil von Leuten, die sich nie mit Politik beschäftigt haben, die tollsten Einfälle bezüglich der auswärtigen Politik hatte und daß man nach Stimmungen schrieb. Die Stimmungen und Artikel aus Tiroler Blättern wurden nun gegen den Staat Deutschösterreich ausgebeutet. Sie sind aber, wie Sie sehen, aus sehr flüchtigen Erwägungen der Artikelschreiber entstanden.

Nun, besteht noch die Auffassung, wie mein Herr Vorredner sagte, es sei nicht gut gewesen, daß wir vorschnell erklärten, wir wollten im Rahmen von Deutschösterreich zu Deutschland, weil etwa Deutschsüdtirol dadurch bedroht werden könnte, weil einzelne Leute im Lande der Meinung sind, wenn sie eine selbständige auswärtige Politik betreiben, so sei die Garantie höher, Deutschsüdtirol für Deutschösterreich zu erhalten. Das Umgekehrte ist richtig. Man wird dem großen deutschen Körper Deutschsüdtirol, man wird ihm auch Deutschböhmen nicht vorzuenthalten können. Das ist auch die Auffassung von vielen Tausenden in Tirol. Wenn also Herr Professor Schoepfer für sich und für seine Leute eine andere Meinung hat, so mag er sie als seine Parteimeinung bezeichnen, aber alle Tiroler sind nicht dieser Auffassung. Alles, was in den Städten lebt, ist zur übergroßen Mehrheit der Auffassung, die Deutschen Südtirols werden nur gerettet werden können, wenn sie zum großen Körper des gesamten deutschen Volkes gehören. Wegen der vorgeschrittenen Zeit beschränke ich mich auf diese Darlegungen und glaube damit auch jenen Pressevertretern, die einen unausgesetzt fragen, was in Tirol los sei, einige Orientierung gegeben zu haben.

Eines muß ich aber noch sagen. Wenn scheinbar in Tirol gegen den Zentralismus heute eine Opposition besteht, so ist diese Opposition etwas vorschnell. Meine verehrlichen Landsleute aus Tirol, sofern sie seit Jahrzehnten als Politiker auf der anderen Seite des Hauses Bänke einnehmen, haben gegen den Zentralismus in der alten Monarchie nie recht aufgewettert. Das Land wurde stiefmütterlich behandelt, wie man sich kaum eine stiefmütterlichere Behandlung in der Monarchie hat denken können, aber den herrschenden Politikern boten sich einige Vorteile in der Monarchie: Jähr-

Ich sechs kaiserliche Räte, einen Regierungsrat, so zwischen hinein, einen Hofratsrat, wenn es besonders schwer ging, die Tiroler zum Beispiel zu großen Opfern bei den Militärstrafen in den Dolomitengebieten zu veranlassen, dann einen „Herr von“-Titel; die alten Konservativen, sie waren immer ein bißchen widerhaarigere Menschen im Leben, verlangten auch einen Barontitel. Und dann ging der Karren, dann zogen sie wie Pingaugauer Gänse für den österreichischen Zentralismus (*Heckerlei*) und waren sehr zufrieden dabei. Es ging auch leichter früher. Es wurde dem Publikum gesagt, Gott gab die Führer und es ist jetzt gut, wenn ihr anderen schweigt. Heute ist die Bevölkerung widerhaariger, die ist nach diesen großen Opfern nicht mehr so geneigt, umsonst dem Staate zu dienen. Regierungsratsrat, Hofratsrat, „Herr von“-Titel, Barontitel hat die Republik nicht mehr zu vergeben. Aber ich glaube, die Republik Deutschösterreich wird sich redlich bemühen, die Interessen Deutschtirols besser zu beachten als es in der alten Monarchie unter der Freundschaft der alten Politiker zum alten Staate möglich war. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

**Präsident Dr. Dinghofer:** Zum Worte hat sich der Herr Staatskanzler gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

**Staatskanzler Dr. Renner:** Hohes Haus! Es ist beinahe ein Attentat, in dieser späten Stunde von diesem Plage noch ein Wort zu sprechen. Ich glaube aber, es ist notwendig. Denn es war ein sehr beklagenswerter Zustand im alten Hause, daß die Parteireden, die ja naturgemäß einander widersprechen und deshalb das öffentliche Bewußtsein nicht nur nicht klärende, sondern auch verwirrende Reden sein mußten, nicht wenigstens jederzeit zusammengefaßt wurden in dem einen Punkte, der doch allen gemeinsam war und auf den es ankam. Wahrscheinlich war der Grund für diese Unterlassung der, daß die Manuskripte in den betreffenden Zentralstellen nicht rechtzeitig fertig geworden sind, um dann auch wirkungsvoll noch verlesen werden zu können. Es tut aber not, daß eine Debatte von diesem Gewicht, wie die heutige, in einigen Punkten berichtigt und zu einem Gesamtbild zusammengeschlossen werde.

Ich gesthe zu, daß ich finde, daß wir auf dem Wege zur selbsttätigen Verarbeitung des neuen Staatsgedankens noch immer nicht so weit fortgeschritten sind, als wir es sein sollten. Es fällt jedem von uns schwer, immer mit dem Aspekt auf das Ganze des Staates zu reden und mit dem Ausblick auf die ganze auswärtige Welt, die uns umgibt. Wir können uns sehr schwer hinaufarbeiten

in einen neuen Zustand, in dem wir, jede Partei und das Haus im ganzen, die volle Verantwortung für einen Staat tragen. Und so kommt es, daß manche Ausführung vielleicht — Sie verzeihen schon die Kritik, die ich hier übe — nicht ganz angemessen war der Stunde, in der wir stehen, der schwereren Zeit, die wir durchleben, und der Not, die unser Land und unser Volk zu erleiden hat. (*Sehr richtig!*)

Ich danke jedenfalls den Herren Abgeordneten Schürff und Hoß dafür, daß sie den Gedanken der Koalition, der uns ja zur Stunde noch trägt, hervorgehoben und uns gezeigt haben, daß selbstverständlich gegen ein Regime der Koalition jede Partei Einwendungen hat, weil jede Partei die Koalition nur aufrechterhalten konnte unter Partienstellung wesentlicher Forderungen. (*Abgeordneter Hummer: Es ist ja keine Koalition, es ist ja nach Seitz nur ein Zusammenschluß!*) Ein kurzer, ein sehr kurzer Zusammenschluß. Ich glaube, er hat Ihre volle Billigung, wenn er ein unnütziges Fremdwort ausschließt, und ich empfinde sehr lebhaft den verfluchten Tadel, den Sie damit gegen mich gerichtet haben.

Es ist also ein Zusammenschluß für den Augenblick und es muß die Kritik dabei Zurückhaltung üben, insbesondere da es jetzt im Augenblicke gilt, einiges Wichtige, Positive zu schaffen und das die Hauptsache ist.

Daß eine Koalition nicht alle Wünsche befriedigt, zeigt sich auch bei der Anstellung und Verwendung von Beamten. Es ist zum Beispiel dem Staatssekretär für Außeres vorgeworfen worden, daß er den Baron Eichhoff verwende, der als Reaktionär bekannt ist. (*Abgeordneter Freiherr v. Pantz: Das ist auch etwas grotesk!*) Ich halte diese Kritik zusammen mit anderen Kritiken an demselben auswärtigen Aute, daß es Juden verwende. Ich glaube, die beiden Kritiken werden sich gegenseitig ausgleichen. Es ist selbstverständlich, daß das Koalitionsregime verschiedene Elemente verwenden muß. Der spricht aber für den Beamten seine außerordentliche Tüchtigkeit; die kann ich bezeugen, denn ich habe ihn zunächst im legislativen Departement verwendet und habe gesehen, welche außerordentliche Arbeitskraft er ist. Die Lenkung der Arbeitskraft zu einem bestimmten Ziel, das ist Sache der Verantwortung des Staatssekretärs und ich glaube, der Staatssekretär des Außeren wird nicht dem Verdacht unterliegen, zu reaktionärer Gesinnung zu sein oder etwa nicht die Kraft zu haben, die ihm unterstellten Beamten in seinem Sinne zu verwenden. Ich glaube, Sie können sich dabei auf ihn verlassen. (*Abgeordneter Teufel: Es gibt aber andere tüchtige Beamte auch!*) Es ist nicht so, daß uns eine allzu große Zahl tüchtiger

Beamter zu Gebote stünde, an Überfluß leiden wir da sicherlich nicht.

Die Rede des Herrn Abgeordneten Tenfel verstehe ich im wesentlichen so: Was daran parteipolitisch, fraktionspolitisch ist, das stelle ich zurück; aber ich höre aus diesen starken und leidenschaftlichen Worten zunächst den Ausschrei der Empörung der Deutschen, welche heute Unrecht leiden (*Sehr richtig!*), dann das Zeugnis dafür, daß unter deutsches Volk auch im Unglück sein Selbstbewußtsein nicht verlieren wird, und soweit stimmt die große Mehrheit mit in die Rede ein, was den Wunsch betrifft, was das Gefühl des Unrechtes betrifft, das uns geschieht. Es ist nicht nur ein Unrecht schlechtweg, es ist buchstäblich ein blutiges Unrecht, das den Deutschen geschieht (*Sehr richtig!*) und wir haben alle Ursache dazu, vor aller Welt zu erklären, daß wir das Unrecht empfinden und dieses Unrecht, wenn wir es über uns ergehen lassen müssen, niemals in der Knechtsgefinnung dessen hinnehmen, der sich wider Recht und Billigkeit schlagen läßt, sondern daß wir, wenn wir auch so ohnmächtig sind, wie wir es sind, doch unser Recht fordern und auf unser Recht nie verzichten werden. (*Lebhafter Beifall.*) Darin also sind wir mit ihm völlig einig. Nicht einig freilich sind wir in der Schätzung unserer Mittel und wenn er nach einer starken Wehrmacht gerufen hat, so teilen wir in dem Sinne, wie er es ausgesprochen hat, um unsere eigenen Heimstätten zu verteidigen und zu beschützen, diesen seinen Wunsch, aber ich beklage nicht nur, daß wir sie nicht haben, ich beklage noch mehr, daß wir, wenn wir sie hätten, sie auf der gegebenen Rechtslage kaum benützen könnten.

Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Schoepfer hat mit Recht gesagt, wir müssen das Recht des Stärkeren, die Macht über uns ergehen lassen, wir müssen einen Leidenskelch trinken. Und das gilt ja besonders für das Land, das er vertritt, für das Land, für das schon mein Freund, der Staatssekretär des Außern, so warme Worte gefunden hat, daß ich kaum mehr sagen könnte, das Land, das immer ein Süwiel unter allen deutschen Ländern Europas sein wird. Ich hoffe aber mit ihm, daß dieser Leidenskelch, den die Deutschen, den das deutsche Volk in Europa überhaupt jetzt zu leeren hat, eine reinigende, eine heilende und eine stärkende Kraft haben wird. Man hat von unserer Partei gesagt, wir wachsen durch Niederlagen und wir haben das als Partei oft bekräftigt, verzeihen Sie, daß ich diese Erinnerung hier einflachte. Ich glaube, die deutsche Nation in Europa wird wachsen durch diese Niederlage, sie wird abschütteln das, was an ihr alt und morsch war, abschütteln das, was an ihr unrecht, was an ihr eine Herausforderung der anderen Völker war. Die deutsche Nation wird wieder werden, im reineren Sinn, das Volk der Dichter und Denker,

das es war, aber nicht nur das, auch das Volk der praktischen Schöpfer und Mitschöpfer einer neuen Ordnung der Welt. Und wenn heute in der ganzen Welt das Wort Wilsons vom Völkerbund und der Freiheit und Gleichheit aller Völker einen guten Klang hat, ist es uns in dieser Stunde unserer Demütigung gestattet, daran zu erinnern, daß diesen Bund der Völker in Freiheit und Gleichheit, den Bund des Friedens im Geiste vorausgeschaut hat unser Immanuel Kant. (*Lebhafter Beifall.*)

Meine Herren! Ich knüpfe noch an an die Worte des Herrn Abgeordneten Schoepfer, der davon gesprochen hat, daß die Motive so angefochten werden, warum man nach Deutschland hinaus will, warum wir den Anschluß an Deutschland vollzogen haben. Der eine glaubt, daß die Sozialisten hinüberstreben, weil dort der Sozialismus mächtig sei — das kann sein; der andere glaubt, daß der, dessen Gesinnung in erster Linie von dem kirchlichen Glauben beherrscht ist, hinüberstrebe, weil das Zentrum draußen eine starke Macht sei — das kann sein; aber der Wege sind so viele wie der Motive. Ein Motiv aber beherrscht uns alle, nicht, daß wir hinausstreben aus diesem oder jenem Grund, sondern wir gehören hinaus einfach kraft der Tatsache, daß wir Deutsche sind (*lebhafter Beifall*), aus diesem einfachen Grunde, der uns alle einigt und uns zusammenfaßt. Und das Bewußtsein dieser Einheit ist so mächtig und so unwiderstehlich geworden, daß man uns zwar durch feindliche Macht oder durch die Macht unverständiger Schiedsrichter wieder Grenzpfähle auf Zeit setzen kann, aber die Grenzpfähle, die man in die Erde einschlägt, kann man aus der Erde herausreißen, die Blutgemeinschaft aber überdauert die Jahrhunderte. Es ist ganz vergebens, für jedermann ganz vergebens, uns fürdergeistig zu trennen. Die Macht haben die andern, mögen sie davon auch einen klugen Gebrauch machen.

Ich glaube also, meine Herren, wenn auch unsere Meinungen im einzelnen sehr auseinandergehen — und sie gehen viel weiter auseinander, als es heute in der Debatte erschienen ist, und es ist gut so, daß sie auseinandergehen, denn gerade in dem lebhaften Widerstreit aller Meinungen wird erst die Wahrheit kund, erst aus dem Widerstreit der politischen Kräfte wird ein Volk kräftig und geistig erleuchtet und klar in seinem Willen — wenn unsere Meinungen also auch noch weiter auseinandergehen, als es heute kund geworden ist, so glaube ich doch mit Recht darauf hingewiesen zu haben, daß uns vieles einigt und vor allem in dieser Stunde einigt: Wir wollen unser Volk herausführen aus der furchtbaren Niederlage, aus der furchtbaren Katastrophe und wir wollen die Republik, die wir begründet haben, heil erhalten und die Freiheit

unseres Volkes sichern für alle kommenden Geschlechter.  
(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Dinghofer: Ich bitte, meine Herren, die Plätze einzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung über die Entschlüsse, die vom Herrn Nationalrat Dr. Schürff beantragt wurden. Es sind drei.

Die erste Entschlußung sagt (liest):

„Die provisorische Nationalversammlung nimmt die Berichte der Staatssekretäre zur Kenntnis und anerkennt den durch die unermüdbliche Arbeit des Staatsrates erreichten geregelteren und gesicherten Gang der staatlichen Umbildung.“

Wer für diese Entschlußung ist, bitte ich, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Gegen die zweite und dritte Entschlußung hat sich keinerlei Widerspruch erhoben, insolgedessen nehme ich an, daß wir über beide zu gleicher Zeit abstimmen können. Wollen die Herren, daß ich die Entschlußung vorlese? (Rufe: Nein!) Dann bitte ich jene Herren, welche dafür sind, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Wir kommen nun zum zweiten Punkt der Tagesordnung, das ist zum Berichte des Verfassungsausschusses über den Antrag des Staatsrates, betreffend das Gesetz über das deutschösterreichische Staatsbürgerrecht. (69 der Beilagen.)

Dem Verfassungsausschusse wurde in der gestrigen Sitzung zur Berichterstattung über das Gesetz eine 24stündige Frist gesetzt. Ein schriftlicher Bericht liegt nicht vor. Es wurde der Ausschufsantrag in Druck gelegt und verteilt und ich bitte den Herrn Berichterstatter Dr. Schacherl, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. Schacherl: Meine Herren! Der Verfassungsausschuß hat den Auftrag erfüllt, der ihm gestern gegeben wurde, er hat das Gesetz neuerdings beraten und einstimmig beschlossen, den Zusatz, der in der Sitzung vom 27. November durch eine Zufallsmehrheit beschlossen wurde, nicht aufzunehmen. Dieser Zusatz besagte, daß auch diejenigen Personen, welche zur Zeit der Kundmachung des Gesetzes in einer Gemeinde der deutschösterreichischen Republik heimatberechtigt sind, ein Bekenntnis zur deutschen Nation ablegen müssen. Die Gründe, weshalb der Ausschuß sich diesem Antrage nicht angeschlossen hat, habe ich bereits in meinem Schlufworte in der Sitzung vom 27. November dargelegt. Ich will ganz kurz darauf verweisen, daß ein solches Bekenntnis erstens vollständig wertlos wäre und zweitens, daß es in der jetzigen Zeit unmöglich ist, etwa vier bis fünf Millionen Menschen,

die in einer deutschösterreichischen Gemeinde heimatberechtigt sind, zu veranlassen, erst ein Bekenntnis abzulegen. Es wäre grotesk, Hunderttausende von Tiroler Bauern, deren Urbäter Deutsche gewesen sind, erst aufzufordern, ein Bekenntnis zur deutschen Nation abzulegen. Hunderttausende, die sich nicht melden würden, würden auch in die Gefahr kommen, heimatlos zu bleiben, so daß wir einen Staat ohne Staatsbürger hätten. Das wichtigste Argument aber, das gegen diesen Zusatzantrag zu sagen ist, liegt darin, daß in einem solchen Beschluß eine große Gefahr gerade für die Deutschen außerhalb der deutschösterreichischen Gemeinden gelegen wäre, zum Beispiel für die Deutschen in Prag, Brunn usw. Es würden nämlich die anderen Nationalstaaten denselben Beschluß fassen und wir würden dadurch gerade diese Deutschen in jenen Orten zwingen, entweder ihre Nation abzuschwören oder aber in dem betreffenden Staate, in den sie verschlagen sind, Ausländer und damit rechtlos zu werden.

Aus allen diesen Gründen hat es sich herausgestellt, daß der Antrag, der hier am 27. November gestellt und angenommen wurde, einerseits eigentlich nutzlos wäre, andererseits geradezu verhängnisvoll in seinen Konsequenzen für die Deutschen in der Diaspora.

Diese Gründe wurden vorgebracht in Anwesenheit des Herrn Abgeordneten Kemetter, der jenen Antrag in der vorigen Sitzung gestellt hatte; er hat sich selbst davon überzeugen lassen und hat seinen Antrag nicht erneuert. Dazu, daß der Antrag gestellt und angenommen wurde, hat nebst anderen Motiven auch die Furcht mitgewirkt, daß der deutsche Charakter des neuen Staates bedroht werden könnte; der Verfassungsausschuß war deshalb der Meinung, daß nach dieser Richtung hin Sicherungsgesetze notwendig sind, so zum Beispiel die Festsetzung der deutschen Staatsprache.

Was den vorliegenden Entwurf betrifft, so ist in demselben gegenüber dem ersten Entwurf, der am 27. November vorgelegen ist, nur eine stilistische Änderung vorgenommen worden. Im zweiten Absatz der §§ 1 und 2 wurde für den Fall, daß jemand, der zwar in einer deutschösterreichischen Gemeinde zuständig ist, sich aber zu einem anderen Staate bekennen will, eine bestimmte Frist, und zwar bis zum 30. Juli 1919, festgesetzt. Jetzt kann jeder, der nach Wien zuständig ist, aber sich als Tscheche oder Südslawe fühlt, sich die Sache überlegen, es können vielleicht Kriegsgefangene zurückkehren, denen ebenfalls diese Überlegungsfrist gewährt wird. Aber später wird es nicht angehen, sich den Pflichten des Staates zu entziehen.

Im übrigen ist das Gesetz nicht geändert worden und ich stelle den Antrag, es möge die Nationalversammlung den Gesetzentwurf in der nun vorliegenden Form annehmen.

**Präsident Dr. Dinghofer:** Mit Zustimmung des Hauses werde ich die General- und Spezialdebatte unter einem durchführen. (Zustimmung.) Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall.

Hat der Herr Berichterstatter etwas zu sagen? (Nach einer Pause.) Es ist auch nicht der Fall und wir kommen daher zur Abstimmung. Nachdem kein Widerspruch erhoben worden ist, werde ich über das ganze Gesetz, und zwar über die §§ 1 bis 8 und über Titel und Eingang des Gesetzes sowie über den gesamten Antrag des Verfassungsausschusses, wie er im gedruckten Bericht vorliegt, abstimmen lassen.

Ich bitte diejenigen Herren, welche dafür sind, sich zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

**Berichterstatter Dr. Schacherl:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident Dr. Dinghofer:** Der Herr Berichterstatter er beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich bitte jene Herren, welche mit der sofortigen Vornahme der dritten Lesung einverstanden sind, sich zu erheben. (Geschlecht.) Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche nun jene Herren, welche das Gesetz auch in dritter Lesung und den Antrag des Verfassungsausschusses annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Das Gesetz über das deutschösterreichische Staatsbürgerrecht ist auch in dritter Lesung angenommen (gleichlautend mit 69 der Beilagen) und damit der Antrag des Verfassungsausschusses, beziehungsweise das Gesetz, betreffend das deutschösterreichische Staatsbürgerrecht erledigt.

Der dritte Punkt der Tagesordnung ist die dritte Lesung des Gesetzes über die Kontrolle der Staatsschuld Deutschösterreichs.

Ich lade den Herrn Berichterstatter Abgeordneten Kraft ein, wenn es notwendig ist, die in der zweiten Lesung beschlossenen Änderungen der hohen Versammlung zur Kenntnis zu bringen.

**Berichterstatter Kraft:** Es wurden zwei Änderungen beantragt, die eine betrifft die Aufnahme der Finanz- und Verwaltungsschulden und die zweite erfolgte durch die Annahme des Antrages Renntensfel, daß über alle Schulden Urkunden errichtet werden sollen. Ich bitte, diese Anträge anzunehmen und das Gesetz in dritter Lesung zu genehmigen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche dem in der Sitzung vom 27. November in zweiter Lesung genehmigten Gesetze ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschlecht.)

Das Gesetz über die Kontrolle der Staatsschuld Deutschösterreichs ist auch in dritter Lesung angenommen und somit dieser Gegenstand erledigt.

Wir gelangen nun zum vierten Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Justizauschusses über das Gesetz, betreffend die Vereinfachung der Strafrechtspflege (Strafprozessnovelle vom Jahre 1918) (59 der Beilagen). Berichterstatter über diese Vorlage ist der Herr Abgeordnete Dr. Neumann-Walter. Ich ersuche denselben, die Verhandlung einzuleiten.

**Berichterstatter Dr. Neumann-Walter:** Hohe Nationalversammlung! Wenngleich es sich um ein wichtiges Gesetz handelt, werde ich mich mit Rücksicht auf die vorgerrückte Stunde der größtmöglichen Kürze befleißigen. Der Gesetzentwurf enthält elf Gesichtspunkte, welche die Strafrechtspflege nach Möglichkeit vereinfachen sollen. Die einzelnen Bestimmungen sind durchwegs geeignet, die Güte der Strafrechtspflege zu erhöhen. Ich beschränke mich darauf, die Annahme des Gesetzes zu empfehlen, zumal ich voraussetze, daß durch die verschiedenen früheren Berichte und die vielfachen Erörterungen, welche der Gegenstand in der Publizistik gefunden hat, die Einzelheiten bekannt sind. Der Justizauschuss hat nur eine einzige kleine Änderung gegenüber der Staatsratsvorlage beantragt, nämlich, daß statt der Worte „mit Ablauf des zweiten Kalenderjahres nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges“ eine präzisere Zeitbestimmung festgesetzt wird, nämlich „mit Ablauf des Jahres 1921“. Ich bitte deshalb, den Gesetzentwurf mit dieser kurzen Änderung zum Beschlusse zu erheben.

**Präsident Dr. Dinghofer:** Mit Zustimmung der hohen Versammlung werde ich die Generaldebatte und die Spezialdebatte unter einem durchführen. (Zustimmung.) Wünscht jemand dazu das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Wünscht der Herr Berichterstatter noch etwas zu sagen? (Berichterstatter Dr. Neumann-Walter: Nein!)

Wir kommen somit zur Abstimmung. Es wurde gegen den Gesetzentwurf, wie er von Seiten des Justizauschusses beantragt wurde, keine Einwendung erhoben. Ich werde daher über das ganze Gesetz unter einem abstimmen lassen, und zwar über Artikel I bis einschließlich Artikel VII und Titel und Eingang des Gesetzes. Ich bitte diejenigen Herren, welche das Gesetz sowie Titel und Eingang

desselben annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)*

Damit ist das Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

**Berichterstatter Dr. Neumann-Walter:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident Dr. Dinghofer:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit der sofortigen Vornahme der dritten Lesung einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Der Antrag auf sofortige Vornahme der dritten Lesung ist mit der notwendigen Zweidrittelmajorität angenommen.

Ich bitte nun diejenigen Herren, welche dem Gesetz auch in dritter Lesung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)*

Das Gesetz über die Vereinfachung der Strafrechtspflege (Strafprozeßnovelle vom Jahre 1918) ist auch in dritter Lesung *(gleichlautend mit 59 der Beilagen)* angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen nun zum fünften Punkte der Tagesordnung, das ist der Bericht des Justizauschusses über das Gesetz, womit mehrere Bestimmungen des Militärstrafgesetzes abgeändert und ergänzt werden *(Militärstrafgesetznovelle vom Jahre 1918) (67 der Beilagen)*.

Hierzu habe ich folgendes zu bemerken:

Anlässlich der Beratung über diese Vorlage ist der Justizauschuss auf den Entwurf eines Gesetzes, womit mehrere Bestimmungen des Strafgesetzes abgeändert werden *(Strafgesetznovelle vom Jahre 1918) (70 der Beilagen)*, eingegangen, da dieses letztere Gesetz die notwendige Voransetzung der Militärstrafgesetznovelle bildet.

Aus diesem Grunde schlage ich gemäß §§ 36 und 41 der Geschäftsordnung vor, den bereits gedruckt vorliegenden Bericht des Justizauschusses auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen und unter Wegnahme von der 24stündigen Frist der Auflegung sofort in Verhandlung zu nehmen und erst nach seiner Erledigung in die Beratung der Militärstrafgesetznovelle einzutreten.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche meinem Vorschlage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)*

Mein Vorschlag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit genehmigt.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Neumann-Walter.

Ich ersuche denselben, die Verhandlung einzuleiten.

**Berichterstatter Dr. Neumann-Walter:** Es handelt sich darum, die Wertbestimmungen, welche die Leg. Osner für die Strafqualifikationen gesetzt hat, wesentlich zu erhöhen, nachdem insbesondere in der Kriegszeit eine weitere Minderung der Kaufkraft des Geldes eingetreten ist und ein Delikt, welches vor einiger Zeit noch eine Übertretung gebildet hätte, dadurch zum Verbrechen werden müßte, daß der delikte Gegenstand jetzt einen wesentlich höheren Wert hat. Das ist der Hauptbeweggrund für die Bestimmungen, welche in diesem Gesetze enthalten sind und die ja, nachdem schon im ehemaligen österreichischen Abgeordnetenhaus dieser Gegenstand erörtert worden ist, auch vielfach in Fachschriften besprochen worden sind, so daß ich von Details absehen kann.

Es sind auch sonstige Reformen im Gesetzentwurf enthalten, zum Beispiel, daß suppletorisch die Arreststrafe für eine Geldstrafe nicht mehr an einen bestimmten Betrag gebunden ist, und dergleichen. Da es zweifellos ist, daß diese Reformen durchaus human und fortschrittlich sind, stelle ich den Antrag, den Gesetzentwurf in der vom Justizauschuss vorge schlagenen Fassung, der den Beschlüssen des Justizauschusses im Abgeordnetenhaus entspricht, nur kleine Verbesserungen enthält, die aus dem schriftlichen Berichte zu ersehen sind, zum Gesetze zu erheben.

**Präsident Dr. Dinghofer:** Wenn keine Einwendung erhoben wird — *(Nach einer Pause:)* und dies ist nicht der Fall — so werde ich die General- und Spezialdebatte unter einem durchführen.

Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Haben Herr Berichterstatter noch etwas zu bemerken?

**Berichterstatter Dr. Neumann-Walter:** Nein.

**Präsident Dr. Dinghofer:** Nachdem dies nicht der Fall ist, kommen wir daher zur Abstimmung.

Es wurde kein Widerspruch gegen den Gesetzentwurf erhoben, infolgedessen werde ich über das ganze Gesetz unter einem abstimmen lassen, und zwar über die Artikel I bis einschließlich IV und über Titel und Eingang des Gesetzes.

Ich bitte diejenigen Herren, welche die Artikel I bis einschließlich IV sowie Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)*

Hiermit ist das Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

**Berichterstatter Dr. Neumann-Walter:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident Dr. Dinghofer:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich bitte diejenigen Herren, welche der sofortigen Vornahme der dritten Lesung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)*

Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich bitte nun diejenigen Herren, welche das Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschicht.)*

Das Gesetz, womit mehrere Bestimmungen des Strafgesetzes abgeändert werden (Strafgesetznovelle vom Jahre 1918), ist auch in dritter Lesung angenommen *(gleichlautend mit 70 der Beilagen)* und damit dieser Gegenstand erledigt.

Wir gelangen nunmehr zum Bericht des Justizauschusses über das Gesetz, womit mehrere Bestimmungen des Militärstrafgesetzes abgeändert und ergänzt werden (Militärstrafgesetznovelle vom Jahre 1918) *(67 der Beilagen)*.

Der gedruckte Ausschussbericht liegt noch nicht 24 Stunden auf.

Ich gestatte mir daher, im Grunde des § 40 G. D. den Vorschlag, von der 24stündigen Frist zur Auflegung abzusehen und den Bericht in Verhandlung zu nehmen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Vorschlage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Der Vorschlag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit genehmigt.

Berichterstatter über die Vorlage ist der Herr Abgeordnete Dr. Neumann-Walter.

Ich ersuche ihn, die Verhandlung einzuleiten.

**Berichterstatter Dr. Neumann-Walter:** Hohe Nationalversammlung! Es handelt sich darum, die Gesichtspunkte und Bestimmungen der *Lex Osner* auch für das Militärstrafgesetz einzuführen. Aus staatsrechtlichen Gründen konnte in das Militärstrafgesetz, welches für beide Reichshälften der ehemaligen Monarchie gilt, die sogenannte *Lex Osner* bisher nicht eingeführt werden. Da wir nun die Bindung mit Ungarn nicht mehr haben, können wir demnach diese Reform für den Geltungsbereich unserer Republik vornehmen. Der Gesetzentwurf gipfelt darin, daß sogleich die gesamten Bestimmungen der nunmehr zweiten *Lex Osner* in das Militärstrafrecht eingeführt werden.

Es sind da noch einige kleinere Ergänzungen enthalten, die auf rein militärische Delikte An-

wendung finden, für welche der Justizauschuß unbedeutende Änderungen vorgeschlagen hat. Es ist zum Beispiel ein spezielles Delikt, wenn ein Diebstahl an einem Verwundeten vorgenommen wird. Der Justizauschuß hat die Einschränkung, daß das nur dann ein qualifiziertes Delikt ist, „wenn der Diebstahl auf dem Kampfplatze an einem Verwundeten oder Gefallenen der deutschösterreichischen oder einer verbundenen Wehrmacht verübt worden ist“, gestrichen, weil der Feind ebenso zu behandeln ist, wie der Angehörige der eigenen Wehrmacht. Und noch einige kleine Reformen dieser Art.

Ich beantrage, den Gesetzentwurf, der vieljährigen Wünschen entspricht, in der Fassung, wie ihn der Justizauschuß vorgeschlagen hat, zum Gesetz zu erheben.

**Präsident Dr. Dinghofer:** Wenn keine Einwendung erhoben wird *(Nach einer Pause:)* — und es ist nicht der Fall — so werde ich die General- und Spezialdebatte unter einem durchführen.

Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Haben Herr Berichterstatter noch etwas zu sagen? *(Berichterstatter Dr. Neumann-Walter: Nein!)*

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Da gegen das Gesetz keine Einwendung erhoben wurde, werde ich über das ganze Gesetz unter einem abstimmen lassen und zwar über die Artikel I bis einschließlich V, sowie über Titel und Eingang des Gesetzes.

Ich bitte diejenigen Herren, welche die Artikel I bis V sowie Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschicht.)*

Das Gesetz ist in zweiter Lesung angenommen.

**Berichterstatter Dr. Neumann-Walter:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident Dr. Dinghofer:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich bitte diejenigen Herren, die mit der sofortigen Vornahme der dritten Lesung einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Ist mit der nötigen Zweidrittelmajorität angenommen. Ich bitte nun die Herren, die dem Gesetz auch in dritter Lesung zustimmen, sich zu erheben. *(Geschicht.)*

Das Gesetz, womit mehrere Bestimmungen des Militärstrafgesetzes abgeändert und ergänzt werden (Militärstrafgesetznovelle vom Jahre 1918), ist in dritter Lesung angenommen *(gleichlautend mit 67 der Beilagen)* und damit dieser Gegenstand erledigt.



Der letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanzausschusses über das Gesetz, betreffend das Verbot der Ausfuhr und der Veräußerung von Gegenständen von geschichtlicher, künstlerischer oder kultureller Bedeutung (48 der Beilagen).

Ein gedruckter Ausschußbericht liegt noch nicht vor, doch ist eine mündliche Berichterstattung möglich. Ich gestatte mir daher im Grunde des § 40 den Vorschlag von der Drucklegung des Berichtes und der 24stündigen Frist zur Auflegung abzusehen. Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Vorschlage zustimmen, sich zu erheben. (Geschicht.) Der Vorschlag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität angenommen.

Berichterstatter ist Dr. Freiherr v. Fuchs.

Berichterstatter Dr. Freiherr v. Fuchs: Wegen der vorgerückten Zeit werde ich mich der möglichsten Kürze befleißigen. Es liegt uns ein ganz aktuelles Gesetz vor. Die Regierung ist aus Gründen, die von mir und auch vom Ausschusse geteilt werden, zur Anschauung gelangt, daß das Gesetz eine Notwendigkeit ist und daß es daher wünschenswert sei, dieses Gesetz so bald als möglich in Wirksamkeit zu setzen. Das Gesetz betrifft das Verbot der Ausfuhr und Veräußerung von Gegenständen von geschichtlicher, künstlerischer oder kultureller Bedeutung.

Meine verehrten Herren! Es ist eine notorische Tatsache, daß die Anhäufung großer Kapitalien und die dadurch gesteigerte Kaufkraft es mit sich brachten, daß Kunstgegenstände zu enormen Preisen gekauft wurden, um die erzielten Einnahmen zu thesaurieren. Seitens derjenigen, die unter die Kriegsgewinner zu zählen sind, hat man vielfach den Ankauf von Wertpapieren oder Realitäten mehr oder weniger in den Hintergrund treten lassen und es vorgezogen, die enormen Gewinne in anderen Werten, speziell Kunstgegenständen, zu thesaurieren. Es wurden uns im Ausschusse zwei Beispiele vorgeführt, welche markant dafür sprechen, daß ein derartiges Gesetz notwendig ist. Ich nenne keine Namen, aber der eine dieser Herren, ein bekannter Kunstmäzen, hat eine große Galerie mit Karikaturen, Bildern und anderen Kunstgegenständen um 7 Millionen Mark nach München verkauft und der zweite Herr, ebenfalls ein Mann, der sich viel mit Kunstgegenständen befaßt, hat seine sehr schöne Porzellan-sammlung ebenfalls um einen bedeutenden Preis verkauft. Derartige Dinge müssen hintangehalten werden, denn diese Kunstgegenstände sind uns, wenn sie einmal ins Ausland gegangen sind, absolut für immer verloren. Infolgedessen hat die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher im § 1 die Ausfuhr von Gegenständen von geschichtlicher, künstlerischer oder kultureller Bedeutung (Antiquitäten, Gemälde, Miniaturen, Zeichnungen

und Werke der Graphik, Statuen, Reliefs, Medaillen und Münzen, Gobelins und andere ältere kunstgewerbliche Werke, archäologische und prähistorische Gegenstände, Archivalien, alte Handschriften und Drucke u. dgl.) verbietet.

Der zweite Paragraph bezieht sich auf die Veräußerung und den Erwerb der Gegenstände der im § 1 bezeichneten Art und Baudenkmale, die sich im Eigentum oder im Besitze von Körperschaften des öffentlichen Rechtes, öffentlichen Anstalten oder Fonds oder von Stiftungen befinden.

Die Regierung hat uns allerdings bei der Vorlage des Gesetzes einen Motivenbericht nicht vorgelegt, sie hat sich jedoch für verpflichtet erachtet — und das war auch sehr wünschenswert —, uns in letzter Stunde einen Bericht vorzulegen, der uns bestimmt hat, den Gesetzentwurf einstimmig — mit Ausnahme der Schluß- und der Durchführungsklausel — anzunehmen. Es wurde allerdings von seiten derjenigen, die sich mit dem Handel von Antiquitäten und Kunstgegenständen befassen, Einsprache erhoben und man hat uns die Zusage gestellt, wir mögen mit dem Gesetz noch einige Wochen warten, bis wenigstens das Weihnachtsgeschäft abgewickelt ist. Wir würden aber einen großen Teil der Kunstgegenstände verlieren, wenn es in der Zwischenzeit möglich wäre, sie an das Ausland zu veräußern. In dieser Beziehung sagt der Motivenbericht der Regierung (liest):

„Die Absicht des Gesetzes geht eben dahin, den heimischen Kunstbesitz vor Verschleppung soweit zu schützen, als er Kunstgegenstände und Antiquitäten umfaßt, deren Erhaltung im Inlande, beziehungsweise deren Belassung im gesicherten Besitze im allgemeinen Interesse gelegen ist. Nicht getroffen sollen damit werden die Werke der modernen Kunst (vergleiche § 3 des Gesetzes) und die Erzeugnisse des modernen Kunstgewerbes, aber auch nicht die zahlreichen Gegenstände von geringerer Bedeutung, welche die Hauptmasse des laufenden Kunst- und Antiquitätenhandels bilden.“

Ich schließe hiermit meine kurzgehaltenen Ausführungen und bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten, insofern eine solche gewünscht werden sollte.

Präsident Dr. Dinghofer: Mit Zustimmung der hohen Versammlung werde ich die General- und Spezialdebatte unter einem durchführen. (Zustimmung.)

Meldet sich jemand zum Worte? (Nach einer Pause.) Es ist nicht der Fall.

Herr Berichterstatter haben auch nichts mehr zu sagen? (Nach einer Pause.) Dies ist nicht der Fall. Einwände wurden keine erhoben.

Ich schlage vor, daß wir über das Gesetz in der Fassung des Finanzausschusses, wie es vorliegt,

unter einem abstimmen, und zwar über § 1 bis einschließlich 7 und Titel und Eingang.

Ich bitte diejenigen Herren, die dem Gesetze in dieser Fassung zustimmen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Berichterstatter Dr. Freiherr v. Fuchs: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident Dr. Dinghofer: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, sich von ihren Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Ist mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Herren, welche dem Gesetze auch in dritter Lesung zustimmen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Das Gesetz, betreffend das Verbot der Ausfuhr und der Veräußerung von Gegenständen von geschichtlicher, künstlerischer oder kultureller Bedeutung, ist in dritter Lesung (*gleichlautend mit 48 der Beilagen*) angenommen und hiermit die Tagesordnung erledigt.

Ich schreite zum Schlusse der Sitzung.

Das Ausschuhmandat hat zurückgelegt der Herr Abgeordnete Baumgartner als Ersatzmann des Wahlgesetzsausschusses.

Mit Zustimmung der Versammlung werde ich die erforderliche Ersatzwahl sofort vornehmen lassen.

Gleichzeitig werde ich die Wahl der Ersatzmänner für die in der gestrigen Sitzung gewählten vier Mitglieder des Wahlgesetzsausschusses (Kuranda, Mühlwerth, Smitka, Weiß) durchführen.

Ich ersuche die Stimmzettel abzugeben. (*Nach Abgabe der Stimmzettel.*) Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrutinium wird unverweilt vorgenommen und sein Ergebnis bekanntgegeben werden.

Folgende Anträge werde ich zuweisen:

der Abgeordneten Friedmann und Genossen, betreffend die Vorgänge an der Südwestfront (*52 der Beilagen*), dem Ausschuh für Heerwesen;

der Abgeordneten Hillebrand und Genossen, betreffend die Bildung der Geschwornenliste (*53 der Beilagen*),

der Abgeordneten Seber und Genossen, betreffend ein Gesetz über Eherecht (*54 der Beilagen*),

der Abgeordneten Dr. Ofner, Hillebrand und Genossen, betreffend die Abkürzung der Haft im Krieg (*56 der Beilagen*), und

der Abgeordneten Dr. Wilhelm Neumann-Walter und Genossen, betreffend die Vertretung durch Advokaten (und ihre befugten Stellvertreter) vor den Gewerbegerichten und durch substitutionsberechtigte Advokaturkandidaten vor dem Reichsgerichte und vor dem Verwaltungsgerichtshofe (*57 der Beilagen*), dem Justizausschusse;

der Abgeordneten Forstner und Genossen, betreffend die Pragmatifizierung der staatlichen Verwaltungsbeamten (Kanzleigehilfen, Kanzlei- und Postoffizianten und Telegraphenadjunkten) (*58 der Beilagen*), dem Staatsangestelltenausschusse und

der Abgeordneten Denk und Genossen, betreffend die Freigabe der beschlagnahmten Waren sowie Beschleunigung der Sachdemobilisierung (*49 der Beilagen*),

der Abgeordneten Niedrist, Fink und Genossen, betreffend die Auflösung der Lederzentrale und Freigabe der Lohgerberei (*51 der Beilagen*) und

der Abgeordneten Dr. Schürff, Wedra und Genossen, betreffend die sofortige Versorgung der gewerblichen und industriellen Produktion mit Rohstoffen (*55 der Beilagen*), dem volkswirtschaftlichen Ausschusse.

Das Resultat der Wahlen ist folgendes: Abgegebene Stimmen 54, absolute Stimmenmehrheit 28, gewählt erscheinen mit je 54 Stimmen die Herren Abgeordneten Guggenberg, Hummer, Wichtl, Polke, Frankenberg.

Da ich nicht in der Lage bin, den Tag der nächsten Sitzung schon heute bekanntzugeben, wird zur nächsten Sitzung im schriftlichen Wege eingeladen werden. (*Nach einer Pause.*) Da keine Einwendung erhoben wird, bleibt es bei meinem Vorschlage.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 9 Uhr 5 Minuten abends.**